

Internationales Institut für Liberale Politik Wien

# SOZIALWISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTENREIHE

Hannes Adomeit

## Russlands Politik in Osteuropa: Konkurrenz und Konflikte mit der Europäischen Union

Der Autor	2
Einführung	3
Russische Einflussphären oder “gemeinsame Europäische Räume”?	6
Die “Farbrevolutionen” und die Gemeinschaft Demokratischer Wahl	12
Zusammenbruch der Herausforderungen an russische Kontrolle im postsowjetischen Raum	20
Die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die russische Wirtschaft	24
Die Auswirkungen der Krise auf die russische Politik	27
Was hat Vorrang: Modernisierungspartnerschaften oder Einflussphären?	33
Integrationsprojekte im postsowjetischen Raum	35
Belarus	41
Ukraine	46
Schlussfolgerungen	55
<hr/>	
Bisher erschienen	61



Internationales Institut  
Liberale Politik Wien

## Der Autor

### Prof. Dr. Hannes Adomeit

geb. 1942 in Memel in Ostpreußen (jetzt: Klaipeda, Litauen), Professor für Osteuropastudien am College of Europe in Natolin (Warschau), vorher langjährig wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Sein Forschungsgebiet ist die russische Außen- und Sicherheitspolitik.

Er begann seine Studien in sowjetischer Außenpolitik am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin (Abschluß mit dem Diplom) und setzte sie an der Columbia University in New York fort; Abschlüsse dort mit einem Certificate in Russian Studies, M.A. und Ph.D. „with distinction“.

Danach war er in Lehre und /oder Forschung an folgenden Institutionen tätig:

- International Institute for Strategic Studies in London (1972-73)
- Institute for Soviet and East European Studies in Glasgow (1973-77)
- Royal Military College of Canada und Queen's University in Kingston, Ontario (1977-79)
- Forschungsinstitut für Internationale Politik und Sicherheit der SWP (1979-1989)
- Rand / UCLA Center for the Study of Soviet International Behavior in Santa Monica, Calif. (1985-86).

Von 1989-1997 war er Professor für Internationale Beziehungen und Direktor des Forschungsprogramms für Russland und Ostmitteleuropa an der Fletcher School of Law and Diplomacy der Tufts University und Fellow am Russian Research Center der Harvard University.

Mai 1997-Dezember 2007 wieder zurück in Deutschland an der SWP.

Seit September 2007 Professor für Osteuropastudien am College of Europe in Natolin (Warschau).

Ausgewählte Publikationen sind: *Imperial Overstretch: Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev*, eine umfassende Darstellung der Deutschlandpolitik Moskaus von der Teilung bis zur Wiedervereinigung Deutschlands auf der Basis von Archivmaterialien, Memoiren und Interviews, Baden-Baden, Nomos Verlag 1998; *Putins Militärpolitik*, SWP-Studie, S-16/April 2003; *Russlands Rüstungsindustrie*, SWP-Studie, S-15/April 2004; *Putins Westpolitik – Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück*, SWP-Studie, S-8/April 2005; *Russische Iranpolitik*, SWP-Studie, S-8, April 2007; „Russland und die Raketenabwehr: Wer Spaltet Wen?“, SWP-Aktuell 23/April 2007; „Putins Paukenschläge“, in: *Internationale Politik*, Februar 2008; mit Frank Kupferschmidt, *Russland und die NATO*, SWP-Studie, S-10, März 2008.

---

## Russlands Politik in Osteuropa: Konkurrenz und Konflikte mit der Europäischen Union

---

„Die Partnerschaft mit der EU soll dazu beitragen, Russlands Rolle als führende Macht bei der Schaffung eines neuen Systems zwischenstaatlicher politischer und ökonomischer Beziehungen auf dem Gebiet der GUS zu konsolidieren.“ (Mittelfristige Strategie Russlands.)<sup>1</sup>

„Russland als das größte Land der GUS hat besonderen Status und wird Anstrengungen der EU, wirtschaftliche Integration in der GUS mittels ‚Sonderbeziehungen‘ mit einzelnen Ländern der GUS russische Interessen zu beeinträchtigen, Widerstand entgegensetzen.“ (Mittelfristige Strategie Russlands.)<sup>2</sup>

„Ein ökonomisch logisches und balanciertes System der Partnerschaft zwischen der Eurasischen Union und der EU kann die realen Bedingungen für eine Veränderung der geopolitischen und geo-ökonomischen Konfiguration des ganzen Kontinents schaffen.“ (Wladimir Putin).<sup>3</sup>

---

### Einführung

---

In den Verlautbarungen der Kommission und des Rats der Europäischen Union wird das Verhältnis der EU zu Russland in Großbuchstaben als „strategische Partnerschaft“ bezeichnet.<sup>4</sup> Seit dem EU-Russland Gipfel in Rostow am Don ist eine „Modernisierungspartnerschaft“ als integraler Bestandteil dieser „strategischen“ Partnerschaft vereinbart worden. Einigen Analysten zufolge solle eine angeblich bereits existierende „Energiepartnerschaft“ zu einer

---

<sup>1</sup> „Strategie Russlands gegenüber der EU in mittelfristiger Perspektive (2000-2010)“. Dieses Dokument stellt Russlands Antwort auf die „Gemeinsame Strategie der EU gegenüber Russland“ dar, die auf der EU-Ratstagung im Juni 1999 in Köln verabschiedet wurde. Putin übergab die russische Antwort der EU-„Troika“ in seiner Eigenschaft als Regierungschef im Oktober 1999 in Helsinki; russ. Text: Стратегия развития отношений Российской Федерации с Европейским Союзом на среднесрочную перспективу (2000-2010 гг.), Дипломатический вестник, November 1999; desgl. Институт Европы РАН <<http://www.ieras.ru/journal/journal1.2000/9.htm>>.

<sup>2</sup> Ebenda. Verkürztes und leicht verändertes Zitat. Genauer Wortlauf: „Russland als das größte Land der GUS [hat] besonderen Status ... [und wird] Anstrengungen [der EU], wirtschaftliche Integration in der GUS insbesondere mittels ‚Sonderbeziehungen‘ mit einzelnen Ländern der Gemeinschaft [Unabhängiger Staaten] zum Schaden russischer Interessen zu beeinträchtigen, Widerstand entgegensetzen.“

<sup>3</sup> Wladimir Putin in seiner Eigenschaft als russischer Premierminister in einem in der „Iswestija“ am 3.10.2011 veröffentlichten Artikel: Новый интеграционный проект для Евразии — будущее, которое рождается сегодня [„Ein neues Integrationsprojekt für Eurasien – Zukunft, die heute heranreift“] <<http://www.izvestia.ru/news/502761#>>.

<sup>4</sup> Die vorliegende Studie ist eine erweiterte und auf den neuesten Stand gebrachte Fassung der folgenden Publikation des Autors: Hannes Adomeit, Integrationskonkurrenz EU-Russland: Belarus und Ukraine als Konfliktfelder, *Osteuropa*, 62. Jg., Heft 6-8 (Juni-August 2012), S. 383-406 <<http://www.osteuropa.dgo-online.org/>>.

„Energieallianz“ ausgebaut werden, zu einem „Fundament, das die EU im Sinne einer strategischen Partnerschaft langfristig mit Russland verbindet“.<sup>5</sup> Die Wirklichkeit widerspricht allerdings derartigen Charakterisierungen der EU-Russland Beziehungen.

Dies trifft vor allem für die Beziehungen zwischen Russland und der EU im postsowjetischen Raum zu und hier wiederum für die „gemeinsame Nachbarschaft“ der EU und Russlands oder, wie es nüchtern in der „Wegekarte“ für den „Gemeinsamen Raum der äußeren Sicherheit“ heißt, in den „nahe an den Grenzen der EU und Russland gelegenen Regionen.“<sup>6</sup> In diesem Raum ist das für normale Beziehungen charakteristische Mischungsverhältnis von Konflikt und Kooperation scharf in Richtung Konkurrenz verschoben. In den öffentlichen Auftritten und Verlautbarungen der Beamten der EU ist davon selten die Rede. Nur in Ausnahmefällen räumen sie ein, dass das EU-Russland-Verhältnis von „tief greifenden Missverständnissen und Misstrauen“ gekennzeichnet ist.<sup>7</sup>

Eines der vielen Merkmale des Misstrauensverhältnisses und der Rivalität im gemeinsamen Nachbarschaftsraum ist die Tatsache, dass Russland es abgelehnt hat, Partner der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) zu werden und auf die Östliche Partnerschaft (ÖP) zuerst verärgert und dann lustlos auf die Einladung der polnischen Regierung reagiert hat, sich den „*Friends of Eastern Partnership*“ anzuschließen, um dann nur letztendlich dem trocken in „*Eastern Partnership Information and Co-ordination Group*“ umbenannten Gremium beizutreten. Während die EU die Länder der Östlichen Partnerschaft als Teil eines erweiterten Europas betrachtet, auf das Werte und Normen entsprechend dem *Acquis communautaire* übertragen werden sollen, sieht der Kreml diese Länder weiterhin im Zusammenhang ihrer früheren Zugehörigkeit als Unionsrepubliken der Sowjetunion, als Mitgliedsländer der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und – auch wenn der Begriff seit dem Ende der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts offiziell verpönt ist – als Teil eines „Nahen Auslands“ (*blischnoje sarubeshje*) an, für das andere Regeln gelten, als für Staaten

---

<sup>5</sup> So Alexander Rahr, Energieallianz als Integrationsprojekt, EurActiv.de, 15.3.2010 <<http://www.euractiv.de/druck-version/artikel/energieallianz-als-integrationsprojekt-002847>>. Rahr ist Leiter des Berthold-Beitz-Zentrums – Kompetenzzentrum für Russland, Ukraine, Belarus und Zentralasien in der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), vormals Programmdirektor des Russland/Eurasien-Zentrums der DGAP.

<sup>6</sup> „Regions adjacent to the EU and Russian borders“ heißt es dort; <[http://ec.europa.eu/delegations/russia/documents/eu\\_russia/road\\_maps\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/delegations/russia/documents/eu_russia/road_maps_en.pdf)>. Die Begriff der Gemeinsamen Nachbarschaft (Common Neighbourhood) und Gemeinsamen Europäischen Nachbarschaft (Common European Neighbourhood) tauchenn in diesem wie auch in anderen EU-Russland-Dokumenten nicht auf. Die Länder, die hier gemeint und Adressaten der Östlichen Partnerschaft sind, sind in Ost- und Südosteuropa die Ukraine, Belarus und die Moldau und, im Südkaukasus, Armenien, Aserbaidshan und Georgien.

<sup>7</sup> So der ehemalige Kommissar für Handelsfragen, Peter Mandelson, in einer Rede am 20. April 2007 in Bologna. Die Beziehungen zwischen der EU und Russia seien „characterised by a level of misunderstanding or even mistrust we have not seen since the end of the Cold War. Tensions and uncertainty are running high both within Russia, amongst her neighbours and in her relations with the European Union and its Member States. Each suspects the other of double standards. Both believe the other is using the energy weapon as an instrument of politics. Neither thinks they enjoy the respect and goodwill from the other they are entitled to expect.“ Peter Mandelson, The EU and Russia: Our Joint Political Challenge, Speech by EU Trade Commissioner Peter Mandelson, Bologna, 20 April 2007, *Trade.ec.europa.eu* <[http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2007/april/tradoc\\_134524.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2007/april/tradoc_134524.pdf)>.

außerhalb des GUS-Raums.<sup>8</sup> Zudem ist offensichtlich, dass sich die EU und Russland in einer Art „Integrationskonkurrenz“ befinden: Moskau setzt der Östlichen Partnerschaft Moskau solche Konstrukte entgegen wie die verfassungsrechtlich verankerte Union Russland-Belarus, die Organisation des Vertrags kollektiver Sicherheit (OVKS), die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EurAsWG), die Zollunion Russland-Belarus-Kasachstan, den Einheitlichen Wirtschaftsraum (EWR) sowie schließlich das von Putin im Oktober 2011 lancierte Projekt einer Eurasischen Union.

Die vorliegende Untersuchung geht der Frage nach, ob, wie eingangs behauptet, *Konkurrenz und Rivalität* tatsächlich das beherrschende Merkmal der EU-Russland-Beziehungen in Osteuropa und im Südkaukasus sind und, falls dies zutrifft, welche *Indizien und Beweise* es dafür gibt und welche *Gründe* dafür maßgeblich sind. Aufgrund der Tatsache, dass der Kreml Belarus als eine Art Vorreiter in seinen Integrationsvorhaben ansieht und die Ukraine bei weitem das wichtigste Land in der russischen GUS-Politik ist, konzentriert sich diese Arbeit nach der Analyse der russischen Haltung und Politik gegenüber dem gesamten post-sowjetischen Raum – als Fallstudien – auf diese beiden Länder.

Eine der wichtigsten Hypothesen für die Erklärung des Konkurrenzverhältnisses EU-Russland besteht darin, dass sich die russische Machtelite nicht von „sowjetischen“ Stereotypen gelöst hat. Diese bestehen unter anderem darin, dass der post-sowjetische Raum russische Einflussphäre sei, in der andere Mächte eigentlich nichts zu suchen haben und in dem Russland eine aktive Rolle spielen müsse, weil es in den internationalen Beziehungen kein Machtvakuum geben kann und, falls Russland untätig bliebe, infolgedessen andere Staaten oder Staatengruppierungen wie die EU und die NATO diesen Raum energisch ausfüllen würden. Teil dieser Vorstellungen des 19. Jahrhunderts und der Realistischen Schule der Internationalen Politik ist die Überzeugung, dass nur eine Seite in der EU-Russland-Konkurrenz „gewinnen“ könne, denn in dem „Spiel“, das gespielt werde, sei der Verlust der einen Seite der Gewinn der anderen („Nullsummenspiel“), seien Situationen ausgeschlossen, in denen beide Seiten gewinnen könnten („*Win-Win*“-Spiele).

Eine weitere Hypothese bezieht sich auf das Verhältnis zwischen russischer Innen- und Außenpolitik: Die russische Machtelite betrachtet ihre Politik gegenüber den post-sowjetischen Ländern nicht als Außenpolitik *sui generis*, sondern als einen zwischen

---

<sup>8</sup> Bereits im Januar 1998 nahmen die für Russlands Beziehungen mit der GUS zuständigen Regierungsmitglieder, der stellvertretende Ministerpräsident Valerij Serow und GUS-Kooperationsminister Anatolij Adamischin, offiziell Abschied vom Begriff des Nahen Auslands. Dieser Begriff sei, wie Serow zugab, unvereinbar mit der Unabhängigkeit der GUS-Staaten, die ja „Staaten wie alle anderen“ seien. „Je früher wir diese Idee des ‚nahen Auslands‘ aufgeben, desto besser ist es für alle Beteiligten.“ Die GUS-Staaten sollten als „gleichberechtigte Mitglieder der Weltgemeinschaft“ betrachtet werden, mit denen „normale“ Beziehungen hergestellt werden sollten. Serow und Adamischin in getrennten Fernsehauftritten im NTV und „Vesti“-Programm des RTV am 21.1.98, zit. in: Jamestown Foundation Monitor: A Daily Briefing on the Post-Soviet States, *Jamestown.org*, 22.1.1998  
<[http://www.jamestown.org/single/?no\\_cache=1&tx\\_ttnews%5Btt\\_news%5D=13599&tx\\_ttnews%5BbackPid%5D=212](http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews%5Btt_news%5D=13599&tx_ttnews%5BbackPid%5D=212)>. In der Logik dieser Entwicklung lag auch die von Präsident Jelzin Anfang Mai 1998 verfügte Auflösung des GUS-Kooperationsministeriums und die Rückgabe dieses Aufgabenbereichs an das Außenministerium – eine Maßnahme, die allerdings bei der Regierungsumbildung im September 1998 rückgängig gemacht wurde; siehe Presidential Decree Reorganizes Government Structure, Kiriyenko Reported, *RIA-Novosti*, 2.5.1998 <<http://www.ria-novosti.com/products/hotline/1998/05/02-018.htm>>.

russischer Innenpolitik und „normalen“ Außenbeziehungen liegenden Handlungsraum. Falls zutreffend, wäre dies für die Erklärung des EU-Russland-Konkurrenzverhältnisses von Bedeutung, denn die in den drei Amtszeiten Präsident Putins – zwei als Präsident und eine als Ministerpräsident, jedoch *de facto* Präsident – entwickelten autoritären und zentralistischen Ordnungsvorstellungen des „Systems Putin“ widersprechen in erheblichem Maße den in der EU-Verfassung und im Europarat kodifizierten Werten, werden aber auf die russische Politik im GUS-Raum übertragen..

Diese apodiktisch aufgestellten Thesen sollen nachfolgend auf ihre Stichhaltigkeit geprüft werden. Die Konkurrenz zwischen Russland und der EU in Belarus und der Ukraine steht dabei im Vordergrund denn sie ist beispielhaft für die Beziehungen zwischen Russland und der EU in anderen Subregionen und Staaten des postsowjetischen Raums. In einem ersten Schritt werden kurz die unterschiedlichen Konzepte oder – falls mangels konzeptioneller Ansätze – die gegensätzlichen Vorstellungen der EU und Russlands für die Ordnung beziehungsweise Neuordnung des postsowjetischen Raums charakterisiert. Im zweiten Schritt werden die vorgestellten und tatsächlichen Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise auf die russische Politik in diesem Raum untersucht. Im dritten und größten Schritt geht es um die russische Politik gegenüber Belarus und der Ukraine in Konkurrenz mit der EU. Im letzten Schritt werden die Ergebnisse zusammengefasst. Die Frage wird aufgeworfen, wie sich das Konkurrenzverhältnis vermutlich weiter entwickeln wird.

---

## Russische Einflussphären oder „Gemeinsame Europäische Räume“?

---

Russische Wahrnehmungen, Haltungen und Politik im GUS-Raum haben sich seit der Jelzin-Ära nicht wesentlich geändert: Dieser Raum wird vom Kreml als eine Einflussphäre Russlands betrachtet. Begriffliche Variationen dieses Anspruchs erstrecken sich von Jelzins Erklärung, dass Russlands die „Politik [Russlands] gegenüber den anderen GUS-Ländern Vorrang“ vor der Politik gegenüber anderen Weltregionen habe,<sup>9</sup> über Putins Bedauern, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion „eine nationale Tragödie riesigen Ausmaßes“<sup>10</sup> und „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ gewesen sei,<sup>11</sup> die Feststellung des Übergangspräsidenten Medwedjew nach der russischen Intervention in Georgien, Russland habe im post-sowjetischen Raum „privilegierte Interessen“,<sup>12</sup> bis hin zu Außenminister Sergej

---

<sup>9</sup> Jelzin in einer Rede vor Beamten des Außenministeriums; zit. bei: *Interfax* (russ.), 28.10.1992.

<sup>10</sup> Putin in einer Rede am 12.2.2004 vor rund 500 Journalisten im Rahmen seiner Kampagne für die Präsidentschaftswahlen vom März 2004, Путин жалеет о распаде СССР, *BBC.co.uk*, 12.2.2004 <[http://news.bbc.co.uk/1/hi/russian/russia/newsid\\_3484000/3484057.stm](http://news.bbc.co.uk/1/hi/russian/russia/newsid_3484000/3484057.stm)>.

<sup>11</sup> Putin am 25.4.2005 in seiner jährlichen Rede zur Lage der Nation vor der Föderalen Versammlung; Послание Федеральному Собранию Российской Федерации, 25 апреля 2005 года, *Archive.kremlin.ru* <[http://archive.kremlin.ru/appears/2005/04/25/1223\\_type63372type63374type82634\\_87049.shtml](http://archive.kremlin.ru/appears/2005/04/25/1223_type63372type63374type82634_87049.shtml)>.

<sup>12</sup> Medwedjew in einem Interview, das von den Fernsehkanälen Perwyj kanal, Rossija und NTV am 31.8.2008 ausgestrahlt wurde; Interview Given by President of Russia Dmitry Medwedjew to Television Channels Channel

Lawrows Aussage, Russland habe Sonderbeziehungen mit den osteuropäischen Ländern aufgrund von „Hundertern von Jahren gemeinsamer Geschichte“ und der sich daran anschließenden Kritik an der Östlichen Partnerschaft der EU als einem „Bemühen, die Einflussosphäre der EU zu erweitern“.<sup>13</sup>

Die Entwicklung der Perzeptionen und Politik des außen- und sicherheitspolitischen Establishments des „neuen“ Russlands lässt sich wie folgt rekonstruieren. Präsident Jelzins Außenminister Andrej Kosyrew hatte anfangs eine dezidiert pro-westliche und pro-atlantische Orientierung unter dem Schlagwort der „euro-atlantischen Gemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok“ eingeschlagen, aber bereits im Herbst 1992 wurde diese Richtung von kommunistischen, nationalistischen, chauvinistischen und neo-imperialistischen Politikern angegriffen und schließlich zu Fall gebracht. Der gemeinsame Nenner der Angriffe war die Idee, dass Russland ein Gebilde sui generis sei, das eine separate „euro-asiatische“ oder „eurasische“ Identität besitze und Interessen im post-sowjetischen Raum habe, die nicht mit denen des Westens übereinstimmen und die der Westen respektieren müsse. Anstatt sich derartigen Vorstellungen entgegenzustemmen, machte Jelzin diese sich zu Eigen. So verkündete er im Februar 1993, Russland „hat ein vitales Interesse an der Beendigung aller bewaffneter Konflikte auf dem Territorium der früheren Sowjetunion“; infolgedessen sei die „Zeit gekommen, dass verantwortliche internationale Organisationen, die Vereinten Nationen eingeschlossen, Russland ein besonderes Mandat als Garantiemacht für Frieden und Stabilität in dieser Region einräumen.“<sup>14</sup> Im September 1995 bezeichnete er zudem das „Territorium der GUS“ als eine Region „grundlegender und lebenswichtiger Interessen“ Russlands und bezeichnete dieses Land als die „führende Macht beim Aufbau eines neuen Systems zwischenstaatlicher [politischer] und ökonomischer Beziehungen auf post-sowjetische, Territorium“.<sup>15</sup>

Dieser von den neuen Staaten nicht autorisierte Anspruch wurde aufgrund der angeblichen Notwendigkeit erhoben, die „Rechte“ von (laut letztem in der Sowjetunion durchgeführten Zensus) 25 Millionen ethnischen Russen zu „schützen“, die nach der Auflösung der UdSSR außerhalb der Russischen Föderation lebten. Zudem führte das Außenministerium in der Kategorie der im Nahen Ausland lebenden Landsleute nicht nur ethnisch definierte Russen auf, sondern es schlug ihr Mitglieder anderer Ethnien zu, die kulturell assimiliert seien, wörtlich: die der russischen Sprache mächtigen, die „Russischsprechenden“ (*russkojazytschnye*), zu, wodurch sich die Anzahl der Personen, die auf „Schutz“ durch den russischen Staat rechnen könnten, auf 30 Millionen erhöhte.<sup>16</sup>

---

One, Russia, NTV, *Un.int*, 31.8.2008

<<http://www.un.int/russia/new/MainRoot/docs/warfare/statement310808en.htm>>.

<sup>13</sup> Lawrow am 21.3.2009; EU Expanding its „Sphere of Influence“, Russia Says, *Euobserver.com*, 21.3.2009 <<http://euobserver.com/9/27827>>.

<sup>14</sup> Yeltsin am 28.2.1993 in einer Rede auf dem Kongress der Bürgerunion, einer rechtszentristischen gesellschaftspolitischen Vereinigung; *ITAR-TASS* (russ.), 1.3.1993.

<sup>15</sup> In einem Dekret des Präsidenten; *Российская газета*, 23.9.1995, S. 4.

<sup>16</sup> Russisches Außenministerium, Programm für den Schutz von 30 Millionen Russen im Nahen Ausland; Москва разработала программу для защиты 30 миллионов русских в ближнем зарубежье, *Известия*, 17.2.1994, S. 1,3.

Von diesem Schutz- und gleichzeitig Interventionsanspruch Moskaus in post-sowjetischen Staaten in der Jelzin-Ära zieht sich eine gerade Linie zu der (kurzen) Amtszeit Präsident Medwedjews. So heißt es im vierten von ihm nach dem militärischen Eingreifen Russlands in Georgien festgelegten fünf Prinzipien der russischen Außenpolitik, „der Schutz des Lebens und der Würde unserer Bürger, wo immer sie sich auch befinden mögen, besitzt für unser Land unbestreitbare Priorität“.<sup>17</sup> Problematisch ist allerdings dabei, dass zu den unter dem Schutz des russischen Staates stehenden Landsleuten – verstärkt seit dem Jahre 2002– neben den ethnischen Russen und Russischsprechenden noch eine dritte Kategorie gehört: Personen, denen unabhängig von ihrer ethnischen und kulturellen Zugehörigkeit die russische Staatsbürgerschaft verliehen worden ist – eine Praxis, die unter dem Begriff der „Passportisierung“ (*pasportisazija*) ominöse Bedeutung erlangt hat. Zwar wurde diese Praxis schon vorher in Einzelfällen angewandt, ihre Prozeduren wurden aber in einem 2002 verabschiedeten Gesetz über die Staatsbürgerschaft vereinfacht und in der Folgezeit massenhaft von Angehörigen nicht-russischer Ethnien in Abchasien und Südossetien genutzt. Dem Kreml diente die angebliche Notwendigkeit des „Schutzes“ dieser neugebackenen „russischen“ Staatsbürger dann als eine der Rechtfertigungen für seine militärische Intervention.

Das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA), das im Juni 1994 in Korfu zwischen den „Europäischen Gemeinschaften“ und Russland unterzeichnet wurde, befand sich noch im Einklang mit Kosyrews euro-atlantischer Orientierung. Handels- und Wirtschaftsfragen standen im Vordergrund des rechtsverbindlichen Abkommens, aber auch politische Angelegenheiten wurden angesprochen. Russland stimmte in diesem Dokument der Auffassung zu, dass die „volle Erfüllung der Partnerschaft es erforderlich macht, Russlands *politische und wirtschaftliche Reformen* weiterzuführen und zu vervollkommen“. Weiterhin war in dem Dokument zu lesen, dass die vertragsschließenden „Parteien Anstrengungen unternehmen werden, in Fragen der *Beachtung der Prinzipien von Demokratie und Menschenrechten* zusammenzuarbeiten.“ In dem Maße, in dem den russischen Diplomaten daran gelegen war, ihnen besonders wichtig erscheinende Materie in das Dokument mit aufzunehmen, geschah dies in einer Form, die für die EU durchaus akzeptabel war. So heißt es dort, „besondere Bedeutung ist der Rechtstaatlichkeit und dem Respekt der Menschenrechte beizumessen, *insbesondere den Minderheitenrechten*, der Errichtung eines Mehrparteiensystems mit freien, demokratischen Wahlen sowie wirtschaftlicher Liberalisierung mit dem Ziel, eine Marktwirtschaft aufzubauen“.<sup>18</sup> (Die Minoritäten, welche die russischen Diplomaten im Sinn hatten, waren offensichtlich die „Russischsprechenden“ im Nahen Ausland.) Ebenso unproblematisch und durchaus im Interesse der Europäischen Gemeinschaften war die Formulierung, dass die Vertragsparteien beabsichtigten, „*Prozesse regionaler Zusammenarbeit* zwischen den Ländern der ehemaligen Sowjetunion ... zu ermutigen,

---

<sup>17</sup> Medwedjew-Interview vom 31.8.2008 [Anm. 13].

<sup>18</sup> Agreement on Partnership and Cooperation Establishing a Partnership between the European Communities and their Member States, of one Part, and the Russian Federation, of the other Part, Official Journal L 327, 28/11/1997 P. 0003 – 0069 (Hervorhebung nicht im Original), [Trade.ec.europa.eu](http://trade.ec.europa.eu)  
<[http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2003/november/tradoc\\_114138.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2003/november/tradoc_114138.pdf)> (Hervorhebung nicht im Original).

um Wohlstand und Stabilität in dieser Region zu fördern“.<sup>19</sup> Am Ende der Jelzin-Ära und bereits zu Beginn der ersten Amtszeit Putins bot sich ein anderes Bild, das von den europäischen und euro-atlantischen Visionen Kosyrews fundamental abwich.

Die Abkehr vom Euroatlantismus und Rückkehr zu nationalen „Großmacht“ und euro-asiatischen Integrationsvorstellungen findet sich federführend vom russischen Außenministerium (MID), aber – wie bei derartigen Dokumenten üblich – unter Beteiligung anderer Institutionen entwickelten Mittelfristigen Strategie der Russischen Föderation gegenüber der Europäischen Union vom Oktober 1999.<sup>20</sup> Das Dokument kann im Wesentlichen als eine Antwort des Moskauer außen- und sicherheitspolitischen Establishments auf die Gemeinsame Strategie der EU gegenüber Russland betrachtet werden, die vom Europäischen Rat als „Instrument“ der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik auf seiner Sitzung im Juni 1999 in Köln verabschiedet wurde.<sup>21</sup> Die russische Antwort wurde der EU-Troika (Ratspräsident, Hoher Vertreter der GASP und Kommissionspräsident) auf der EU-Russland Gipfelkonferenz in Helsinki im Oktober desselben Jahres von Putin in seiner Noch-Eigenschaft als russischer Ministerpräsident übergeben. In diesem – ebenso wie das EU-Gegenstück fälschlich „Strategie“ benannten Dokument – erklärt die russische Machtelite der EU, dass die Beziehungen Moskaus zur EU dazu dienen sollten, „Russlands *nationale Interessen* zu sichern und seine Rolle sowie sein Image in Europa und der Welt zu stärken“.<sup>22</sup> Zudem sollte „Russland, als eine auf zwei Kontinenten angesiedelte Weltmacht frei sein, *seine Innen- und Außenpolitik [allein] zu bestimmen und auszuführen*, seinen Status und seine Vorteile als ein euro-asiatischer Staat und größtes Land der GUS [zu nutzen] und seine *Unabhängigkeit* ... in internationalen Organisationen [zu bewahren]“. Der Gedanke supranationaler Integration sowie der Integration Russlands in einen gemeinsamen europäischen Wirtschafts- und Rechtsraum wird durch diese Betonung nationaler Souveränität klar verworfen. Der Begriff der Integration wird zwar in der Mittelfristigen Strategie verwandt, aber mit einer ganz anderen, als der von der EU gewünschten Zielrichtung. „Russland“, so heißt es dort, beabsichtige, „die positive Integrationserfahrung der EU mit Blickrichtung auf die Konsolidierung und Weiterentwicklung von *Integrationsprozessen in der GUS* zu nutzen“.<sup>23</sup>

Diese Absichtserklärung fügt sich nahtlos zu dem Anspruch Moskaus, den post-sowjetischen Raum als *russische Einflussphäre* zu hinstellen. Dies ist nicht nur den

---

<sup>19</sup> Ebenda (Hervorhebung nicht im Original).

<sup>20</sup> Стратегия развития отношений Российской Федерации с Европейским Союзом на среднесрочную перспективу (2000-2010 гг.), Homepage des Moskauer Staatlichen Instituts für Internationale Beziehungen, *MGIMO.ru*, <[http://www.mgimo.ru/filesserver/2004/kafedry/evro\\_int/reader4meo\\_3-6.htm](http://www.mgimo.ru/filesserver/2004/kafedry/evro_int/reader4meo_3-6.htm)>. Mit „mittelfristig“ ist der Strategie zufolge der Zeitraum von 2000-2010 gemeint. MID ist die Abkürzung des russischen Außenministeriums, Министерство иностранных дел (МИД), in lateinischen Buchstaben.

<sup>21</sup> Common Strategy of the European Union towards Russia, *Ec.europa.eu* <[http://ec.europa.eu/external\\_relations/ceeca/com\\_strat/russia\\_99.pdf](http://ec.europa.eu/external_relations/ceeca/com_strat/russia_99.pdf)>.

<sup>22</sup> Стратегия развития отношений Российской Федерации, [Anm. 21 (Hervorhebung nicht im Original)]. „Fälschlich“, weil beide Dokumente nur eine Art Positionsbestimmung und Wunschliste darstellen sowie erläutern, was geschehen soll. Diese legen aber nicht fest, welche Mittel innerhalb welchen Zeitrahmens zur Erreichung welcher Zielsetzungen eingesetzt werden sollen.

<sup>23</sup> Ebenda (Hervorhebung nicht im Original).

wiederholten Hinweisen auf Russland als einem „euro-asiatischen Staat“ zu entnehmen, sondern auch der Klarstellung, dass sich sowohl die NATO als auch die EU aus diesem Raum heraushalten sollten. Hinsichtlich der NATO war das durch die „rote Linie“ entlang der Außengrenzen der ehemaligen Sowjetunion angezeigt, welche die westliche Allianz nicht überschreiten dürfe – eine Forderung, die Jelzin quasi offiziell auf dem G-7-Gipfel in Birmingham im Mai 1998 erhoben hatte. Aber auch gegenüber der EU, welcher schwerlich geostrategische Ambitionen unterstellt können, gibt es, wenn auch weniger deutlich ausgesprochen, eine „rote Linie“. Die Mittelfristige Strategie verdeutlicht dies mit der Feststellung, dass die EU-Erweiterung „ambivalente Auswirkungen“ auf die EU-Russland Zusammenarbeit habe. Moskau behielt sich *„das Recht vor, [seine] Zustimmung zur Anwendung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens“* auf neue Beitrittsländer in Osteuropa zu verweigern. Es würde sich *„jeglichen Anstrengungen, die ökonomische Integration in der GUS zu behindern, widersetzen“*. Und es sei gegen jedwede *„Sonderbeziehungen‘ der EU mit einzelnen GUS-Ländern zum Schaden russischer Interessen“*. Aufgrund der Tatsache, dass Moskau darüber entscheiden würde, was den Interessen Russlands schadet und wie seine Interessen zu definieren seien, war der Widerstand des Kremls gegen die Östliche Partnerschaft der EU praktisch vorprogrammiert, denn die Herstellung von „Sonderbeziehungen“ zu den Ländern Osteuropas und im südlichen Kaukasus ist ja der Kerndorf Östlichen Partnerschaft.

Die Abkehr von Kosyrews euroatlantischer Orientierung und dem Ziel, eine Wertegemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok zu bilden, äußerte sich auch hinsichtlich der Rolle der Vereinigten Staaten in Europa. So stellt die Mittelfristige Strategie lapidar fest, Sinn und Zweck der EU-Russland Zusammenarbeit im sicherheitspolitischen Bereich sei es, *„ein Gegengewicht zur Dominanz der USA und der NATO“* herzustellen und *„NATO-Zentrismus“* in Europa entgegenzuwirken.

Putin, dessen Karriere in einer Institution begann, deren Aufgabe es war, ein repressives System in den fünfzehn Unionsrepubliken und im Satellitensystem zu erhalten und Demokratisierungs- sowie nationale Emanzipationsbewegungen zu unterbinden – nicht zuletzt in der DDR, dem Stationierungsort des KGB-Offiziers Putin – hat offensichtlich dem Sowjetsystem eigene Vorstellungen und Verfahrensweisen in das neue Russland übernommen. Seine Erfahrungen als Halbwüchsiger in den Petersburger Hinterhöfen und Gassen, in denen nur das Recht des Stärkeren Geltung hatte, fügten sich nahtlos in das sowjetische Weltbild ein, in dem internationale Politik eine Arena von Konflikten und Kämpfen ist und in der Machtverhältnisse, Kräftegleichgewichte und Einflussphären eine zentrale Rolle spielen. Das Verhältnis Russlands zum Westen einschließlich der EU-Russland-Beziehungen im postsowjetischen Raum ist in dieser Sicht Teil eines geostrategischen Nullsummenspiels. Entsprechend hat er seinen Diplomaten erklärt, in den internationalen Beziehungen könne es *„kein Vakuum“* geben: *„Würde sich Russland einer aktiven Politik in der GUS enthalten oder dort sogar eine unbegründete Pause einlegen, würde das unweigerlich zu nichts anderem führen, als dass dieser politische Raum von*

anderen, aktiveren Staaten energisch ausgefüllt würde.“<sup>24</sup> Noch in seiner Eigenschaft als russischer Ministerpräsident, aber richtungweisend für seine Amtszeit als Präsident erklärte er auf einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates im Dezember 1999 zwar beruhigend, Russland werde mit den GUS-Staaten „ohne Ambitionen und auf der Grundlage der Gleichheit“ zusammenarbeiten. Gleichzeitig sagte er, dass die „ehemaligen Sowjetrepubliken *natürliche Verbündete* [Russlands] im postsowjetischen Raum“ seien. „Ohne irgendwen oder irgendetwas innerhalb *unserer Zone strategischer Interessen* hervorzuheben, sollten wir jedem dieser Staaten eine strategische Partnerschaft anbieten.“<sup>25</sup> Zudem war für Putin der Zusammenbruch der UdSSR, wie eingangs zitiert, „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“<sup>26</sup> und „eine nationale Tragödie riesigen Ausmaßes“.<sup>27</sup> Dabei hatte er insbesondere die Verschlechterung der Lage für die russischen Minderheiten in den neuen Staaten im Sinn. Der Zusammenbruch der UdSSR war für „das russische Volk ein wirkliches Drama. Einige zehn Millionen unserer Bürger und Landsleute fanden sich außerhalb des russischen Territoriums wieder.“<sup>28</sup> Bei alledem ginge es nicht um die Wiederherstellung der UdSSR, man müsse jetzt „auf die Realitäten schauen“. Setzt man allerdings die Einzelbestandteile seiner Politik in Europa östlich des Bugs zu einem Gesamtbild zusammen, wird deutlich, dass er diesen Raum weiterhin als Einflussosphäre Moskaus betrachtet. Die Vertiefung der Integration in der GUS im Rahmen der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EurAsWG) und die Schaffung eines Einheitlichen Wirtschaftsraums auf post-sowjetischem Territorium hatten für Putin schon Mitte des letzten Jahrzehnts „oberste Priorität“ in der russischen Außenpolitik<sup>29</sup> – eine Position, die er konsequent als Präsident verfolgte und in seiner Eigenschaft als Premier im September 2011 in seinem Vorschlag zur Gründung einer Eurasischen Union wiederholte.<sup>30</sup>

Die extremste Ausprägung der Anschauungen über die internationale Politik als unaufhörlicher Machtkampf und die Beziehungen Russlands einerseits und der EU und NATO andererseits als Nullsummenspiel bis hin zu der Sicht, dass nach der von den westlichen Geheimdiensten erfolgreich betriebenen Auflösung des Sowjetimperiums und der Sowjetunion die Zerlegung der Russischen Föderation auf der Agenda des Westens stünde, wurde in Putins Erklärung der tiefer liegenden Ursachen für den islamistischen Terrorangriff in Beslan im September 2004 deutlich. „Allgemein gesprochen“, führte er im russischen Fernsehen aus, „müssen wir zugeben, dass es uns nicht gelungen ist, die komplexen und gefährlichen Prozesse, die in unserem Land und in der Welt vor sich gehen, zu verstehen.

---

<sup>24</sup> Putin auf der Konferenz der russischen Botschafter am 12.7.2004 in Moskau, *Выступление на пленарном заседании совещания послов*, *Archive.kremlin.ru*, 12.7.2004 <<http://archive.kremlin.ru/text/appears/2004/07/74399.shtml>>.

<sup>25</sup> NTV-Kanal des russischen Fernsehens, 15.12.1999, SWB SU/3720 B/6, 17.12.1999 (Hervorhebung nicht im Original).

<sup>26</sup> *Послание Федеральному Собранию 2005 года*, *Archive.kremlin.ru*, 25.4.2005 <[http://archive.kremlin.ru/appears/2005/04/25/1223\\_type63372type63374type82634\\_87049.shtml](http://archive.kremlin.ru/appears/2005/04/25/1223_type63372type63374type82634_87049.shtml)>.

<sup>27</sup> *Выступление на пленарном заседании совещания послов* [Anm. 23].

<sup>28</sup> *Послание Федеральному Собранию 2005* [Anm. 27].

<sup>29</sup> Ebenda.

<sup>30</sup> *Новый интеграционный проект для Евразии — будущее, которое рождается сегодня*, *Izvestia.ru*, 3.10.2011 <<http://www.izvestia.ru/news/502761#>>.

Zumindest haben wir es nicht geschafft, auf sie angemessen zu reagieren. Wir haben Schwäche gezeigt. Aber die Schwachen werden geschlagen. Einige (*odni*) würden [gerne] ein „saftiges Stück Fleisch“ aus uns herausreißen. Andere (*drugie*) helfen ihnen dabei. Sie helfen, weil sie glauben, dass Russland als eine der großen Nuklearmächte für sie immer noch eine Bedrohung darstellt, eine Bedrohung, die es zu beseitigen gelte. Der Terrorismus ist natürlich nur ein Instrument, um ein derartiges Ziel zu erreichen.“<sup>31</sup>

Putin ließ die Frage unbeantwortet, wer diese Kräfte und ihre Helfershelfer seien, die die territoriale Integrität Russlands beseitigen wollten. Angesichts der Tatsache, dass sich Nuklearwaffen nicht für den Kampf gegen Terroristen eignen, sei es im Inneren eines Landes oder außerhalb, und infolgedessen für diese keine Bedrohung darstellen, war offensichtlich, dass diejenigen, die sich von russischen Atomwaffen immer noch bedroht fühlten, in den Vereinigten Staaten und bei ihren europäischen Verbündeten zu finden waren. Er machte zwar westliche Regierungen und ihre Geheimdienste nicht direkt für Bemühungen verantwortlich, Russland zu schwächen. Nur wenige Monate später war dies jedoch der Fall.

---

## Die „Farbrevolutionen“ und die Gemeinschaft Demokratischer Wahl

---

Eine der vielen Parallelen zwischen früheren sowjetischen und gegenwärtigen russischen Anschauungen und der so gesehenen Notwendigkeit, westlichen Einfluss in einer vom Kreml beanspruchten Einflussphäre abzuwehren, betrifft das Werteproblem. In der Sowjetära beruhte die Legitimität des inneren Imperiums der UdSSR und des äußeren Herrschaftsbereichs in Ostmitteleuropa auf der marxistisch-leninistischen Ideologie. In Anbetracht der Prosperität und Leistungsfähigkeit der freien und sozialen Marktwirtschaften im „kapitalistischen“ Westeuropa einerseits und des von der Weltwirtschaft abgekoppelten, stagnierenden Systems der Zentralverwaltungswirtschaft in der Sowjetunion und „Osteuropa“ andererseits standen Sowjetideologie und Sowjetsystem in Europa auf verlorenem Posten. Die europäische Integration mit freiwilligem Verzicht auf Teile von Souveränität und den Werten von Demokratie, Rechtsstaat, freier Marktwirtschaft und Zivilgesellschaft entfalteten eine enorme Ausstrahlungskraft. Diese wurde aber vom Kreml nicht als eine autonom wirkende Triebkraft betrachtet, sondern als gezielt von westlichen Regierungen betriebene „*Einmischung in die inneren Angelegenheiten sozialistischer Länder*“ mit dem Ziel, das Sowjetsystem in Ostmitteleuropa zu „*unterhöhlen*“, zu „*untergraben*“.

Derartige Anschauungen gehören, wenn auch unter veränderten Bedingungen, zum Standardrepertoire des Kremls bei der Abwehr eines möglichen Übergreifens der „*Farbrevolutionen*“ auf Russland und die Staaten des westlichen postsowjetischen Raums. Dabei spielt Sowjetideologie zwar keine Rolle mehr, aber die Grundkonstellation unterschiedlicher

---

<sup>31</sup> Заявления по важнейшим вопросам. Обращение Президента России Владимира Путина, 4 сентября 2004 года, [Archive.kremlin.ru](http://archive.kremlin.ru), 4.9.2004  
<[http://archive.kremlin.ru/appears/2004/09/04/1752\\_type63374type82634\\_76320.shtml](http://archive.kremlin.ru/appears/2004/09/04/1752_type63374type82634_76320.shtml)>.

Werte war (und ist) dem der vergangenen Ära ähnlich: Der Kreml, in einem zunehmend autoritären System, dem „System Putin“, fühlt sich und handelt entsprechend als Sachwalter autoritärer Regime. Diese wiederum kamen im neuen Jahrtausend unter zunehmenden Druck von Studenten- und Jugendorganisationen, die nicht bereit waren, den opportunistischen Schwenk ehemals kommunistischer Kader von der Monopolherrschaft der Partei zu einem autoritären und korrupten Regime mit zu machen. Auslöser in all den Fällen der Farbrevolutionen waren Massendemonstrationen unter anderem gegen Wahlmanipulationen und Wahlfälschungen.

Die erste dieser Revolutionen war der Sturz Slobodan Miloševićs in Serbien im Oktober 2000. Nach der Präsidentschaftswahl in Jugoslawien am 24. September 2000 hatte er sich sogleich zum Wahlsieger erklärt. Nach lang anhaltenden Protesten und Massendemonstrationen wurde er aber schließlich am 5. Oktober 2000 durch lang anhaltende Massendemonstrationen gestürzt. Oppositions-Kandidat Vojislav Kostunica wurde zum rechtmäßigen Präsidenten ernannt. Die vorgezogene Parlamentswahl in Serbien am 23. Dezember bestätigte diese Entwicklung. Als Sieger aus der Wahl ging das Oppositionsbündnis Demokratische Opposition Serbiens (DOS) hervor, eine breite Reformkoalition, die den Reformbündnissen in Ostmitteleuropa der Jahre 1989 und 1990 ähnelte, die dazu beigetragen hatten, die kommunistischen Regime zu stürzen. Kern des Oppositionsbündnisses wiederum war die Organisation *Otpor* (Widerstand), die im Oktober 1998 von Studenten gegründet worden war und die im Herbst 2000 einen großen Anteil an der Mobilisierung und Organisierung des massiven zivilen Widerstands hatte. Moskau betrachtete den Regimewechsel als herben Rückschlag: Es hatte Milošević und Serbien als ethnisch slawisch und religiös orthodoxes Brudervolk und politisch als einen wichtigen Bündnispartner auf dem Balkan angesehen. Die Parteinahme für die Serben hatte Tradition, die vom gemeinsamen Kampf des zaristischen Imperiums gegen das Ottomanische Weltreich bis zur scharfen Kritik Russlands gegen die NATO-Luftangriffe 1999 und danach gegen die Unabhängigkeit des Kosovo reicht. Die Europa-Orientierung des neuen Serbiens aufgrund der demokratischen Veränderungen drohte, den Einfluss Russlands auf dem Balkan vollends zu beseitigen.

Der Erfolg von *Otpor* und der DOS übte einen erheblichen Einfluss auf die nachfolgenden Revolutionen aus.<sup>32</sup> Mitte November 2003 begannen massive Demonstrationen in Tiflis gegen Wahlmanipulationen und Wahlbetrug bei den Parlamentswahlen vom Vormonat. Die Jugendorganisation *Kmara!* (Genug!), das georgische Gegenstück zu *Otpor*, und verschiedene Nichtregierungsorganisationen organisierten die Proteste und Demonstrationen gegen die Ergebnisse der Wahlen zum georgischen Parlament am 2. November 2003, die von einheimischen und internationalen Beobachtern als weitgehend gefälscht beurteilt wurden. Saakaschwili erklärte sich auf der Grundlage von Wahlnachfragen von NGOs zum Wahlsieger und forderte die Georgier auf zu demonstrieren und sich an zivilem Ungehorsam gegen die Regierung zu beteiligen. Die zwei großen Oppositionsbündnisse schlossen sich

---

<sup>32</sup> Die Wechselbeziehungen zwischen Serbiens *Otpor*, Georgiens *Khemri* (Genug!) und *Pora!* (Es ist Zeit!) der Ukraine sind von Julie A. Corwin beschrieben worden; siehe *Regime Change on the Cheap*, *Rferl.org*, 19.4.2005 <<http://www.rferl.org/content/article/1058543.html>>.

zusammen und verlangten die Absetzung des Exponenten des alten Regimes, Eduard Schewardnadse, und eine Wiederholung der Wahlen. Ende November trat Schewardnadse zurück und am 4. Januar 2004 errang Oppositionsführer Micheil Saakaschwili bei den Präsidentschaftswahlen einen überwältigenden Wahlsieg.<sup>33</sup>

Wie in Serbien und Georgien erklärte sich der Vertreter der konservativ-autoritären Kräfte in der Präsidentschaftswahl in der Ukraine am 22. November 2004 (Stichwahl), Wiktor Janukowitsch, zum Wahlsieger. Auch in diesem Land kam es zu massiven Protestdemonstrationen gegen Wahlmanipulationen und Wahlfälschungen. Kern der breiten Koalition in orangen Farben war dabei die nach den serbischen und georgischen Vorbildern gegründete regierungsunabhängige Jugendorganisation *Pora!* (Es ist Zeit!). Russland hatte sich bereits vor den Wahlen aktiv in den Wahlkampf zugunsten Janukowitschs eingemischt – eine der Tatsachen, welche die Wahl zu einer Grundsatzentscheidung zwischen einer demokratischen, „europäischen“ und einer autoritären „prorussischen“ Richtung machten. Putin hatte sich darüber hinaus persönlich für den Exponenten der Wahlfälschung engagiert, schon vor der Wahl in Besuchen in Kiew und auch nach der Stichwahl, indem er vor der offiziellen Bekanntgabe des umstrittenen und dann annullierten Wahlergebnisses Janukowitsch zu einem „überzeugenden“ Sieg in „transparenten und ehrlichen“ Wahlen gratulierte.<sup>34</sup>

Von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung der russischen Politik im postsowjetischen Raum war und ist die vom Kreml vorgenommene Interpretation der Ereignisse. Von seiner Warte war der Sturz der drei konservativ-autoritären Regime nicht das Ergebnis einheimischer Anstrengungen und Akteure, sondern das Resultat *äußerer* Einmischung. Westliche Regierungen, allen voran die USA und einige ihrer europäischen Verbündeten, unter diesen vor allem Großbritannien, hätten die Farbrevolutionen vorher sorgfältig geplant und mit Hilfe ihrer Geheimdienste und von ihnen organisierten und finanzierten sogenannten „Nichtregierungsorganisationen“ umgesetzt. Die von ihnen angewandten Mittel hätten aus ausgeklügelten „Wahlkampftechniken und Wahlkampftechnologien“, zielgerichteter Ausbildung zur Austragung „ziviler Konflikte“ und „Methoden der Massenmobilisierung“ bestanden. Örtliche Kräfte hätten bei ihren Aktionen organisatorische und finanzielle Hilfe von westlichen Regierungen erhalten, sei es nun direkt (USAID und British Council) oder indirekt über von ihnen finanzierten Stiftungen, wie die National Endowment for Democracy (NED) und das International Republican Institute (IRI), und in engem Zusammenwirken mit angeblichen „parteilosen“ Organisationen, wie

---

<sup>33</sup> Der Zusammenhang zwischen dieser so genannten „Rosenrevolution“ in Georgien und den vorherigen Ereignissen in Serbien war offensichtlich. So hatte der oppositionelle Fernsehkanal Rustawi-2 einige Male eine Dokumentation über die Massendemonstrationen in Serbien zum Sturz Miloševićs gesendet.

<sup>34</sup> Putin wiederholte diese Gratulation nach der offiziellen Bekanntgabe des (angeblichen) Wahlergebnisses; Путин еще раз поздравил Януковича с победой на выборах. Die Dokumentation dieser Gratulation war beim Zugriff des Autors am 10.1.2005 auf der Homepage des Präsidenten der Russischen Föderation einsehbar <<http://www.kremlin.ru/text/news/2004/11/80051.shtml>>, wurde aber danach von der Homepage genommen.

dem National Democratic Institute (NDI) und dem Netzwerk des in Ungarn geborenen Milliardärs George Soros mit seinem Open Society Institute.<sup>35</sup>

Auch die Aktivitäten der OSZE mit ihrem in Warschau angesiedelten Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), das für die Entsendung von Wahlbeobachtern der Organisation zuständig ist, wurden dem standardisierten Interpretationsschema des Kremls zugeordnet. Putin verlieh diesem Diskurs präsidentiale Autorität, als er im Februar 2007 erklärte, dass die Aktivitäten des „bürokratischen Apparats der OSZE in keiner Weise“ mehr mit den Zielen vereinbar seien, welche die Unterzeichnerstaaten bei der Gründung dieser Organisation im Sinne hatten. Derzeit seien die Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse bis hin zur „Mitbeteiligung sogenannter Nichtregierungsorganisationen auf die Aufgabe zugeschnitten, die außenpolitischen Interessen der einen oder anderen Ländergruppe umzusetzen. Diese Organisationen [NGOs] sind formal unabhängig, aber werden zielgerichtet [von den Regierungen] finanziert und stehen damit unter ihrer Kontrolle. [...] Wir sehen diese [NGOs] als ein Instrument an, das ausländische Staaten benutzen, um ihre Russlandpolitik auszuführen.“<sup>36</sup>

Verschärft wurde diese in russischer Sicht ernste Herausforderung durch die von den Präsidenten Juschtschenko und Saakaschwili betriebene Gründung der Gemeinschaft demokratischer Wahl (Community of Democratic Choice – CDC). Diese sollte laut einer von ihnen im georgischen Borjomi im August 2005 unterzeichneten Erklärung ein „mächtiges Instrument“ werden, „um die noch verbliebenen Trennlinien, Menschenrechtsverletzungen, und jede Art der Konfrontation oder eingefrorene Konflikte in der Region von der Ostsee zum Schwarzen Meer zu beseitigen“.<sup>37</sup> Diesem Ziel entsprechend, wurde im Dezember 2005 die Gemeinschaft während eines zweitägigen Forums in Kiew gegründet. Teilnehmer an diesem Gründungskongress waren die Präsidenten von neun Staaten – Ukraine, Georgien, die drei Baltischen Staaten, die Moldau, Rumänien, Mazedonien und Slowenien. USA, EU, OSZE sowie Polen, Ungarn, Tschechien, Bulgarien und Aserbaidschan hatten Beobachterstatus.

Die Gipfelkonferenzen der CDC in Kiew im Dezember 2005 und in Wilna (Vilnius) im Mai 2006 fanden in einer fast schon euphorischen Atmosphäre statt. Teil davon waren Hoffnungen und die Erwartung, dass Europa dabei war, wieder einen großen Schritt auf die Überwindung von Trennlinien und die Errichtung eines gemeinsamen Raum von

---

<sup>35</sup> So passte es auch gut in das Interpretationsschema des Kremls über die Steuerung der „Farbrevolutionen“ durch westliche Regierungen, dass der Botschafter der Vereinigten Staaten, Ambassador Richard Miles, Missionschef in *Belgrad* von 1996 bis zum 23. März 1999 war, also bis genau zu dem Tag, an dem die amerikanische Botschaft geschlossen wurde und kurz darauf die Luftangriffe der NATO erfolgten, und dass er danach zum Botschafter in *Tiflis* ernannt wurde, wo er vom 19.4.2002 bis 15.8.2005 Dienst tat.

<sup>36</sup> Putin auf der 43. Münchener Internationalen Sicherheitskonferenz am 10.2.2007, *Securityconference.de*, 10.2.2007, <[http://www.securityconference.de/archive/konferenzen/rede.php?menu\\_2007=&menu\\_konferenzen=&sprache=de&id=179&](http://www.securityconference.de/archive/konferenzen/rede.php?menu_2007=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=179&)>.

<sup>37</sup> CDC – Community of Democratic Choice. Zur Borjomi Deklaration siehe Jean-Christoph Peuch, Regional Leaders Set Up Community Of Democratic Choice, *RFE/RL.org*, 2.12.2005 <<http://www.rferl.org/content/article/1063461.html>> und Borjomi Declaration, Forum News, *For-ua.com*, 15.8.2005 <<http://en.for-ua.com/news/2005/08/15/150055.html>>.

Demokratie, Marktwirtschaft, Rechtsstaat und Zivilgesellschaft sowie Integration in die bestehenden Institutionen von EU und NATO zu tun. Zu der in Kiew und Wilna geteilten „*common vision*“ gehörte die Anschauung, dass in den Jahren 1989 und 1990 in Europa eine erste große Welle von Transformationsprozessen mit der Auflösung der kommunistischen Systeme in Ostmitteleuropa stattgefunden habe und dass jetzt in Serbien, Georgien und der Ukraine eine zweite Welle ausgelöst worden sei, welche andere, noch unreformierte Staaten des postsowjetischen Raums einschließlich Russlands umfassen würde.

Eine weitere Verschärfung der in Moskau so empfundenen Herausforderung war die aktive Rolle, welche die Vereinigten Staaten (trotz erheblicher eigener Defizite in der Ära der Neokonservativen) unter George W. Bush in Osteuropa und im Kaukasus spielten.<sup>38</sup> Der amerikanische Vizepräsident, Richard Cheney, gab derartigen Anschauungen mit seinen Ausführungen in Wilna Auftrieb, wo er erklärte: „Unsere Werte und unsere strategischen Interessen sind ein und dasselbe.“<sup>39</sup> Und weiter:

“Through direct aid and active diplomacy, the United States will [continue to] give our strong support to the development of democratic institutions that are transparent, accountable, and decentralized. We’re helping citizen groups to promote broad voter participation, and governments to ensure that elections conform to international standards of fairness. We have funded programs to provide training for journalists, to foster the growth of independent news organizations. We’re supporting groups that monitor state action and defend human rights.”<sup>40</sup>

Der Sicht Moskaus zufolge setzte Washington „Demokratisierung“ als Waffe ein, um die strategischen Ziele einer Schwächung Russlands und Beseitigung des russischen Einflusses im postsowjetischen Raum zu erreichen. Zudem sah sich der Kreml in seiner Ansicht bestätigt, dass die Mitgliedschaft ehemaliger Staaten des Warschauer Pakts und Teilrepubliken der Sowjetunion in der EU und der NATO negative Folgen für den Einfluss Russlands in Osteuropa und im Kaukasus habe würde. Dies ließ sich aus der Tatsache ableiten, dass diese Länder, vor allem die Baltischen Staaten und Polen – die „neuen Europäer“ laut Definition der amerikanischen Neokonservativen – die Osteuropapolitik der USA nahezu vorbehaltlos unterstützten.<sup>41</sup>

Zudem glaubte Moskau zu erkennen, dass die USA einen Keil zwischen Russland und den Ländern im Raum von der Ostsee zum Schwarzen und zum Kaspischen Meer treiben wollte.

---

<sup>38</sup> Zur Analyse der amerikanischen Politik siehe ausführlich Hannes Adomeit, Politik und Strategie der USA in Osteuropa und im Kaukasus: Back to Square One, in: Erich Reiter (Hg.), Entwicklungsszenarien in Osteuropa, Schriftenreihe zur Internationalen Politik des Internationalen Instituts für Liberale Politik, Bd. 4, (Wien, Köln, Weimar: Böhlau, 2011), S. 143-198.

<sup>39</sup> Vice President Richard Cheney. Remarks at the Vilnius Conference of the Community for Democratic Choice, May 4, 2006. Zitate laut dem auf der Konferenz verteilten Manuskript. Mehr oder weniger gleichlautend der in der New York Times veröffentlichte Text: *Nytimes.com*, 4.5.2006  
<<http://www.nytimes.com/2006/05/04/world/europe/04cnd-cheney-text.html>>.

<sup>40</sup> Ebenda.

<sup>41</sup> Die Zweiteilung der Europäer in solche, welche gegenüber den USA skeptisch und russlandfreundlich eingestellt („alte“ Europäer) und solche, die bereit waren, die USA zu unterstützen („neue“ Europäer) wurde vom amerikanischen Verteidigungsminister Donald Rumsfeld auf der 41. Münchner Internationalen Sicherheitskonferenz (im Frage-und-Antwort-Teil der Konferenz) am 12.2. 2005 vorgenommen; laut Notizen des Autors auf der Konferenz.

Denn zu Russland gewandt führte Cheney aus, dass dieses Land begonnen habe, sich von westlichen Werten abzuwenden:

“America and all of Europe also want to see Russia in the category of healthy, vibrant democracies. Yet in Russia today, opponents of reform are seeking to reverse the gains of the last decade. In many areas of civil society – from religion and the news media, to advocacy groups and political parties – the government has unfairly and improperly restricted the rights of her people. Other actions by the Russian government have been counterproductive, and could begin to affect relations with other countries.”

Die Kritik an der russischen Innenpolitik wurde allerdings nicht nur von der amerikanischen Regierung geäußert. Sie wurde in europäischen Ländern und Institutionen, einschließlich des Europäischen Rats, der EU-Kommission, dem Europäischen Parlament und der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, geteilt. Die für „demokratische Willensbildung unerlässlichen *checks and balances*“ seien unterhöhlt und der „Aufbau einer unabhängigen Justiz zurückgeworfen worden“. Die Umstände der Verhaftung und Verurteilung des Vorstandsvorsitzenden der Jukos-Ölkonzerns, Michail Chodorkowskij und führender Jukos-Manager legten den Schluss nahe, dass die Verfahren „politisch motiviert“ seien und durch diese das Ziel verfolgt werden solle, „politische Gegner einzuschüchtern und die Kontrolle über ‚strategische Sektoren‘ der Wirtschaft wiederherzustellen“. Parlaments- und Präsidentschaftswahlen seien durch „verbreiteten Einsatz administrativer Ressourcen und die Kontrolle der Medien zugunsten regierungstreuer politischer Parteien“ verfälscht worden. Zentralisierungselemente seien wieder in das politische System eingebaut worden, unter anderem durch die Abschaffung der Direktwahl der Gouverneure der russischen Regionen. „Regierungskritische Befürworter einer Zivilgesellschaft insbesondere aus journalistischen, wissenschaftlichen und umweltbewussten Kreisen sind belästigt und eingeschüchtert worden.“ In Tschetschenien „herrscht ein Klima von Willkür und Gesetzlosigkeit, da die tschetschenischen und föderalen Rechtsorgane entweder nicht willens oder nicht fähig sind, die weitaus große Mehrzahl derjenigen, die ernste Menschenrechtsverletzungen begehen, für ihre Taten zur Verantwortung zu ziehen“.<sup>42</sup>

Die Kritik verlieh der herben Enttäuschung in der EU über den Weg Ausdruck, den Putin schon in seiner ersten Amtszeit eingeschlagen hatte. Sie spiegelte früh die Erkenntnis wider, dass dieser Weg den in der Gemeinsamen Strategie gegenüber Russland verankerten Prinzipien entgegen stand. Dazu gehörte der Grundsatz, dass die „strategische Partnerschaft“ auf „gemeinsamen Werten und dem gemeinsamen Erbe europäischer Kultur“ beruhen sollte.

---

<sup>42</sup> Diese Kritik an den Entwicklungen in Russland findet sich vor allem in drei Dokumenten vom Februar 2004, (1) dem “Bericht” des Komitees für Außenpolitik, Menschenrechte und Gemeinsamer Sicherheits- und Verteidigungspolitik des Europäischen Parlaments, European Parliament, Committee on Foreign Affairs, Human Rights, Common Security and Defence Policy, Report With a Proposal for a European Parliament Recommendation to the Council on EU-Russia Relations, Rapporteur: Bastiaan Belder, Final A-5-0053/2004; (2) der “Communication” der Kommission der EU, Communication from the Commission to the Council and the European Parliament on Relations With Russia, EU, 9.2.2004, *EU Commission*, Document COM(2004) 106 09/02/04; und (3) dem “Assessment Report” des Generalsekretariats des Ministerrats, Council of the European Union, General Secretariat, Relations With Russia: Assessment Report, 18.2.2004, DG E VI 6472/04. Der letzte der drei Berichte ist „confidential“ und unveröffentlicht, konnte aber vom Autor eingesehen werden.

Die Entwicklung in Russland dagegen widersprach den von der EU formulierten „strategischen Zielen, eine stabile, offene und pluralistische Demokratie in Russland auf der Basis eines Rechtsstaats [sowie] eine prosperierende Marktwirtschaft, [...] Zivilgesellschaft zu schaffen, [...] und] die Integration Russlands in einen gemeinsamen europäischen Wirtschafts- und Gesellschaftsraum“ zu bewerkstelligen.<sup>43</sup>

Dem ist hinzuzufügen, dass die Herausbildung des „Systems Putin“ nicht den von westlichen Wissenschaftlern postulierten Gesetzmäßigkeiten und damit zum Teil auch der theoretischen Fundierung westlicher Politik folgte. Ausgehend von dem in den ostmitteleuropäischen Ländern nach 1989/1990 gemachten Erfahrungen hatten Forscher Theorien entwickelt, wie der „Übergang“ vom kommunistischen Einparteiensstaat und Zentralverwaltungssystem zum westlichen System von Demokratie, Marktwirtschaft, Rechtsstaat und Zivilgesellschaft vonstatten gehen würde (*transition theory*). Diese Theorien, wie sich immer deutlicher gegen Ende der ersten Amtszeit Putins herausstellte, waren nicht auf Russland anwendbar. „*Russia*“, wie die Politologin Lilja Schewzowa treffend schrieb, blieb „*lost in transition*“.<sup>44</sup> Unter Putin entwickelte sich ein politisches System sui generis der „gelenkten Demokratie“, das in zunehmendem Maße Kontrolle über politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Prozesse zu erlangen trachtete. „Demokratie in Russland“, wie Putin verkündete, erfordere „manuelle Kontrolle“.<sup>45</sup>

Die Entwicklungen in der russischen Innenpolitik sind von herausragender Bedeutung für die vorliegende Untersuchung. Natürlich gibt es in jedem politischen System eine enge Beziehung zwischen Innen- und Außenpolitik. Ordnungsprinzipien des politischen Systems, die von der politischen Führung im Verlauf ihrer Karriere gesammelten Erfahrungen und ihre Vorstellungen von Politik und Gesellschaft werden auf die internationale Bühne projiziert. Im Falle Russlands gibt es allerdings eine wichtige Besonderheit: Der postsowjetische Raum wird nicht als ein eigenständiges Spielfeld internationaler Politik betrachtet, in dem die Regeln konventioneller und klassischer Diplomatie gelten, sondern als eine politische Sonderzone, eine – wie oben ausführlich dargestellt – Einflusszone, in der Russland „besondere“, „lebenswichtige“ und „privilegierte“ Interessen habe. Die Politik Moskaus im postsowjetischen Raum ist infolgedessen in einem schwer abgrenzbaren Bereich zwischen Innen- und Außenpolitik angesiedelt. Innenpolitik wird auf den GUS-Raum übertragen.<sup>46</sup> Umgekehrt wirken Entwicklungen in diesem Raum in größerem Maße auf die

---

<sup>43</sup> Alle diese Zielsetzungen finden sich in dem Teil „Principal Objectives“ der „Common Strategy of the European Union towards Russia“ [Anm. 22].

<sup>44</sup> So auch der Titel ihres Buches, Lilia Shevtsova, *Russia – Lost in Transition: The Yeltsin and Putin Legacies* (Washington, DC: Carnegie Endowment for International Peace, 2007).

<sup>45</sup> So Putin im Oktober 2007 in einer Pressekonferenz. Dieses Zitat sowie die politische Entwicklung in Putins zwei Amtszeiten als Präsident von „gelenkter Demokratie“ zur „manuellen Kontrolle“ des politischen Systems bei Robert Coalson, *Russia: Moscow Shifts From “Managed Democracy” to “Manual Control”*, RFE/RL Research, *Rferl.org*, 3.12. 2007 <<http://www.rferl.org/articleprintview/1079227.html>>.

<sup>46</sup> Institutionell schlug sich diese Tatsache 1994 in der Gründung eines eigenständigen Ministeriums für die Zusammenarbeit mit den Ländern der GUS nieder. Allerdings erhielt dieses Ministerium nur wenige Geldmittel und geringen politischen Einfluss im innenpolitischen Machtgefüge und wurde im Jahre 2000 ganz aufgelöst. Dies steht jedoch nicht im Widerspruch zur Bedeutung der GUS in der russischen Innenpolitik und der engen Verzahnung zwischen russischer Innen- und Außenpolitik, denn GUS-Angelegenheiten, wie unten ausgeführt, wurden in der Putin-Ära zur Chefsache.

russische Innenpolitik ein, als die Gegebenheiten außerhalb dieses Bereichs. Den Wahrnehmungen der politischen Klasse Russlands zufolge war infolgedessen das mögliche Hereinbrechen einer zweiten Welle demokratischer und liberaler Reform und Revolution in Osteuropa und im Kaukasus eine große Gefahr nicht nur für den Einfluss Russlands in dieser Region, sondern auch – so unwahrscheinlich dies auch in westlichen Augen gewesen sein mag – für „Russland“ selbst, also für die Macht und die Privilegien, welche sich die politische Klasse unter Putins Ägide verschafft hatte.

Diese Tatsache erklärt, warum die Moskauer Machtelite nahezu panikartig auf die „Farbrevolutionen“ und ihre tatsächlichen und vermeintlichen Ausstrahlungen auf andere Länder des postsowjetischen Raums reagiert hat. In der russischen Innenpolitik manifestierte sich dies unter anderem in neuen Gesetzen zur Kontrolle von NGOs, der Gründung der kremltreuen Jugendorganisation Naschi (Die Unsrigen), schärferem Vorgehen gegen oppositionelle Parteien und Bewegungen und zusätzlichen Geldzuwendungen für Aufgaben der „inneren Sicherheit“. Die vom Kreml als ernst zu nehmende Gefahr des „Verlusts“ des postsowjetischen Raums wurde durch eine Verbindung von Gegenmaßnahmen der russischen Regierung und Entwicklungen in dieser Region erfolgreich abgewehrt. Über diese Maßnahmen hinaus nahm die Gegenwehr des Kremls vielfältige Formen an.

Obwohl, wie gleich zu zeigen ist, der Kreml die Farbrevolutionen und ihre Auswirkungen insbesondere auf Russland begrenzen konnte, hat es die Kontrolle im Inneren mit Beginn der dritten Amtszeit Putins als Präsident noch verschärft. So haben staatliche Medien im Vorfeld der Parlamentswahlen vom Dezember 2011 und der Präsidentschaftswahlen vom März 2012 behauptet, dass unabhängige russische Wahlbeobachtungsorganisationen wie „Golos“ von westlichen Geheimdiensten mit dem Ziel finanziert werden, auch in Russland nach dem Muster von Georgien, der Ukraine und Kirgistan eine „Farbrevolution“ zu starten. „Agenten“ würden angeworben, um Einfluss auf die russische Politik zu gewinnen.<sup>47</sup> Entsprechend sind seit dem 13. Juli 2012 russische Vereine und Menschenrechtsgruppen unter Androhung schwerer Strafen verpflichtet, sich in einem besonderen Register des Justizministeriums als „Agenten des Auslandes“ eintragen zu lassen, sofern sie sich politisch betätigen und Spendengelder aus dem Ausland erhalten. Darüber hinaus arbeiten einige Politiker der Kreml-Partei Geeintes Russland daran, das Mediengesetz zu ändern. Setzen sie sich durch, sollen auch Zeitungen und Zeitschriften, deren Verlage im Besitz ausländischer Firmen sind oder zu einem Teil nicht russischen Geldgebern gehören, in die Liste der „ausländischen Agenten“ aufgenommen werden.<sup>48</sup>

---

<sup>47</sup> Druck auf Wahlbeobachter in Russland, FAZ, 5.12.2011, S. 6.

<sup>48</sup> Jacques Schuster, Russland ohne Worte, Welt, 18.7.2012, S. 3.

---

## Zusammenbruch der Herausforderungen an russische Kontrolle im postsowjetischen Raum

---

Zu den Reaktionen auf die Farbrevolutionen gehörte erstens eine Kampagne des Kremls, dass Russland konsequent demokratische Institutionen im Land auf der Basis gemeinsamer europäischer Werte weiterentwickle und zusammen mit der EU aktiv an der Schaffung von vier Gemeinsamen Räumen und der Neufassung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens arbeite.<sup>49</sup> Theoretiker bemühten sich aufzuzeigen, dass es in der Entwicklungsgeschichte westlicher Regierungssysteme viele Spielarten nicht liberaler Demokratie gegeben habe – so beispielsweise aristokratische, oligarchische, egalitäre und nationale Varianten.<sup>50</sup> Wladimir Surkow, einer der stellvertretenden Leiter der Präsidentialverwaltung unter Medwedjew fügte diesen illiberalen Ausprägungen eine weitere hinzu: die „souveräne“ Demokratie, ein spezifisch auf Russland zugeschnittene Regierungsform, wobei mit dem Adjektiv „souverän“ gemeint war, dass diese Variante der Demokratie „nicht von außen gesteuert wird“.<sup>51</sup> Wie erfindungsreich die russischen Theoretiker auch gewesen sein mögen, es gab (und gibt) dennoch ein objektives Problem: Ganz im Gegensatz zur EU und ihrem selbstbewussten Anspruch, dass das politische und wirtschaftliche System ihrer Mitgliedstaaten, die Kopenhagen-Kriterien einer möglichen Mitgliedschaft und die auf dem *Acquis communautaire* beruhenden Integrationsprozesse unveräußerlicher und verbindlicher Maßstab für alle europäischen Länder seien, kann Russland kein konkurrierendes Modell anbieten. Der Kreml macht einen *Sonderweg* angeblich „demokratischer“ Entwicklung geltend, der nur für Russland gut sei. Aber dieser Weg, wie immer er auch definiert sein mag, ist im Land selbst zunehmend umstritten. Dies haben unter

---

<sup>49</sup> Auf der Gipfelkonferenz in St. Petersburg im Mai 2003 vereinbarten die EU und Russland „ihre Kooperation zu vertiefen“ und in langfristiger Perspektive vier Gemeinsame Räume im Rahmen des PKA zu schaffen. Auf dem Gipfel in Moskau im Mai 2005 wurden dazu sogenannte „Wegekarten“ erstellt. Allerdings ist dieser Begriff weit überzogen, denn es ist nicht klar, welche Prioritäten für welchen Zeitraum mit welcher Finanzierung gelten sollten. (Siehe hierzu ausführlich Hannes Adomeit und Rainer Lindner, Die „Gemeinsamen Räume“ Russlands und der EU: Wunschbild oder Wirklichkeit?, Stiftung Wissenschaft und Politik (Berlin), Studie S-34, November 2005.) Bis zum heutigen Tage ist die Schaffung dieser Räume nicht weit vorangekommen. – Die Verhandlungen über eine Neufassung des PKA wurden auf der EU-Russland-Gipfelkonferenz in Chanty-Mansisk im Juni 2008 vereinbart. Diese wurden nach dem Krieg in Georgien im August unterbrochen und nach dem EU-Gipfel in Nizza im November 2008 wieder aufgenommen. Auch hier sind die Fortschritte bei den zentralen Fragen bisher dürftig.

<sup>50</sup> So beispielsweise die unter der Schirmherrschaft des Instituts für internationale Wohlfahrt an der Russischen Akademie der Wissenschaften veröffentlichte Aufsatzsammlung von А.В. Фененко (Ред.), Концепции и определения демократии, Москва 2006. Ein Inhaltsverzeichnis nebst Zusammenfassung findet sich unter *Urss.ru* <<http://urss.ru/cgi-bin/db.pl?cp=&page=Book&id=48931&lang=en&blang=ru&list=14>>.

<sup>51</sup> Im November 2006 stellte der damalige Erste stellvertretende Premierminister und künftige Präsident Medwedjew in einem Interview mit der Zeitschrift „Expert“ richtig fest, dass die Begriffe „Souveränität“ und „Demokratie“ zwei ganz unterschiedlichen konzeptionellen Kategorien angehören und nicht miteinander verbunden werden können; Для процветания всех надо учитывать интересы каждого. Интервью первого вице-премьера правительства России Дмитрия Медведева главному редактору журнала «Эксперт» Валерию Фадееву, *Expert.ru*, 24.7.2006 <[http://www.expert.ru/expert/2006/28/interview\\_Medwedjew/](http://www.expert.ru/expert/2006/28/interview_Medwedjew/)>. Surkows Karriere litt jedoch nicht unter Unsinn: Im Mai 2008 wurde er *Erster* stellvertretender Leiter der Präsidentialverwaltung unter Präsident Medwedjew.

anderem die Demonstrationen im Dezember 2011 gegen die Wahlmanipulationen und Wahlfälschungen, aber auch generell gegen Putin und das von ihm etablierte System gezeigt. Zudem geben selbst die höchsten Staatsdiener Russlands zu, dass das System enorme Defizite aufweist – wie beispielsweise ein in Europa unvergleichlicher „Rechtsnihilismus“, tiefgreifende Korruption und nicht vorankommende Modernisierung.<sup>52</sup> Und schließlich gibt es zwar de facto Ähnlichkeiten zwischen dem diktatorischem Regimes Lukaschenkos in Belarus und den autoritär bis feudalistischen Staaten Zentralasiens einerseits und Russland andererseits. Die vergleichbaren Systemelemente werden aber nicht zu einem umfassenden Konkurrenzmodell ausgebaut. Dies verbietet sich nicht zuletzt wegen der zentralistischen, autoritären, anti-liberalen und un- oder anti-demokratischen Merkmale eines derartigen „Modells“, das für die Bevölkerung der europäischen Länder unannehmbar wäre.

Aufgrund der mangelnden Anziehungskraft des gegenwärtigen Systems und eines fehlenden Modells für künftige Entwicklung griff der Kreml bei seiner Abwehr der Farbrevolutionen in den Instrumentenkasten der „hard power“ und da, wo „soft power“ anwendbar war, mit ihrer „harten“ Auslegung und Anwendung. Dabei wäre es unglaublich gewesen, der EU ein gegen Russland gerichtetes geostrategisches Kalkül zu unterstellen. Dafür mussten die USA unter ihrer neokonservativen Führung und die Washingtons Russlandpolitik unterstützenden Regierungen in Europa herhalten. Kernpunkt der Kritik des Kremls war die Osterweiterung der NATO und insbesondere der von der Regierung Bushs eingeschlagene Kurs, der Ukraine und Georgien einen Membership Action Plan (MAP) als Vorstufe zu einer späteren Mitgliedschaft in der Nato anzubieten. Eine entsprechende Kampagne leitete Putin auf der Münchner Internationalen Sicherheitskonferenz im Februar 2007 ein.<sup>53</sup>

Diese enthielt drei Hauptangriffspunkte.<sup>54</sup> Der erste war die Entwicklung der amerikanischen Außenpolitik. Putin stellte fest, dass „das unipolare Modell [der USA] nicht nur inakzeptabel, sondern auch nicht zu realisieren“ sei; es gebe dafür auch „keine moralische Grundlage“. Festzustellen sei weiterhin „eine immer größere Verachtung für die Prinzipien des internationalen Rechts“, es gebe aber „einen Staat, die Vereinigten Staaten, der seine nationalen Grenzen in jeder Hinsicht überschritten hat ..., was sich im wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Bereich“ und in Fragen von Bildung und Ausbildung zeige. Mit offensichtlichem Blick wiederum auf die USA beklagte er den „fast unbeschränkten, extremen Gebrauch von Gewalt – militärischer Gewalt – in den internationalen Beziehungen, einer Gewalt, welche die Welt in einen Abgrund permanenter Konflikte stürzt“.

---

<sup>52</sup> Die Charakterisierung Russlands als ein Land des Rechtsnihilismus geht auf eine Rede Medwedjews vor dem Allrussischen Bürgerforum am 22.1.2008 zurück; <[http://www.Medwedjew2008.ru/english\\_2008\\_01\\_22.htm](http://www.Medwedjew2008.ru/english_2008_01_22.htm)>. Dieser Begriff wurde von ihm mehrmals in seiner Amtszeit gebraucht, so beispielsweise in seiner Rede zur Lage der Nation am 5.11.2008, Послание Федеральному Собранию Российской Федерации, Archive.kremlin.ru, 5.11.2008 <[http://archive.kremlin.ru/appears/2008/11/05/1349\\_type63372type63374type63381type82634\\_208749.shtml](http://archive.kremlin.ru/appears/2008/11/05/1349_type63372type63374type63381type82634_208749.shtml)>.

<sup>53</sup> So Putins Rede auf der 43. Münchener Internationalen Sicherheitskonferenz am 10.2.2007 [wie Anm. 37].

<sup>54</sup> Putins Anklagepunkte und seine erfolgreiche Abwehr der amerikanischen Osteuropa- und Kaukasuspolitik sind vom Autor ausführlich in einer anderen IILP-Studie untersucht worden; siehe Hannes Adomeit, Politik und Strategie der USA in Osteuropa und im Kaukasus [Anm. 39].

Der zweite Anklagepunkt betraf die amerikanische Politik der Demokratieförderung. Er machte noch einmal seine Sicht der Rolle von Nicht-Regierungsorganisationen deutlich, erläutert am Beispiel Russlands aber offensichtlich ebenso mit Blick auf die Aktivitäten ausländischer NGOs in den Nachbarstaaten. Klipp und klar stellte er fest: „*Diese Nicht-Regierungsorganisationen werden von ausländischen Regierungen finanziert. Wir betrachten sie als ein Instrument, das ausländische Staaten anwenden, um ihre Russlandpolitik auszuführen.*“<sup>55</sup> Gleichzeitig wies er auf Doppelstandards in der Bewertung der russischen Innenpolitik hin: „Wir werden unaufhörlich über Demokratie belehrt, aber aus irgendwelchen Gründen wollen diejenigen, die uns lehren, selbst nichts lernen.“ Aus offensichtlichen Gründen griff er auch die OSZE an. So beklagte er:

„Es gibt Leute, die versuchen, die OSZE in ein vulgäres Instrument zu transformieren, das die außenpolitischen Interessen der eines Landes oder einer Gruppe [von Ländern] fördern soll. Diese Aufgabe wird auch vom bürokratischen Apparat der OSZE bewerkstelligt, der absolut nicht mit den staatlichen Gründern in irgendeiner Weise verbunden ist. Die Prozeduren der Entscheidungsfindung und die Mitbeteiligung sogenannter Nicht-Regierungsorganisationen sind auf diese Aufgabe zugeschnitten. Diese Organisationen sind formal unabhängig, aber sie werden gezielt finanziert und infolgedessen kontrolliert.“

Der dritte große Angriffspunkt Putins war die Militärpolitik der USA im europäischen Vorfeld Russlands, die Verbindung – in Putins Sicht – von Demokratieförderung und militärischem Ausgreifen auf den postsowjetischen Raum in einem einzigen strategischen Ansatz. Dabei setzte er die Politik von USA und Nato gleich. Er kritisierte die Pläne der USA, Komponenten ihrer strategischen Raketenabwehr in Polen und Tschechien zu stationieren und „sogenannte flexible Frontlinienbasen mit [einer Personalstärke von] bis zu 5.000 Mann“ (vermutlich gemeint in Rumänien und Bulgarien) aufzubauen. Putins schärfste Kritik richtete sich allerdings gegen die Osterweiterung der Nato. Diese habe

„nichts mit der Gewährleistung von Sicherheit in Europa zu tun. Im Gegenteil, sie stellt eine ernste Provokation dar, welche den Grad gegenseitigen Vertrauens mindert. Zudem haben wir ein Recht zu fragen: Gegen wen richtet sich diese Expansion? ... Und warum ist es notwendig, im Zuge dieser Expansion militärische Infrastruktur an unseren Grenzen aufzubauen?“

Zumindest im Europa der „alten“ Europäer war die Wirkung dieser scharfen Angriffe nicht verfehlt. Das Gespenst eines „neuen Kalten Krieges“ und eines „neuen Wettrüstens“ geisterte durch die öffentliche Meinung in Europa. In Europa, wie Putin ihr nahelegte, könnten wieder „neue Trennlinien und Mauern“ errichtet werden, die vielleicht erst wieder in vielen Jahren und Jahrzehnten, vielleicht erst nach einigen Generationen von Politikern, beseitigt werden könnten. Die Gegensätze zwischen „alten“ und „neuen“ Europäern und zwischen europäischen Staaten und den USA verschärfen sich; Länder wie Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und andere nicht mehr bereit waren, die amerikanische

---

<sup>55</sup> Diese Ausführungen machte Putin nicht in der Rede selbst sondern im Verlauf der Diskussion.

Osteuropapolitik mit zu tragen – zumindest nicht den Aspekt der NATO-Osterweiterung. Dies äußerte sich unter anderem im Scheitern der amerikanischen Pläne, der Ukraine und Georgien auf der NATO-Gipfelkonferenz am 2.-4. April 2008 in Bukarest den Membership Action Plan anzubieten.

Damit nicht genug. Putin ging es darum, eine Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens für alle Zeit ausschließen. Diesem Ziel diene die Aufrechterhaltung der Drohkulisse noch nachdem klar war, dass die MAP-Pläne für die beiden Länder gescheitert waren. So warnte er auf der Sitzung des Nato-Russland-Rats am 4. April in Bukarest und auf dem Treffen mit Bush am 6. April in Sotschi, dass Russland Abchasien und Südossetien anerkennen könnte, falls Georgien weiter auf dem Weg zur Nato-Mitgliedschaft voranschreiten würde. Zudem stellte er die Existenzberechtigung und territoriale Integrität der Ukraine in Frage. Dem Bericht eines Zeugen der Gespräche zufolge, führte Putin gegenüber Bush aus, dass die Ukraine „keine richtige Nation“ sei; ein großer Teil ihres Territoriums sei von Russland „weggegeben“ worden; und sollte die Ukraine der Nato beitreten, würde die Ukraine „aufhören als Staat zu existieren“.<sup>56</sup> Russland könnte eine Abspaltung der Krim und der östlichen Landesteile der Ukraine betreiben. Auch Außenminister Lawrow warnte, dass Russland alles tun würde, um einen Nato-Beitritt Georgians und der Ukraine zu verhindern. Weiterhin stellte er fest, dass die Nato-Osterweiterung „ein Strukturproblem“ in den Beziehungen zwischen der Nato und Russland sei. Diese Frage beeinträchtigt auch Russlands Beziehungen mit „den Nato-Ländern, welche diese Sache vorantreiben“ und belastete das Verhältnis zu den Beitrittskandidaten.<sup>57</sup> Auch das russische Militär wurde in den Aufbau der Drohkulisse einbezogen. So warnte Generalstabschef Jurij Balujewskij, dass Russland „militärische und andere Arten von Maßnahmen“ gegen Georgien und die Ukraine ergreifen würde, falls diese Länder sich auf die Nato-Mitgliedschaft hin bewegten.<sup>58</sup>

Wie die territoriale Integrität der Ukraine stellte Moskau auch die Unversehrtheit Georgiens in Frage. Diese sei „eher ein möglicher Zustand, als politisch-rechtliche Wirklichkeit“ warnte das russische Außenministerium.<sup>59</sup> Putin drohte Bush, wenn Georgien sich weiter in Richtung NATO-Mitgliedschaft bewege, könnte Russland Abchasien und Südossetien völkerrechtlich anerkennen. Außenminister Lawrow, Generalstabschef Jurij Balujewskij und NATO-Botschafter Dmitrij Rogosin folgten den Vorgaben des Präsidenten. So warnte Rogosin, das Bemühen, „Georgien in die westliche Allianz zu drängen, ist eine Provokation, die zu Blutvergießen führen könnte“, und die Mitgliedschaft des Landes in der

---

<sup>56</sup> *Kommersant*, 7.4.2008; *Moscow Times*, 8.4.2008, zit. bei Vladimir Socor, Moscow Makes Furious but Empty Threats to Georgia and Ukraine, *Eurasia Daily Monitor*, Vol. 5, No. 70, 14.4.2008. Im Wesentlichen bestätigte Außenminister Lawrow diesen Bericht in einem Radio Interview wie folgt: „Sowohl in Bukarest als auch in Sotschi hat Putin daran erinnert, wie die heutige Ukraine in ihren gegenwärtigen Grenzen geschaffen wurde. [Er erinnerte auch an] die Gegensätze zwischen der westlichen Ukraine und ihren östlichen und südöstlichen Regionen. Er sagte, dass das, was getan werde, um die Ukraine in die Nato zu ziehen, nicht die wichtige Aufgabe erleichtern würde, der Ukraine zu helfen, ihre Einheit zu bewahren.“ Radio Interview mit Ekho Moskvy am 8.4.2008, zit.: bei Socor, ebenda.

<sup>57</sup> *Interfax*, 6.4.2008, zit. bei Socor, Moscow Makes Furious Threats [wie Anm. 57].

<sup>58</sup> Generalstabschef Balujewskij am 7.4.2008, *Interfax*, 11.4.2008, zit. bei Socor, Moscow Makes Furious Threats [wie Anm. 57].

<sup>59</sup> So der Sprecher des russischen Außenministeriums Michail Kamynin; *Interfax* (russ.), 1.6.2006.

NATO „würde das Ende Georgiens als souveräner Staat bedeuten“.<sup>60</sup> Die Militärintervention Russlands vom August 2008, Moskaus darauf folgende völkerrechtliche Anerkennung Abchasiens und Südossetiens sowie die mit den beiden separatistischen Republiken geschlossenen Stationierungsverträge mögen zwar nicht das Ende georgischer Souveränität bedeuten, jedoch sicherlich das Ende territorialer Unversehrtheit und künftiger NATO-Mitgliedschaft.

Während sich die Kampagne Moskaus hauptsächlich gegen die Präsenz der NATO in Osteuropa und im Kaukasus sowie die MAP-Ambitionen der Präsidenten Juschtschenko (dessen Amtszeit 2010 enden sollte) und Saakaschwili richtete, waren die EU und verschiedene ihrer Mitgliedsländer ebenfalls davon betroffen. Diese nahmen Putins erfolgreiche Abwehr der Farbrevolutionen und die russische Militärintervention zum Anlass, verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um die europäische Option der westlichen GUS-Staaten aufrecht zu erhalten. Dieses Bemühen, wie unten weiter ausgeführt wird, schlug sich in der auf dem EU-Gipfel in Prag im Mai 2009 offiziell beschlossenen Östlichen Partnerschaft nieder.

Der von der russischen Machelite als Erfolg gefeierte Zusammenbruch der Osteuropapolitik Washingtons und das Scheitern der NATO-Ambitionen der Ukraine sowie Georgiens wurden von neuen Herausforderungen abgelöst. Diese verbanden sich mit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise.

---

## **Die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die russische Wirtschaft**

---

*„Russland ist eine Insel der Stabilität im Ozean der Weltkrise. ... Investoren werden fortfahren, Milliarden von Dollars in die aufstrebende russische Wirtschaft zu investieren.“ (Aleksej Kudrin.)<sup>61</sup>*

Die in Russland in den Anfangsstadium der globalen Krise vorherrschende Ansicht, das Land sei eine „Insel der Stabilität“ stellte sich als illusorisch heraus. Wie in den USA und anderen westlichen Industrieländern geriet erst das Finanzsystem Russlands in die Krise und darauf folgend die Wirtschaft. Die Krise in diesem Land war sogar tiefer als in den westlichen Industriestaaten und unterschied sich radikal von der Entwicklung in den andern BRIC-Staaten. Dies zeigte sich an den folgenden wichtigsten Merkmalen:<sup>62</sup>

---

<sup>60</sup> Moskau warnt vor NATO-Aufnahme Georgiens und der Ukraine, *Spiegel.de*, 8.3.2008 <<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,540286,00.html>>.

<sup>61</sup> Rede Kudrins vom 23.1.2008, Russia Is an “Island of Stability”: Finance Minister, Video auf *Youtube.com* <<http://www.youtube.com/watch?v=haNGcSVVWbA>>.

<sup>62</sup> Zu den Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf Russland siehe ausführlich: Hannes Adomeit, Was will Russland? Interessenssphären oder Modernisierungspartnerschaft(en)?, in: Johann Pucher and Johann Frank (Hrsg.), *Strategie und Sicherheit 2011: Globale Herausforderungen – globale Antworten* (Wien, Köln, Weimar: Böhlau, 2011), S. 67–75. Deres., Russlands Modernisierungspartnerschaften: Ursprünge, Inhalte und Erfolgsaussichten, in: *Russland modernisiert sich – oder doch nicht?*, Internationales Institut für Liberale Politik (IILP), Wien, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe, Heft 36/37, Dezember 2011, S. 25-71.

- *Absturz des Aktienmarkts.* Die ersten Anzeichen für das Übergreifen der Finanzkrise auf Russland waren kurz nach dem Krieg in Georgien zu bemerken. Im Laufe eines Monats nach seinem Ausbruch am 12. August 2008 verringerte sich die Kapitalisierung des russischen Aktienmarkts um Prozent 18%. Weitere Schocks erfolgten am 16. September 2008, als der RTS Index und die Moskauer Interbank Devisenbörse (MMVB) Wertverluste von 11% beziehungsweise 17% zu verzeichnen hatten, was einen Rückgang auf die Börsenwerte vom Dezember 2005 bedeutete. Die Schocks dieses „schwarzen Tags“ führten dazu, dass der Handel mit russischen Wertpapieren für zwei Tage ausgesetzt wurde. Insgesamt brach der Aktienindex RTS im Zeitraum von seinem Höhepunkt im Mai bis Oktober 2008 um 75% ein – ein katastrophaler Rückgang, der den der westlichen Industriestaaten und der Schwellenländer übertraf.
- *Schrumpfung der Währungsreserven.* Im Zuge hoher Preise für Rohstoffe und insbesondere Öl und Gas hatte Russland aufgrund von Exporten von Öl, Gas und anderen Rohstoffen, hauptsächlich Metallen, riesige Devisenreserven anhäufen können. Am 1. August 2008 verfügte die russische Regierung – nach China und Japan – über die drittgrößten Devisenreserven der Welt in Höhe von 597 Milliarden Dollar. Ab diesem Monat begannen die Reserven allerdings rapide zu schrumpfen und verringerten sich bis zum März 2009 auf 376 Milliarden Dollar.<sup>63</sup> Die russische Zentralbank gab über 200 Milliarden Dollar aus, um eine drastische Abwertung des Rubels zu verhindern, ließ aber Wertverluste der Währung in kleinen Schritten zu, was zu einer Abwertung des Rubels gegenüber dem Dollar um 40% führte.
- *Reduzierung des Bruttoinlandsprodukts.* In den ersten drei Quartalen des Jahres 2008 konnte Russland noch die hohen Wachstumsraten seiner Wirtschaft beibehalten. Das Bruttoinlandsprodukt stieg in diesen Quartalen um durchschnittlich um 7,7% im Vergleich zum selben Zeitraum des vergangenen Jahres – allerdings schon mit deutlich fallender Tendenz. Das letzte Quartal des Jahres 2008 verstärkte diesen Trend mit einem minimalen Wachstum von lediglich 1,1%, wodurch das BIP im Jahresdurchschnitt nur noch um 5,6% wuchs. Danach brach das BIP ein – im ersten Halbjahr 2009 um 10,4%, um 9,8% im ersten Quartal und um 10,9% im zweiten. Die negative Entwicklung setzte sich im dritten Quartal 2009 mit 8,9% fort, so dass der Rückgang des russischen BIP im Vergleich zum Vorjahr insgesamt 7,8% betrug.
- *Absturz der Industrieproduktion.* Der Sektor des BIP, der die größten Einbrüche zu verzeichnen hatte, war die Industrieproduktion. Ihr Wachstum betrug 2008 zwar noch 2,1%, im letzten Quartal des Jahres fiel die Produktion aber um 6,1%. Dieser Trend setzte sich im darauffolgenden Jahr mit Rückgängen in den ersten drei Quartalen um jeweils 14,3%, 15,4% und 11% fort. Besonders ausgeprägt war der Einbruch der Produktion in der Gas- und der verarbeitenden Industrie. Die Gasindustrie erlitt 2009

---

<sup>63</sup> Ariel Cohen und Richard E. Ericson, Russia's Economic Crisis and U.S.-Russia Relations: Troubled Times Ahead, *Backgrounder*, No. 2333, The Heritage Foundation, [Heritage.org](http://www.heritage.org), November 2009  
<<http://www.heritage.org/Research/Reports/2009/11/Russias%20Economic%20Crisis%20and%20US%20Russia%20Relations%20Troubled%20Times%20Ahead>>.

einen Rückgang um 12,4%. Aufgrund dieser Entwicklung verlor Russland seinen Rang als größter Gasproduzent der Welt, den es seit 2002 innegehabt hatte, an die Vereinigten Staaten. Die Produktion in der verarbeitenden Industrie schrumpfte um 20,8% im ersten Quartal des Jahres 2009, und die der Automobilindustrie sogar um 55,9%.

- *Budgetdefizit.* Im Jahrzehnt vor dem Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise hatte der russische Staatshaushalt kontinuierlich Überschüsse aufgewiesen. Aufgrund der guten Wirtschaftslage plante Regierung, nur noch gut die Hälfte ihrer Einnahmen aus dem Öl- und Gassektor, die bislang in den Haushalt geflossen waren, in künftige Budgets einzustellen. Aufgrund drastisch fallender Öl- und damit (mit sechsmonatiger Verzögerung) sinkender Gaspreise schrumpften die nicht öl- und gasgebundenen Steuereinnahmen, und die Staatsausgaben erhöhten sich, um die binnenwirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der globalen Krise aufzufangen. Der russische Staatshaushalt rutschte ins Defizit.
- *Abschwächung des Außenhandels.* Die globale Krise wirkte sich auch negativ auf den russischen Außenhandel aus. Während dieser noch bis zum dritten Quartal 2008 anstieg, begann er danach erheblich zu fallen. Dies betraf sowohl den Export als auch den Import. Obwohl das Ausfuhrvolumen im ersten Halbjahr 2009 stärker fiel als die Einfuhren – 47% gegenüber 40% – gelang es Russland dennoch, über das ganze Jahr gesehen, eine positive Handelsbilanz zu bewahren. Allerdings war die Größe des Rückgangs enorm: Im Vergleich zum Vorjahr ging der Handelsaustausch 2009 um ganze 36,2% zurück – bei den Ausfuhren um 35,5% und bei den Einfuhren um 37,3%.
- *Die russische Krise im internationalen Vergleich.* In den anderen drei BRIC-Ländern wirkte sich die globale Wirtschafts- und Finanzkrise ganz unterschiedlich aus: China und Indien konnten 2009 weiterhin kräftige Zuwächse des BIP verzeichnen. So nahm Chinas Wirtschaftsleistung 2008 um 11,9% zu und im Jahre 2009 um 9%. Indiens Wachstumsraten betragen 11,9% im Jahre 2008 und 9% in darauf folgenden Jahr. Auch Brasiliens Volkswirtschaft wuchs in den Jahren 2008 (9,0%) und 2009 (7,4%). Putin und seine Ratgeber hatten noch 2008 optimistisch prognostiziert, dass Russland schon im folgenden Jahr auf den sechsten Rang auf der Liste der größten Volkswirtschaften der Welt vorrücken würde.<sup>64</sup> Dies bestätigte sich zwar für den Stellenplatz nach Kaufkraftparität, allerdings keineswegs nach Wechselkursen, wo Russland hinter solchen mittleren Mächten wie Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und sogar Kanada mit seinen lediglich 34 Mio. Einwohnern auf Platz 10 liegt.

Einer der wesentlichen Gründe für die unterschiedliche Entwicklung in Russland im Vergleich zu den anderen BRIC-Ländern war die seit der Sowjetära ungebrochene Abhängigkeit der russischen Wirtschaft und des Finanzsystems von Rohstoffexporten, insbesondere von den Deviseneinnahmen aus dem Öl- und Gasexport. Vor der Krise betrug

---

<sup>64</sup> So beispielsweise Igor Schuwalow, einer der stellvertretenden Leiter von Putins Präsidialadministration, im Juni 2008; И. Шувалов, К концу года Россия станет шестой экономикой мира, *Rbc.ru* <<http://top.rbc.ru/economics/08/06/2008/180593.shtml>>.

ihr Anteil fast zwei Drittel der Exporte insgesamt. Die daraus erzielten Einnahmen deckten rund die Hälfte des Staatsbudgets. Der Öl- und Gassektor machte rund ein Drittel des russischen Bruttoinlandprodukts aus. Es war infolgedessen unvermeidlich, dass der Fall des Ölpreises von 150 Dollar pro Barrel Rohöl im Juli 2008 auf 50 Dollar im Januar 2009 (53 Dollar im Jahresdurchschnitt 2009) Schockwirkungen in der russischen Wirtschaft auslösen würde. Allerdings war der Fall des Ölpreises nicht der einzige Faktor, welcher für den tiefen Einbruch der russischen Wirtschaft verantwortlich war. Ausländische Anleger zogen massiv Kapital aus Russland ab, um ihre eigene Liquidität zu verbessern, und Kapital russischer Wirtschaftssubjekte verließ fluchtartig das Land. Die westlichen Kreditgeber bemühten sich nicht nur, die Schulden in Russland einzutreiben – über 140 Milliarden Dollar im Jahre 2008 und 150 Milliarden Dollar im darauffolgenden Jahr –, sie sahen auch davon ab, russischen Wirtschaftssubjekten weiterhin Kredite einzuräumen, welche die Wirtschaftsmaschinerie in Gang gehalten hatten.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hatte erhebliche Auswirkungen auf den politischen Diskurs in Russland, auch auf die russische Innen- und Außenpolitik, weniger allerdings auf die russische Politik im postsowjetischen Raum.

---

## Die Auswirkungen der Krise auf die russische Politik

---

*„In der Ära der Globalisierung hat die Krise alle Länder ohne Ausnahme und unabhängig von deren politischen oder wirtschaftlichen System erfasst. Alle Länder haben feststellen müssen, dass sie sich in demselben Boot befinden.“* (Putin.)<sup>65</sup>

Eine der wichtigsten Auswirkungen der Krise wurde von Medwedjew in seiner damaligen Eigenschaft als Präsident wie folgt formuliert:

„Wir müssen Lehren aus den Ereignissen der kürzlichen Vergangenheit ziehen. So lange die Ölpreise wuchsen, gaben sich viele, fast wir alle, um ehrlich zu sein, der Illusion hin, dass strukturelle Reformen warten könnten. ... Wir können diese aber nicht länger aufschieben. Wir müssen mit der Modernisierung und technologischen Umrüstung unseres gesamten industriellen Sektors beginnen. Ich betrachte dies als eine Frage des Überlebens unseres Landes in der modernen Welt.“<sup>66</sup>

Die aus der Krise zu ziehenden Lehren hatte Putin allerdings schon im Februar 2008 vorweggenommen. Bei der Vorstellung seiner „Entwicklungsstrategie bis 2020“ warnte er:

„Wenn wir den bisherigen Weg weiter beschreiten, werden wir nicht die notwendigen Fortschritte bei der Erhöhung des Lebensstandards machen. Zudem werden wir nicht in der Lage sein, die Sicherheit unseres Landes oder seine normale Entwicklung zu

---

<sup>65</sup> Putin in seiner Rede auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos am 29.1.2009, Putin Tells Davos That Financial Crisis Is “Perfect Storm”, *Rferl.org*, 29.1.2009 <[http://www.rferl.org/content/Putin\\_Tells\\_Davos\\_That\\_Global\\_Financial\\_Crisis\\_Is\\_Perfect\\_Storm/1376267.html](http://www.rferl.org/content/Putin_Tells_Davos_That_Global_Financial_Crisis_Is_Perfect_Storm/1376267.html)>.

<sup>66</sup> Präsident Medwedjew in seiner Jahresbotschaft an die Föderale Versammlung, Послание Федеральному Собранию Российской Федерации, *Kremlin.ru*, 12.11.2009 <<http://kremlin.ru/transcripts/5979>>.

gewährleisten. Wir würden sogar seine Existenz aufs Spiel setzen. Ich sage dies ohne jegliche Übertreibung.“<sup>67</sup>

Medwedjew wiederum machte die Thematik dringend notwendiger Veränderungen unter dem Schlagwort der „Modernisierung“ zum zentralen Thema seiner Amtsführung. Im September 2009 veröffentlichte er eine Art Modernisierungsmanifest mit dem Titel „Vorwärts, Russland!“<sup>68</sup> Der Artikel enthielt eine in beißendem Tonfall gehaltene, schonungslose Kritik an der „jahrhundertelangen Rückständigkeit Russlands“, seine „primitive Rohstoffwirtschaft“ und „erniedrigende Rohstoffabhängigkeit“ sowie Klagen über „chronische Korruption, ineffektive Ökonomie, halbsowjetisches Sozialsystem und demografischen Niedergang.“ Derartige vernichtende Charakterisierungen setzte er in seiner Rede zur Lage der Nation vom 12. November 2009 fort, wo er ein „Russland der Vergangenheit“ skizzierte, aber eigentlich das der Gegenwart meinte, welches eine „archaische Gesellschaft aufweist, in der Führungspersonen für alle denken und entscheiden“ und Handeln „chaotisch und von Nostalgie und Vorurteil diktiert“ sei.<sup>69</sup>

Was aber war konkret zu tun? Ein neues, modernes Russland müsse geschaffen und eine umfassende Modernisierung vorgenommen werden. Es gehe darum, „unverzüglich die Modernisierung und technologische Erneuerung des ganzen Produktionsbereiches in Angriff zu nehmen“. Innovationen sollen in fünf Schlüsselbereichen vorgenommen mit vermeintlich besonderen Zukunftschancen für die russische Wirtschaft: Effiziente Energienutzung und Umweltschutz, Informationstechnologie, Raumfahrt, Kerntechnik und Biomedizin. Die russische Regierung solle in den Aufbau des Projektes anfangs knapp drei Milliarden Euro vornehmlich für die Infrastruktur investieren und High-Tech-Firmen aus dem In- und Ausland für eine Beteiligung gewinnen.

Die Krise wirkte sich nicht nur auf die Innen- und Wirtschaftspolitik aus, zumindest rhetorisch, sondern auch auf die Außenpolitik. Atmosphärisch bestanden die zu beobachtenden Veränderungen in der Abschwächung des „Großmacht“-Geredes und -Gehabes der Repräsentanten des Kremls. Konzeptionell verbanden diese sich mit Medwedjews Modernisierungskampagne. Die russische Außenpolitik, wie er ausführte, müsse in den Dienst der Modernisierung des Landes gestellt werden. Dabei ginge es „nicht nur um konkrete Hilfe für russische Unternehmen im Ausland und die Anstrengungen zur Einführung von Qualitätsmarken einheimischer Waren und Dienstleistungen, sondern auch um die Heranziehung ausländischer Investitionen und moderner Technologien in Russland.“ Das Außenministerium müsse dazu ein „Programm zur effektiven Nutzung der

---

<sup>67</sup> В. Путин, Выступление на расширенном заседании Государственного совета „О стратегии развития России до 2020 года“, *Archive.kremlin.ru*, 8.2.2008  
<[http://archive.kremlin.ru/appears/2008/02/08/1542\\_type63374type63378type82634\\_159528.shtml](http://archive.kremlin.ru/appears/2008/02/08/1542_type63374type63378type82634_159528.shtml)>.

<sup>68</sup> Россия, вперед! Статья Дмитрия Медведева, *Kremlin.ru* <<http://www.kremlin.ru/news/5413>>. Zuerst wurde dieses „Modernisierungsmanifest“ in der Internet-Zeitung *Gazeta.ru* veröffentlicht. Es war in die Form eines Aufrufs an russische Bürger gekleidet, sich mit Vorschlägen an einer Diskussion zur Modernisierung des Landes zu beteiligen.

<sup>69</sup> Послание Федеральному Собранию Российской Федерации, *Kremlin.ru*, 12.11.2009  
<<http://kremlin.ru/transcripts/5979>>; engl. Text: Presidential Address to the Federal Assembly of the Russian Federation, *Archive.kremlin.ru*, 12.11.2009  
<[http://archive.kremlin.ru/eng/text/speeches/2009/11/12/1321\\_type70029type82912\\_222702.shtml](http://archive.kremlin.ru/eng/text/speeches/2009/11/12/1321_type70029type82912_222702.shtml)>.

außenpolitischen Faktoren auf Systembasis vorbereiten“. Der Forderung des Präsidenten entsprechend, verfasste das Ministerium ein Grundsatzdokument unter dem wörtlich von Medwedjew vorgegebenen Titel „*Programm für die effektive Nutzung außenpolitischer Faktoren auf Systembasis mit dem Ziel langfristiger Entwicklung Russlands*“.<sup>70</sup>

In einigen Dimensionen folgte die außenpolitische Praxis den konzeptionellen Vorgaben Medwedjews, in anderen hatte sie diese bereits vorweggenommen.

- Die *EU-Russland-Beziehungen* schienen sich wieder positiv zu entwickeln. Dies schienen die Gipfelkonferenzen von Stockholm im November 2009 und Rostow am Don im Mai 2010 sowie die Verhandlungen in Brüssel über eine Neufassung des PKA in diesem Zeitraum zu verdeutlichen. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso bestätigte diese Sicht des Verhältnisses unter anderem mit der Bemerkung, der Gipfel in Stockholm sei „einer der besten gewesen, die wir je hatten“.<sup>71</sup> Diesem Zeitgeist scheinbar entsprechend, wurde auf dem Gipfel in Rostow die EU-Russland-Modernisierungspartnerschaft offiziell in Kraft gesetzt.
- Das Verhältnis zwischen *NATO und Russland* schien sich merklich zu verbessern. So nahm Präsident Medwedjew an der Sitzung des NATO-Russland-Rats (NRC) im November 2010 in Lissabon teil. Das Treffen markierte nicht nur die offizielle Wiederaufnahme der Beziehungen nach dem historischen Tief, welche diese nach der russischen Militärintervention in Georgien erlitten hatten, sondern die Teilnehmer an der Ratssitzung konstatierten einen „historischen Durchbruch“.<sup>72</sup> Diese optimistische Wahrnehmung beruhte unter anderem erstens auf der Annahme eines Dokuments, in dem sich beide Seiten auf gemeinsame Bedrohungsvorstellungen einigten. Ein zweites Kernstück war die an Russland gerichtete Einladung der NATO, sich an einem europäischen ballistischen Raketenabwehrsystem zu beteiligen. Diese Einladung nahm Medwedjew an, wobei er gleich die russischen Vorstellungen über eine Teilnahme an dem Abwehrsystem formulierte. Drittens stimmte Moskau dem Transit von Schützenpanzern mit speziellem Schutz gegen Bodenminen über russisches Territorium nach Afghanistan zu.

---

<sup>70</sup> Программа эффективного использования на системной основе внешнеполитических факторов в целях долгосрочного развития Российской Федерации, 11.5.2010. Homepage von *Russkij Newsweek* <<http://www.runewsweek.ru/country/34184/>>. Die Website ist allerdings nicht mehr verfügbar, da *Russkij Newsweek* sein Erscheinen eingestellt hat. Der Text des Programms ist aber abrufbar z.B. unter <<http://perevodika.ru/articles/13590.html>>. So weit dem Autor bekannt, wurde das Dokument vom russischen Außenministerium nicht publiziert. Unklar ist, welcher Bedeutung der Begriff der „Systembasis“ (системная основа) zukommt. Vermutlich ist nur eine Floskel. – Eine Kritik der (konventionellen und konservativen) Inhalte des Dokuments findet sich weiter unten in der vorliegenden Arbeit.

<sup>71</sup> Zitiert bei: Katinka Barysch, Can and Should the EU and Russia Reset Their Relationship?, *Cer.org.uk* <[http://www.cer.org.uk/pdf/pb\\_eu\\_russia\\_22feb10.pdf](http://www.cer.org.uk/pdf/pb_eu_russia_22feb10.pdf)>.

<sup>72</sup> Mit sarkastischem Unterton merkte der regierungsunabhängige russische Militärexperte Alexander Golz an, dass verschiedene Teilnehmer nach der EU-Russland-Ratstagung den Begriff „historischer Durchbruch“ mehr als zehn Mal gebraucht hätten; Alexander Golts, NATO Celebration Misses the Point, *Themoscowtimes.com*, 23.11.2010 <<http://www.themoscowtimes.com/print/opinion/article/lisbons-nato-celebration-misses-the-point/424133.html>> (Zugriff 2.1.2012).

- Die Beziehungen Russlands zu den *Vereinigten Staaten* wiesen einen neuen positiven Trend auf. Russland reagierte positiv auf den von der Regierung Obamas im Februar 2009 verkündeten „Reset“ in der amerikanischen Russlandpolitik.<sup>73</sup> So stimmte Moskau im Juni 2010 neuen Sanktionen gegen Iran zu, um Teheran davon abzuhalten, mit der Anreicherung von Uran fortzufahren. Ein weiterer Schritt in der Neuordnung der Beziehungen war die Ausarbeitung eines neuen Vertrages über die Reduzierung strategischer Waffen (START), den Russland im Januar 2011 ratifizierte. Diese Linie setzte sich bis zur Enthaltung Russlands bei der Abstimmung im UN-Sicherheitsrat über einen Militäreinsatz gegen Libyen, was den Einsatz erst möglich machte.<sup>74</sup>
- Moskau bemühte sich um eine Verbesserung seines Verhältnisses zu *Polen*. Eines der Indikatoren dafür war die offizielle Revision der Haltung des Kremls zur Polen-Politik Stalins. Putin hatte diesen Prozess mit seiner Teilnahme an den Feierlichkeiten in Gdansk (Danzig) im September 2009 zur Erinnerung an den 70. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs eröffnet. Anlässlich des Besuchs von Premierminister Tusk in Moskau im April 2010 besuchte er, als erster russischer oder sowjetischer Regierungschef, zusammen mit dem polnischen Amtskollegen die in einem Wald gelegene Gedenkstätte von Katyn und legte am Mahnmal für tausende vom sowjetischen Geheimdienst NKWD ermordete polnische Offiziere und Intellektuelle einen Kranz. In bewegenden Bildern umarmten sich Putin und Tusk kurz darauf an der Absturzstelle des polnischen Regierungsflugzeugs, das unter anderem Präsident Kaczynski und andere hochrangige Vertreter des polnischen Staates zu separaten Feierlichkeiten nach Smolensk hatte bringen sollen.
- Nach vier Jahrzehnten erfolgloser Verhandlungen wurde im September 2010 ein *russisch-norwegischer Vertrag* über die Abgrenzung der Meeresgewässer und über Zusammenarbeit in der Barentssee und im Nordpolarmeer in Murmansk in Anwesenheit des Präsidenten Medwedjew und des norwegischen Regierungschefs Jens Stoltenberg unterzeichnet. Darüber hinaus wurde dem 30 Jahre langen Moratorium über den Abbau von Öl- und Gaslagerstätten auf dem Arktis-Schelf auf 175 000 Quadratkilometern Fläche ein Ende gesetzt.
- Auch bei den *Menschenrechten* veränderte sich die russische Haltung zum Positiven: Im Januar 2010 stimmten Duma und Föderationsrat einem wichtigen Reformwerk zu, der die Prozeduren des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte wesentlich erleichtert. Die russische Ratifizierung bedeutete, dass das schon vorher von 46 europäischen Staaten ratifizierte Regelwerk in Kraft treten konnte.

---

<sup>73</sup> Auf der Internationalen Sicherheitskonferenz in München am 7. Februar 2009 sagte US Vizepräsident Jo Biden: „*The last few years have seen a dangerous drift in relations between Russia and members of our alliance.*“ Es sei daher Zeit, „*to paraphrase President Obama, to press the reset button and to revisit the many areas where we can and should work together.*“ Rede Jo Bidens, *Securityconference.de* <<http://www.securityconference.de/Joseph-R-Biden.234.0.html>>.

<sup>74</sup> Danach allerdings kritisierte der Kreml regelmäßig die NATO-Luftangriffe in Libyen.

Schließlich schien sich auch die russische Politik im *postsowjetischen Raum* geändert zu haben. Außenminister Lawrow erklärte, dass Russlands „Modernisierungsstrategie“ unter anderem so angelegt sei, die Wahrnehmungen in den Nachbarstaaten zu verändern und Russland für sie attraktiver erscheinen zu lassen, dieses Land also, um es in der neuen politikwissenschaftlichen Floskel auszudrücken, mit größerer „soft power“ auszustatten.<sup>75</sup> Zwar wiederholte er die russische Standardformel: „Die früheren Republiken der Sowjetunion sind unsere vorrangigen Partner.“ Und in Umkehr der Medwedjewschen Formel von den privilegierten Interessen Russlands in diesem Raum sprach er davon, dass „Russland das Land ist, auf das sich die privilegierten Interessen [unserer Partner] konzentrieren“. Überraschend erklärte er aber nun auch: „*Die Interessen der USA und Europas in diesen Gebieten sind absolut objektiv.* Das einzige, was wir wollen, ist, dass diese legitimen Interessen nicht zum Schaden von Russlands legitimen Interessen verwirklicht ... und mittels legitimer, einsehbarer sowie transparenter Methoden verwirklicht werden.“<sup>76</sup> Wenn Lawrow auch zu einem anderen Stereotyp des Kremls mit der These zurückkehrt, dass „die meisten der Probleme in diesem Raum aufgrund von Bemühungen von außen entstehen, den Entwicklungsweg der entsprechenden Länder zu bestimmen“, und dass Russland „alle und schon lange Zeit aufgefordert hat, in diesem Raum offen und ehrlich zu handeln, nicht irgendwelche geopolitischen Spiele zu veranstalten, virtuelle Projekte durchzuführen und Absichten zu verbergen, sondern die Interessen ehrlich und offen darzulegen“, kommt er doch letztendlich wohl auch für Russland geltenden Schluss: „*Es sollten keine Nullsummenspiele stattfinden.*“<sup>77</sup>

Als mögliches konkretes Indiz für eine Richtungsänderung des Kremls in der GUS-Politik könnte die Tatsache gewertet werden, dass sich Russland nicht in den Volksaufstand in Kirgistan gegen Präsident Kurmanbek Bakijew im April 2010 einmischte, schnell die neue Regierung unter Rosa Otunbajewa anerkannte, sich aber gleichzeitig weigerte, ihrer Bitte nachzukommen, Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu senden, nachdem ein blutiger ethnischer Konflikt im Süden des Landes ausgebrochen war.

Russland schien sich auch problemlos damit abzufinden, dass nur sieben der nominell zehn Mitgliedsstaaten der GUS zur Gipfelkonferenz dieser Organisation im Oktober 2009 in Chişinău erschienen, das Treffen nach nur 30 Minuten vertagt und ein Gala-Abendessen, das vorgesehen war, gestrichen wurde.<sup>78</sup>

Es schien so, als sei Moskau nicht mehr an multilateraler Kooperation und Integration im Rahmen der GUS interessiert. Westliche Beobachter folgerten sogar, dass sich „die Politik Russlands in [seiner] Nachbarschaft radikal gewandelt hat“. Dieser Wandel habe sich in den Jahren 2009 und 2010 aus dem einfachen Grund vollzogen, weil der Kreml erkannt hat, dass die frühere aggressive Politik vollkommen gescheitert ist. [...] Russlands neue Politik ist im

---

<sup>75</sup> Russia Does not Want „Zero-Sum“ Geopolitical Games in CIS – Lavrov, Vesti TV, 10.12. 2008.

<sup>76</sup> Ebenda (Hervorhebung nicht im Original).

<sup>77</sup> Ebenda (Hervorhebung nicht im Original).

<sup>78</sup> Die sieben Teilnehmer waren Russland, Belarus, die Ukraine, Armenien, Aserbaidshan, Kyrgistan und die Moldau. Einzelheiten zur GUS-Gipfelkonferenz bei Anders Aslund, The Kremlin's New Policy in Its Near Abroad, Moscow Times, 28.7.2010, [Themoscowtimes.com](http://www.themoscowtimes.com/opinion/article/the-kremlins-new-policy-in-its-near-abroad/411170.html), 28.7.2010 <<http://www.themoscowtimes.com/opinion/article/the-kremlins-new-policy-in-its-near-abroad/411170.html>>.

Wesentlichen pragmatisch und auf seine nationalen Interessen fokussiert, was wiederum auf der Notwendigkeit beruht, [das Land] zu modernisieren und ausländische Investitionen anzuziehen.<sup>79</sup>

Ein schärferer Blick auf die russische Politik im postsowjetischen Raum (wie auch in der Innenpolitik) von der Warte des Jahres 2012 widerspricht derartigen Schlussfolgerungen. Dies lässt sich bereits dem oben erwähnten Grundsatzdokument des Außenministeriums („Programm“) für die Nutzung außenpolitischer Faktoren für Russlands Modernisierung entnehmen.

In diesem Dokument offenbart sich die zutiefst konservative Grundhaltung des Ministeriums und seines Chefs. In seinem Begleitschreiben an den Präsidenten verleiht Lawrow noch einmal seiner Sicht Nachdruck, dass die globale Finanzkrise eine Konsequenz des „auf den Westen zentrierten Systems der globalen Regierungsführung unter der Vorherrschaft der USA“ sei, die die Dominanz des Westens in der Weltpolitik und Weltwirtschaft sich jedoch „abgeschwächt“ habe. Dies wiederum gebe Russland die Möglichkeit, Bemühungen, wie sie beispielsweise in Form der Zusammenkünfte der G-7, anstatt der G-8 oder G-20 gemacht würden, künftig auszuschließen und eine „multipolare Diplomatie“ einzuschlagen. Er ignoriert die spezifischen Auswirkungen der globalen Krise auf Russland und betont stattdessen, dass ihre Folgewirkung, das „Modernisierungsimperativ, alle Staaten ohne Ausnahme“ betreffe.

Im Rahmen der multipolaren Ausrichtung der russischen Außenpolitik, die Lawrow fordert, spielt Europa eine besondere Rolle. Dies äußert sich in seiner Überzeugung, dass sich in der Krise herausgestellt habe, dass „der Staat das wichtigste Instrument für die Verteidigung und den Ausgleich der Interessen des Einzelnen und der Gesellschaft ist“ und das „sozial orientierte Modell ökonomischer Entwicklung Westeuropas seine Widerstandsfähigkeit unter Beweis gestellt hat“. Er weist auch auf die neuen Möglichkeiten des „Zusammenwirkens mit äußeren Quellen der Modernisierung“ hin, wozu er vor allem die „Schaffung von ‚Modernisierungsbündnissen‘ mit unseren wichtigsten westeuropäischen Partnern und der Europäischen Union“, aber auch das „technologische Potential der USA“ rechnet.<sup>80</sup>

Im Dokument selbst werden ganz offen die wirtschaftlichen und insbesondere technologischen Interessen und Ziele Russlands (aus der Sicht des Außenministeriums) in mehr als 60 Staaten auf allen Kontinenten der Welt formuliert. In Bezug auf Europa wird der bisher eingeschlagene Kurs der Privilegierung bestimmter EU-Mitgliedsländer bestätigt: „Vorrangige Aufmerksamkeit“, heißt es dort, soll der „Zusammenarbeit mit denjenigen EU-Ländern gewidmet werden, die gegenüber Russland positiv eingestellt sind, vor allem mit Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien. [...] Das französisch-deutsche ‚Tandem‘ [soll] dazu genutzt werden, ausgewogene und konstruktive Ansätze in den Beziehungen Europas zu Russland zu verstärken“. Im Einzelnen soll die russische Diplomatie in Europa im Rahmen der EU-Russland „Modernisierungspartnerschaft“ darauf hinwirken, Investitionen

---

<sup>79</sup> So der amerikanische Politikwissenschaftler schwedischer Herkunft Anders Aslund, ebenda.

<sup>80</sup> Lawrow benutzt hier in der Tat den Begriff „Modernisierungsbündnisse“, russ. модернизационные альянсы.

und hochqualifizierte Spezialisten anziehen und wissenschaftlichen Austausch zu fördern sowie russische Wissenschaftler an Forschungsvorhaben der EU zu beteiligen. In den EU-Mitgliedsländern ginge es darum, „mit den Kräften großer russischer Konzerne und unter Beteiligung des Staates Aktiva von Banken, Finanzinstitutionen und Industriefirmen zu erwerben“, „vorteilhafte kooperative Beziehungsmuster zu entwickeln“ und „innovative sowie hochtechnologische Produktion nach Russland zu transferieren“.

Bei der Verwirklichung derartiger Ziele und der „gegenseitigen Durchdringung der Wirtschaft“ sei wiederum Deutschland „zentrale Aufmerksamkeit“ zu widmen. Viele Bereiche bereits bestehender Kooperation werden aufgezählt, zu denen auch Projekte gehören, die mit Modernisierung wenig oder nichts zu tun haben. So solle die russische Regierung (an erster Stelle der Auflistung) die „wachsende russisch-deutsche Zusammenarbeit beim Erdgas und insbesondere das Nord Stream Projekt politisch unterstützen und sich bemühen, EU-Finanzmittel für dieses Projekt einzuwerben“. Zudem soll sie die „Zusammenarbeit zwischen Gazprom und deutschen Partnern fördern, vor allem mit Wintershall und ihrer Mutter BASF“, desgleichen auch Vorhaben wie den „Bau von Erdgaspipelines in Deutschland und die Bildung von Gemeinschaftsunternehmen, um russisches Gas an Endverbraucher [in Deutschland und anderen europäischen Ländern] liefern zu können“.

Wie nun war laut russischem Außenministerium der GUS-Raum in das Bemühen einzufügen, die Modernisierung Russlands voranzubringen?

---

## Was hat Vorrang: Modernisierungspartnerschaften oder Einflussphären?

---

*„Entwicklungen wie die Krise im Kaukasus [2008] und die Wahlen in der Ukraine [2010] haben gezeigt, dass das Bemühen von außen, sich in Prozesse der inneren Entwicklung einzumischen und im Gesellschaftswesen unter Anwendung der berüchtigten Logik des Nullsummenspiels zu experimentieren, gegenteilige Wirkungen haben.“ (Außenminister Lawrow.)<sup>81</sup>*

Theoretisch bestand die Möglichkeit für das Außenministerium, Medwedjew beim Wort zu nehmen, vom Einflussphären- und Nullsummendenden abzugehen und einen Win-Win-Ansatz zu entwickeln, in dem trilaterale (zwischen Russland, der EU und einzelnen oder mehreren Ländern Osteuropas und des Kaukasus durchzuführende) Projekte entwickelt

---

<sup>81</sup> Remarks by Minister of Foreign Affairs Sergey Lavrov at the State Duma of the Federal Assembly of the Russian Federation on Current Issues in Russian Foreign Policy, Moscow, May 19, 2010, *Mid.ru*, 19.5.2010 <[http://www.mid.ru/brp\\_4.nsf/0/2360737169FB26E6C325772A00397047](http://www.mid.ru/brp_4.nsf/0/2360737169FB26E6C325772A00397047)>. Das hier verkürzte Zitat lautet im vollen Wortlaut: „Vor kurzem stattgefundenen Entwicklungen wie die Krise im Kaukasus [2008], die Wahlen in der Ukraine [2010] und die gegenwärtige Situation in Kirgistan haben gezeigt, dass das Bemühen von außen, sich in Prozesse der inneren Entwicklung einzumischen und das Experimentieren im Gesellschaftswesen unter Anwendung der berüchtigten Logik des Nullsummenspiels gegenteilige Wirkungen haben – zu Destabilisierung führen und letzten Endes diese Länder in ihrer Entwicklung zurückwerfen.“

würden. Von einem derartigen Ansatz ist in dem „Programm“ des MID nichts zu spüren. Das Außenministerium bleibt einer konventionellen und traditionellen Sichtweise verhaftet. So postuliert es einleitend zu dem Teil, der sich mit dem postsowjetischen Raum beschäftigt (was immer auch damit gemeint sein könnte), die Notwendigkeit „aktiv die Imperative der Überwindung der Folgen der globalen Krise für die Konsolidierung des GUS-Raums zu nutzen“. Dabei solle sich die russische Regierung auf die „objektiven Konkurrenzvorteile stützen, welche für die Teilnehmer an den Integrationsprozessen in der GUS geschaffen worden sind“. Dabei weist das Außenministerium explizit auf die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft, die Zollunion Russland, Kasachstan und Belarus sowie die Perspektive der Schaffung eines Einheitlichen Wirtschaftsraums hin. Und weiter: *„Auf dieser Basis [soll] Bemühungen nicht der Region zugehöriger Kräfte, sich in die Beziehungen Russlands mit den GUS-Ländern einzumischen, aktiv entgegenwirkt werden.“*<sup>82</sup> Kooperative Zwischentöne gibt das Außenministerium auch von sich. So beispielsweise könnte man Angebot werten, nach *„flexiblen Formeln gemeinsamer Dialog- und kooperativer Formen der Zusammenarbeit mit den USA auf dem GUS-Raum zu suchen“*, wenn nicht sofort wieder die Einschränkung käme, dass man *„Bemühungen, auf Desintegration, Fragmentierung und Trennung des geostrategischen Umfelds von Russland hinzuarbeiten, entschieden entgegenzutreten“* werde.<sup>83</sup>

Der konservative Grundton des Dokuments offenbart sich ebenso deutlich in den Auslassungen über die Organisation des Vertrags kollektiver Sicherheit (OVKS), welche als die *„zentrale Struktur kollektiver Sicherheit im GUS-Raum“* bezeichnet wird. Anstrengungen sollten unternommen werden, die *„OVKS zu stärken ... und zu einem wirksamen Instrument komplexer Reaktion auf sicherheitspolitische Herausforderungen und Bedrohungen“* zu machen. Über diese allgemeinen Floskeln hinaus gibt es allerdings auch ein ganz konkretes Anliegen des russischen Außenministeriums. In dem Dokument heißt es:

*„Mit dem Ziel der Gewährleistung von Sicherheit an den südlichen Grenzen der Russischen Föderation müssen unerlässliche Bedingungen für das normale Funktionieren der [russischen] Schwarzmeerflotte auf dem Territorium der Ukraine und ihre weitere Präsenz auf der Krim als wichtiger Faktor russischer und regionaler Sicherheit geschaffen werden“.*

Auch hier fragt man sich, was all diese Dinge mit der laut Präsidenten und Premier dringend gebotenen Modernisierung Russlands zu tun haben.

Der Kreml hat auch keineswegs multilaterale Integrationsvorhaben auf Eis gelegt. Welche Bedeutung er Integrations- und Reintegrationsvorhaben zuweist, zeigt sich an mehreren Initiativen, deren letzte Variante das von Putin angestoßene *„neue Integrationsprojekt“* der Schaffung einer Eurasischen Union ist. Die Basis des Projekts sollen die trilaterale Zollunion und der EWR bilden. Im Gegensatz zu praktisch allen anderen Integrationsvorhaben sind wesentliche Teile der Vereinbarungen ausgeführt worden. So wurde die Zollgrenze zwischen Belarus und Russland im Juli 2010 und die Zollgrenze zwischen Kasachstan und Russland im Sommer 2011 abgeschafft. Die Regeln werden im Konsens von einer gemeinsamen

---

<sup>82</sup> Ebenda (Hervorhebung nicht im Original).

<sup>83</sup> Ebenda (Hervorhebung nicht im Original).

Kommission festgelegt – allerdings mit zäh ausgehandelten Kompromissen und zahlreichen Ausnahmen.<sup>84</sup> Zu letzteren diesen gehört insbesondere der Handel mit Öl und Gas, bei denen sich Russland offensichtlich nicht seine Handlungsfähigkeiten einschränken lassen will. Auf ihrer Gipfelkonferenz am 9. Dezember 2010 in Moskau nahmen die drei Mitglieder der Zollunion siebzehn rechtlich bindende Regelungen an, die am 1. Januar 2012 in Kraft getreten sind und die in Stufen zu einem Einheitlichen Wirtschaftsraum (EWR) führen sollen. Zwar handelt es sich bei dem EWR-Projekt nicht um die Schaffung einer vollständigen Wirtschaftsunion. Doch das Vertragswerk soll die Durchführung einer abgestimmten makroökonomischen Politik, eine Vereinheitlichung der Marktregulierungen, die Erweiterung der Bewegung des Kapitals und der Arbeitskräfte über die Grenzen hinweg sowie die Vereinheitlichung der technischen Standards fördern. Darüber hinaus ist der EWR als Vorstufe zur Schaffung der Eurasischen Union gedacht.

---

## Integrationsprojekte im postsowjetischen Raum

---

Die *Gemeinschaft Unabhängiger Staaten* (GUS) ist das älteste Integrationsprojekt auf postsowjetischem Raum. Vollmitglieder sind derzeit alle ehemaligen Sowjetrepubliken mit Ausnahme der baltischen Staaten, Georgiens (ausgetreten im August 2009) und Tadschikistans (beigeordnetes Mitglied). Die GUS hat vor allem in politischer Hinsicht an Bedeutung verloren. Gipfeltreffen unter Beteiligung aller GUS-Staatsoberhäupter gibt es nur noch selten. Im wirtschaftlichen Bereich wurde im Oktober 2011 eine Vielzahl von bilateralen, zwischen den Teilnehmerstaaten existierenden Vereinbarungen durch ein Freihandelsabkommen ersetzt. Die Ratifizierung des Abkommens durch die meisten Signatarstaaten steht allerdings noch aus. ist das älteste Integrationsprojekt auf postsowjetischem Raum. Vollmitglieder sind derzeit alle ehemaligen Sowjetrepubliken mit Ausnahme der baltischen Staaten, Georgiens (ausgetreten im August 2009) und Tadschikistans (beigeordnetes Mitglied). Die GUS hat vor allem in politischer Hinsicht an Bedeutung verloren. Gipfeltreffen unter Beteiligung aller GUS-Staatsoberhäupter gibt es nur noch selten. Im wirtschaftlichen Bereich wurde im Oktober 2011 eine Vielzahl von bilateralen, zwischen den Teilnehmerstaaten existierenden Vereinbarungen durch ein Freihandelsabkommen ersetzt. Die Ratifizierung des Abkommens durch die meisten Signatarstaaten steht allerdings noch aus.

Die *Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit* (OVKS) wurde im Oktober 2002 in Chi<sup>na</sup> gegründet. Mitglieder sind neben Russland Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan. Usbekistan war von Mitte 2006 bis Juni 2012 Mitglied. Aufgabe des Bündnisses ist laut seiner Satzung die Gewährleistung der Sicherheit, Souveränität und territorialen Integrität der Mitgliedstaaten. Der Kreml bemüht sich immer wieder, die OVKS als ein der NATO ebenbürtiges östliches Partnerbündnis zu stilisieren.

Die *Schanghai Organisation für Zusammenarbeit* (SOZ) wurde 2001 gegründet. Sie ist kein Integrations-, sondern ein Kooperationsforum. Mitglieder sind neben Russland und China vier der

---

<sup>84</sup> Andrei Zagorski, Das russische Integrationsprojekt reduziert auf die trilaterale Zollunion, *Laenderanalysen.de*, Nr. 216, 11.3.2011 <<http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen216.pdf>>

fünf zentralasiatischen Staaten: Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan. In der Praxis ist die SOZ ein Instrument, das Russland dazu dienen soll, den Einfluss des Westens und insbesondere der USA in Zentralasien zu begrenzen.

Der *Unionsstaat Russland und Belarus*. Ein wichtiger Kern der Integrationsprojekte Moskaus war und ist die enge Bindung von Belarus an Russland. Bei der Union handelte es sich von Beginn an primär um ein populistisches Unterfangen, das die Präsidenten El'cin und Lukašenka nach innen wie nach außen propagandistisch nutzen wollten. Die Verwirklichung der Pläne war nicht wirklich vorgesehen. Auch unter Putin und Medvedev gab und gibt es keine Bereitschaft in Moskau, paritätisch besetzte Institutionen zu schaffen, in denen Belarus gleichberechtigt mit Russland wäre.

Die *Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EurAsWG)* wurde im Oktober 2000 von Russland, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan gegründet. Die Ukraine, Moldova und Armenien haben Beobachterstatus, Usbekistan war von Anfang 2006 bis Ende 2008 Mitglied. Zu den Aufgaben der EurAsWG gehören offiziell die Herstellung eines umfassenden Freihandelsregimes; die Schaffung eines einheitlichen Zolltarifs und eines einheitlichen Systems von Maßnahmen der nichttarifären Regelung; die Entwicklung abgestimmter Positionen der Mitgliedsstaaten beim Zusammenwirken mit der Welthandelsorganisation und den anderen internationalen Wirtschaftsorganisationen; und die Einführung eines einheitlichen Systems der Devisenregelung und -kontrolle. Nominell unter dem Schirm der EurAsWG ist die trilaterale Zollunion gegründet worden und ebenfalls auf der trilateralen Basis soll sich der Einheitliche Wirtschaftsraum entwickeln.

Die *Zollunion* wurde in Verhandlungen zwischen Russland, Belarus und Kasachstan in den Jahren 2007 bis 2009 vereinbart. Im Juli 2010 traten die Vereinbarungen in Kraft. Teil der Vereinbarungen war die Schaffung des ersten supranationalen Organs in den russischen Integrationsanstrengungen, die Zollunionskommission. Diese wiederum ist im Juli 2012 durch die Gründung der Eurasischen Wirtschaftskommission (EWK) ersetzt worden, die wiederum den Einheitlichen Wirtschaftsraum und die von Putin im Oktober 2011 ins Spiel gebrachte Eurasische Union bis zum Jahre 2015 bewerkstelligen soll.

Ein *Einheitlicher Wirtschaftsraum (EWR)* soll einem bereits 2003 zwischen Russland, der Ukraine, Belarus und Kasachstan geschlossenen Abkommen zufolge auf postsowjetischem Raum geschaffen werden. Im Jahr 2006 erklärte die Ukraine, dass sie das EWR-Abkommen nicht umsetzen werde; infolgedessen beschränkt sich das EWR-Projekt derzeit auf die in der Zollunion zusammengeschlossenen drei Staaten. Im Januar 2012 wurde das Projekt offiziell in Kraft gesetzt. Ziel ist es, eine Wirtschaftsunion mit freier Bewegung von Waren, Kapital, Dienstleistungen und Arbeitskräften sowie Harmonisierung des Regelwerkes für wirtschaftliche Aktivitäten zu schaffen.

Wichtigste Neuerung ist die Gründung der *Eurasischen Wirtschaftskommission (EWK)*, die im Juli 2012 die Zollunionskommission ersetzt hat (siehe oben). Während die höheren Entscheidungsgremien (Rat und Kollegium) der EWK paritätisch besetzt sind, richtet sich der Verteilungsschlüssel für die personelle Besetzung der zahlreichen Abteilungen nach dem bisherigen Zollaufkommen. Diesem zufolge besetzt Russland 84% der Posten, Kasachstan 10% und Belarus 6%. Anfang Juli 2012 hatten die Abteilungen insgesamt einen Stab von rund 850 Mitarbeitern, der bis zu Beginn des Jahres 2013 auf 1071 aufgestockt werden soll. Die EWK soll – analog zur Europäischen Kommission – die praktischen Fragen des von Putin lancierten Projekts der Eurasischen Union bis zum Jahre 2015 lösen.

Wie bei allen anderen Integrationsprojekten Russlands handelt es sich bei der Zollunion und dem EWR um primär um politische Vorhaben. Die wirtschaftlichen Vorteile für Russland fallen eher bescheiden aus, wenn die Projekte nicht sogar zu Lasten des Landes gehen. Dies zeigt ein Blick auf die Handelsstatistiken. Zum einen ist der Handel mit den postsowjetischen Staaten für Russland nicht von allzu großer Bedeutung. Während der Anteil der EU am Außenhandel Russlands im ersten Quartal 2012 49,6 Prozent betrug, machte der Handel mit den zehn Staaten der GUS – mit fallender Tendenz im Vergleich zum 1. Quartal des Vorjahrs – lediglich 13,8 Prozent aus (siehe Tab. 1). Mit den beiden Ländern der Zollunion betrug der Anteil – ebenfalls mit fallender Tendenz – nur 6,8 Prozent.

Tab.1: *Anteile der EU, der GUS und der Staaten der Zollunion am russischen Außenhandelsvolumen (1. Quartal 2012 im Vergleich zum 1. Quartal 2011 in %)*

	1. Quartal 2012	1. Quartal 2011
<b>EU</b>	49,6	48,9
<b>GUS</b>	13,8	15,5
<b>Zollunionsländer</b>	6,8	7,5
<b>Belarus</b>	4,4	4,8
<b>Kasachstan</b>	2,4	2,7

Quelle: **О** состоянии внешней торговли в январе-мае 2012 года, *Gks.ru* <[http://www.gks.ru/bgd/free/b04\\_03/IssWWW.exe/Stg/d04/154.htm](http://www.gks.ru/bgd/free/b04_03/IssWWW.exe/Stg/d04/154.htm)>.

Der Handel zwischen Belarus und Kasachstan ist für beide Staaten eher unbedeutend – er liegt unter einem Prozent ihres gesamten Außenhandelsvolumens. Die Handelsbeziehungen zwischen Kasachstan und Belarus sind für die beiden Länder ebenfalls nahezu unbedeutend. Für diese nimmt allerdings Russland als Handelspartner eine unvergleichbar größere Rolle ein. So wickelt Belarus fast die Hälfte seines Außenhandels mit Russland ab und Kasachstan nahezu ein Fünftel (Tab. 2).<sup>85</sup>

Tab. 2: *Anteile der Staaten der Zollunion an deren gesamtem Außenhandelsvolumen (in %)*

	mit Belarus	mit Kasachstan	mit Russland
<b>Belarus</b>	–	0,2	46,8
<b>Kasachstan</b>	0,5	–	18,3
<b>Russland</b>	4,4	2,7	–

Quellen: Für Russland: *О состоянии внешней торговли в январе-мае 2012 года, Gks.ru*, <[http://www.gks.ru/bgd/free/b04\\_03/IssWWW.exe/Stg/d04/154.htm](http://www.gks.ru/bgd/free/b04_03/IssWWW.exe/Stg/d04/154.htm)>. Für Belarus: *О внешней торговле товарами в январе-мае 2012 г., Belstat.gov.ru* <[http://belstat.gov.by/homep/en/indicators/foreign\\_trade\\_preliminary\\_data.php](http://belstat.gov.by/homep/en/indicators/foreign_trade_preliminary_data.php)>. Für Kasachstan: Daten der statistischen Behörde E.gov.kaz waren nicht abrufbar, Daten für 2008 bei: Andrei Zagorski, *Das russische Integrationsprojekt reduziert auf die trilaterale Zollunion, Laender-analysen.de*, Nr. 216, 11.3.2011, <<http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen216.pdf>>.

<sup>85</sup> Ebenda.

Bisher hat die Zollunion nicht zu bedeutsamen Wachstumseffekten geführt. Wie Tab. 1 zeigt, fiel der Anteil von Belarus und Kasachstan am russischen Außenhandel im 1. Quartal 2012 sogar gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr.

Die trilaterale Zollunion und der Einheitliche Wirtschaftsraum sollen als Kristallisationskerne für ein neues Integrationsprojekt dienen – das Vorhaben, über den Einheitlichen Wirtschaftsraum eine Eurasische Union zu gründen. Dies geht auf Ausführungen Putins vom 12. Mai 2011 zurück, in denen er mit Blick auf die drei Teilnehmerstaaten der Zollunion sagte: *„Wir hoffen, bereits Anfang nächsten Jahres eine Erklärung über die Gründung einer Eurasischen Wirtschaftsunion unterzeichnen zu können, die schon Anfang 2013 zu arbeiten beginnen kann und muss.“*<sup>86</sup>

Konkreter wurde Putin im Oktober 2011 in einem in der Izvestija veröffentlichten Artikel. Dort führte er aus:

„Wir schlagen das Modell einer starken übernationalen Vereinigung vor, die fähig ist, einen der Pole der heutigen Welt zu bilden. Auf Basis der Zollunion und des Einheitlichen Wirtschaftsraums muss man zu einer engeren Koordinierung der Wirtschafts- und der Währungspolitik übergehen und eine vollwertige Wirtschaftsunion herstellen.“<sup>87</sup>

Nicht nur die Freizügigkeit von Gütern, Kapital und Arbeit solle hergestellt, sondern auch die Wirtschaftspolitik koordiniert werden. Gleichzeitig solle „der Mitgliederkreis der Zollunion und des Eurasischen Wirtschaftsraums durch eine vollberechtigte Einbeziehung Kirgistans und Tadschikistans schrittweise erweitert werden“. Analog zur EU, so Putin, solle das „neue Integrationsprojekt“ nicht auf rein wirtschaftliche Fragen begrenzt werden: „Wir setzen uns ein ambitionierteres Ziel: Ein nächstes und höheres Niveau der Integration in einer Eurasischen Union [zu erreichen].“<sup>88</sup>

Auf den Gipfelkonferenzen der drei Mitglieder der Zollunion am 18. November und 19. Dezember 2011 in Moskau unterzeichneten die Präsidenten Russlands, Kasachstans und Belarus Dokumente, welche die Verwirklichung der Eurasischen Wirtschaftsunion voranbringen soll. Dazu gehört die Errichtung einer Eurasischen Wirtschaftskommission (EWK). Diese existiert seit Januar 2012 und besteht aus einem Ständigen Rat, dem die stellvertretenden Ministerpräsidenten der drei Länder angehören, und einem Exekutivkomitee, das sich aus Ministern oder ihren Stellvertretern aus den Wirtschaftsministerien der Teilnehmerstaaten rekrutiert. Die EWK soll sich mit der

„Ausarbeitung von Handelsregimen mit Drittländern, Geld-, Energie- und Wettbewerbspolitik, Regulierung der Aktivitäten staatlicher Monopole, industriellen und landwirtschaftlichen Subventionen, Beschaffungs-, Transport- und

---

<sup>86</sup> Putin Says Deal on Eurasian Economic Union Must Be Ready by 2013, *Rian.ru* <<http://en.rian.ru/russia/20110519/164123753.html>>.

<sup>87</sup> Новый интеграционный проект для Евразии [Ann. 3].

<sup>88</sup> Ebenda.

Migrationsfragen, der Arbeitsweise von Finanzmärkten und anderen Fragen befassen. Insgesamt wird die EWK mehr als 170 Funktionen haben.“<sup>89</sup>

Seit Januar 2012 führt Russlands Industrieminister Viktor Christenko den Vorsitz. Der wesentliche Unterschied zu allen vorherigen Integrationsvorhaben soll darin liegen, dass mit dem Prinzip der supranationalen Integration ernst gemacht werden soll, wobei die Eurasische Wirtschaftskommission offensichtlich nach dem Vorbild der Kommission der EU gebildet worden ist. Präsident Medwedjew sagte dazu:

„Wir haben jetzt das erste wirklich supranationale Gremium gegründet, um die Integration voran zu bringen. Als wichtigstem Schritt zur Errichtung des Eurasischen Wirtschaftsraums und der Eurasischen Wirtschaftsunion haben wir die Eurasische [Wirtschafts-] Kommission eingerichtet.“<sup>90</sup>

Entscheidungen der EWK werden im Konsens gefasst. In Wirklichkeit, so ist zu vermuten, dürften nicht zuletzt wegen des festgelegten Verteilungsschlüssels für die personelle Besetzung der Kommission (siehe Infobox) russische Interessen den Ausschlag geben.

Der Zeitpunkt des „neuen Integrationsprojekts“ war möglicherweise nicht ganz zufällig gewählt, denn er lag nur wenige Tage nach der Gipfelkonferenz der Länder der Östlichen Partnerschaft der EU am 29.-30. September in Warschau, zu der Lukaschenko gar nicht erst nicht eingeladen worden war und welche der Ukraine wegen der innenpolitischen Entwicklung, aber auch den anderen Staaten, wenig Neues und Konkretes anbieten konnte.

Als weitere Kandidaten eines Beitritts zur Eurasischen Union nannte Putin Kirgistan und Tadschikistan. Infolgedessen kann dieses Projekt auch als ein Mittel interpretiert werden, dem Einfluss Chinas in Zentralasien entgegenzuwirken. Allerdings wäre diese organisatorische Konfiguration ohne die Ukraine nur ein Rumpfbild, eher eine Zentralasiatische als eine Euroasiatische Union. In der Tat weist der Druck, den der Kreml seit dem Amtsantritt von Viktor Janukowitsch als ukrainischer Präsident im Februar 2010 auf die Ukraine ausübt, der trilateralen Zollunion beizutreten, darauf hin, dass Russland die zentrale Bedeutung dieses Landes für das Projekt erkennt. Ein weiteres Indiz ist der große Wert, den Putin darauf legt, die Union nicht als ein Konkurrenzunternehmen zur EU hinzustellen und Anschauungen entgegenzutreten, dass eine Mitgliedschaft in der Eurasischen Union eine europäische Orientierung postsowjetischer Staaten ausschliesse. Die Union, so Putin, werde keine Neuauflage der Sowjetunion und auch kein Ersatz für die GUS sein, sondern ein effektives Bindeglied zwischen Europa und dem Asiatisch-Pazifischen Raum. Eine „Teilnahme an fortgeschrittenen Integrationsprojekten im postsowjetischen Raum“ und eine „europäische Wahl“ als miteinander unvereinbar hinzustellen sei falsch.<sup>91</sup> Die Teilnehmer an dem Projekt sollen sogar den Dialog mit der EU suchen, denn Putin zufolge

---

<sup>89</sup> So das belarussischen Regierungsorgan *Telegraf.by*, Belarus Ratified Agreement on EEC, *Telegraf.by*, <<http://telegraf.by/en/home/showprint?newstaguri=belarus-ratificirovala-dogovor-o-eeek>>.

<sup>90</sup> Eurasian Economic Commission Established in Moscow, *Telegraf.by*, <<http://telegraf.by/en/2011/12/v-moskve-sozdana-evraziiskaya-ekonomicheskaya-komissiya>>.

<sup>91</sup> Новый интеграционный проект для Евразии [Ann. 3].

„wird sich jeder Teilnehmer der Eurasischen Union neben unmittelbaren wirtschaftlichen Vorteilen schneller und von stärkeren Positionen aus in Europa integrieren können. Außerdem wird ein wirtschaftlich logisches und ausbalanziertes System der Partnerschaft zwischen der Eurasischen Union und der EU in der Lage sein, reale Bedingungen für eine Änderung der geopolitischen und der geoökonomischen Konfiguration des gesamten Kontinents zu schaffen.“<sup>92</sup>

Die Wirklichkeit ist allerdings eine andere. Diese besteht darin, dass sich das Konzept der Zollunion und des EWR von einem fast verzweifelten minimalistischen Versuch, vor dem Hintergrund der Entwicklung der Östlichen Partnerschaft der EU den eigenen Integrationsbereich zu konsolidieren, hin zu einem Instrument einer Reintegration des postsowjetischen Raumes unter der ordnungspolitischen Führungsrolle Moskaus gewandelt hat.<sup>93</sup> Russlands Beziehungen mit der EU im postsowjetischen Raum, so ist zu schließen, beruhen nicht auf Prinzipien einer Strategischen Partnerschaft, sondern folgen der Logik des Nullsummenspiels und der Integrationskonkurrenz. Dies zeigt sich unter anderem an Russlands Haltung zur Östlichen Partnerschaft. Außenminister Lawrow hatte sie bereits kurz bevor sie offiziell verkündet wurde kritisiert: *„Wir werden beschuldigt, über Einflussphären zu verfügen. Aber was ist die Östliche Partnerschaft anderes als ein Bemühen, die europäische Einflussphäre auszuweiten?“*<sup>94</sup>

Für Lawrow war die Östliche Partnerschaft eines der *„geopolitischen Spiele“*, die der Nullsummenlogik folgen.<sup>95</sup> Sie war auf Initiative Polens und Schwedens entwickelt worden und nahm nach dem Sechs-Tage-Krieg im Kaukasus an Schwung auf. Nicht zuletzt wegen der Auseinandersetzungen zwischen Moskau und Minsk schien sich ein Fenster der Gelegenheit zwischen der EU und Belarus zu öffnen. Präsident Medwedjew konnte auf dem EU-Russland-Gipfel in Chabarowsk mit einiger Berechtigung sagen, er sei *„von der Tatsache peinlich berührt, dass einige Länder diese Partnerschaft als eine gegen Russland gerichtete Partnerschaft betrachten“*.<sup>96</sup> Wenn vielleicht peinlich berührt, so doch nicht sonderlich beunruhigt. In der Tat dauerte es nicht lange, bis der Kreml die Östliche Partnerschaft als verhältnismäßig harmlos hinstellte. Ein halbes Jahr nach ihrer Verkündung äußerte Medwedjew: *„Offen gesagt sehe ich nichts Außergewöhnliches in der Östlichen Partnerschaft. Ich sehe auch keinen besonderen Nutzen in ihr. Alle Teilnehmer an dieser Partnerschaft haben mir das bestätigt.“*<sup>97</sup>

Die zur Schau gestellte Indifferenz bedeutet allerdings weder, dass der Kreml von der Wirkungslosigkeit westlichen Engagements im postsowjetischen Raum überzeugt ist, noch, dass er Bemühungen aufgegeben hätte, in diesem Raum eine beherrschende Rolle zu spielen.

---

<sup>92</sup> Ebenda.

<sup>93</sup> So wörtlich Zagorski, Das russische Integrationsprojekt [Anm. 83].

<sup>94</sup> EU Expanding its „Sphere of Influence“ [Anm. 14].

<sup>95</sup> So Außenminister Lawrow, Russia Does not Want „Zero-Sum“ Geopolitical Games in CIS, Lavrov, Vesti TV, 10.12. 2008.

<sup>96</sup> Medwedjew am 22.5. 2009 auf der Pressekonferenz in Chabarowsk nach dem EU-Russland-Gipfel, *Archive.kremlin.ru*, 22.5.2009 <[http://archive.kremlin.ru/appears/2009/05/22/0937\\_type63380\\_216699.shtml](http://archive.kremlin.ru/appears/2009/05/22/0937_type63380_216699.shtml)>.

<sup>97</sup> Medwedjew Dismisses EU Eastern Partnership, *Eubusiness.com* <[www.eubusiness.com/news-eu/russia-diplomacy.11z](http://www.eubusiness.com/news-eu/russia-diplomacy.11z)>. – Russia „Could Join EU Eastern Partnership“, *Eubusiness.com* <[www.eubusiness.com/news-eu/russia-diplomacy.1mp](http://www.eubusiness.com/news-eu/russia-diplomacy.1mp)>.

Dies lässt sich auch anhand der Beziehungen Russlands zu den einzelnen Ländern und Subregionen in seiner Nachbarschaft feststellen. Beispielhaft dafür sind Moskaus Beziehungen zu Minsk und Kiew.

---

## Belarus

---

*„Die Wahlen in Belarus sind ruhig und transparent verlaufen und haben dazu beigetragen, demokratische Institutionen im Land weiter zu entwickeln und die Grundlagen der Zivilgesellschaft zu stärken.“* (Russisches Außenministerium.)<sup>98</sup>

*„Wir hatten in den vergangenen Jahren nie undemokratische Wahlen. Sie können die Stimmen ja selbst nachzählen, wenn Sie wollen.“* (Präsident Lukaschenko).<sup>99</sup>

*„Die Belarus gewährten Preisnachlässe für Erdgas sind Integrationsrabatte.“* (Putin.)<sup>100</sup>

Als sich Außenminister Lawrow öffentlich fragte, ob denn die Östliche Partnerschaft etwas anderes sei, als das Bemühen, „die Einflussphäre der EU auszudehnen“, nannte er Brüssels Haltung zu Belarus als konkretes Beispiel derartiger Anstrengungen. Zum damaligen Zeitpunkt wurden Spannungen im Verhältnis zwischen Moskau und Minsk offen ausgetragen. Diese entzündeten sich unter anderem an der Weigerung Lukaschenkos, die Unabhängigkeit der georgischen Teilrepubliken Abchasien und Südossetien völkerrechtlich anzuerkennen. Brüssel gab zu erkennen, dass sich Minsk weiter isolieren würde und von den für das Land offen gehaltenen Angeboten der Östlichen Partnerschaft nicht profitieren könnte, wenn es seine Haltung in der Georgien-Frage ändern würde. „Ist dies die Förderung von Demokratie oder Erpressung?“, fragte Lawrow und gab daraufhin selbst die Antwort: „Es geht darum, Länder von Positionen abzubringen, die sie als souveräne Staaten einnehmen wollen.“<sup>101</sup>

Wie diese Unterstellung des Außenministers deutlich macht, ist Belarus für Russland von erheblicher Bedeutung. Auf der „neuen“ Militärdoktrin fußend, welche die NATO weiterhin als eine „Hauptgefahr“ für Russlands Sicherheit darstellt,<sup>102</sup> bleibt Belarus in Moskauer

---

<sup>98</sup> So der Pressesprecher des russischen Außenministeriums, Alexander Jakowenko, am 18.10.2004 zur Parlamentswahl im Oktober 2004, die mit einer Abstimmung über eine Verfassungsänderung verbunden war, die es Lukaschenko erlaubten würde, 2006 noch einmal für eine fünfjährige Amtszeit zu kandidieren, *RIA Novosti*, 18.10.2004.

<sup>99</sup> Lukaschenko am 2.11.2010 kurz vor den Präsidentschaftswahlen in einem 15-minütigen Wortgefecht mit dem deutschen Außenminister Guido Westerwelle und dem polnischen Außenminister Radoslaw Sikorski vor den Kameras des weißrussischen Staatsfernsehens; Reinhard Vesper, Außenminister fordert freie Wahlen, *Faz.net*, 3.11.2010  
<<http://www.faz.net/s/RubDDBDABB9457A437BAA85A49C26FB23A0/Doc~EA56659F4F05C40C5A4AFF713C4D2D653~ATpl~Ecomon~Scontent.html>>.

<sup>100</sup> Premierminister Putin auf einer Sitzung des Obersten Sowjets der Russisch-Weißrussischen Union am 25. November 2011 in Minsk, Путин: Белоруссия будет получать газ по 164 доллара за кубометр, Телеканал Вести, 25.11.2011 <<http://video.mail.ru/bk/vesti.ru/economy/58563.html>>.

<sup>101</sup> Lawrow am 21.3.2009; EU Expanding its „Sphere of Influence“ [Anm. 14].

<sup>102</sup> Russlands Militärdoktrin unterscheidet zwischen einer (unmittelbaren) „Bedrohung“ und einer (latenten) „Gefahr“. Letztere gehe von den „Aktivitäten der NATO“ aus; Voennaja doktrina Rossijskoj Federacii, 5.2.2010, *Kremlin.ru*,

Perspektive Teil des geostrategischen Vorfelds und wichtiger Baustein in Russlands Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur. Es ist Transitland für den Zugang Russlands zu seiner Kaliningrad-Exklave und für den Export von Öl und Gas nach Europa. Und es spielt auf allen Bühnen des Integrationstheaters mit: in der verfassungsrechtlichen Union Russland-Belarus, im politischen Bereich in der GUS, wirtschaftlich in der trilateralen Zollunion, dem Einheitlichen Wirtschaftsraum und Putins Eurasischen Unionsprojekt und bei militärischen Fragen in der OVKS sowie im Rahmen des mit Russlands Streitkräften integrierten, gemeinsamen Luftverteidigungssystems.

Wenn der Kreml Lukaschenko auch nicht als gefügigen Gefolgsmann ansehen kann und die persönlichen Beziehungen zwischen ihm und der Moskauer Führung nicht die besten sind, sieht Moskau das politische System des Landes mit dem Ausschluss von Demokratisierung und europäischer Orientierung durchaus als in seinem Interesse liegend an. Sporadisch feuern die vom Kreml kontrollierten russländischen Medien propagandistische Breitseiten gegen Lukaschenko ab – so in den „Dokumentarsendungen“ vom Juli 2010 und Juni 2011, in denen über die Unterdrückung jeglicher demokratischer Opposition, Massenverhaftungen und verbreitete Menschenrechtsverletzungen bis hin zur Ermordung von Bürgerrechtlern berichtet wurde.<sup>103</sup> Dem Kreml geht es mit derartigen Kampagnen darum, auf Minsk Druck auszuüben und zu zeigen, dass die Geduld mit Lukaschenko Grenzen hat und Moskau durchaus mit anderen Politikern in Minsk zusammenarbeiten könnte.

Die EU fühlt sich dagegen bei ihrer Belarus-Politik demokratischen Standards verpflichtet und macht ihr Engagement und finanzielle Hilfe davon abhängig, ob in Belarus demokratische Standards und Rechtsstaatlichkeit gelten. Dies zeigte sich deutlich im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2010. Nach der Freilassung politischer Gefangener, der Zulassung mehrerer Kandidaten zu den Wahlen sowie wohlwollender Worte Lukaschenkos gegenüber der EU setzte sich in Brüssel die Anschauung durch, Lukaschenko sei bereit, das politische System graduell zu lockern und die Außenpolitik des Landes stärker auf Westkurs auszurichten.

Die Wahlen waren dann jedoch weder frei noch fair, sondern manipuliert und gefälscht. Auf die Protestdemonstrationen in Minsk und anderen Städten reagierte die Polizei mit brutaler Gewalt. Die oppositionellen Präsidentschaftskandidaten wurden verhaftet. Nach dem Debakel der EU-Initiativen kehrte Brüssel (und auch Washington) zur Politik der Isolierung des Lukaschenko-Regimes und Sanktionen zurück. Mit den Repressionen gegen die Opposition und dem Verzicht auf die Option, zumindest Offenheit gegenüber der EU zu demonstrieren, hat sich Lukaschenko in eine Ecke manövriert. Und zwar genau in die, wo Russland seinen westlichen Nachbarn am liebsten hat: in Ungnade bei der EU (und den USA) und damit ohne politische Optionen.

---

<[http://news.kremlin.ru/ref\\_notes/461](http://news.kremlin.ru/ref_notes/461)>. – Margarete Klein, Solveig Richter: Russland und die euro-atlantische Sicherheitsordnung. Defizite und Handlungsoptionen. Berlin [= SWP-Studie 34] 2011– Dies.: Russlands neue Militärdoktrin, SWP Aktuell, März 2010.

<sup>103</sup> Krestnyj bat'ka. Der Film bei: *Charter97.org.ru* <<http://charter97.org/ru/news/2010/8/15/31349/>>.

Diese Situation hat Russland ausgenutzt.<sup>104</sup> Das wichtigste Instrument, das der Kreml anwendet, ist die große Abhängigkeit Weißrusslands von Energie: Russland deckt den gesamten Gasbedarf des westlichen Nachbarlandes und 90 Prozent seines Ölverbrauchs. Die petrochemische Industrie und die ebenfalls von Ölimporten abhängige chemische Industrie machen das Gros der Staatseinkommen von Belarus aus. Bis zu 70 Prozent seiner Exporte in die EU entfallen auf petrochemische Produkte, Pottasche und Metalle.<sup>105</sup> Besonders lukrativ ist das Geschäft, Öl zu Vorzugspreisen von Russland zu beziehen, es zu verarbeiten und zu Weltmarktpreisen an EU- und andere Länder zu verkaufen. Moskau begann zwar 2004 seine Preispolitik gegenüber Minsk zu revidieren und von der großzügigen Subventionierung der Öl- und Gaspreise abzugehen. Im Mai 2006 unterzeichnete Putin sogar eine Verfügung zur Handels-, Wirtschafts-, sowie Finanz- und Kreditpolitik gegenüber Belarus. Nun sollte jede direkte oder indirekte Subventionierung der weißrussischen Wirtschaft, einschließlich des Weiterexports von Öl und Erdgas aus Russland unterbleiben.<sup>106</sup> Russland war aber weiterhin bereit, die Subventionen aus politischen Gründen fortzusetzen. Berechnungen unabhängiger weißrussischer Fachleute zufolge hat Russland im Jahr 2010 Energielieferungen an Belarus mit 4,6 Mrd. Dollar subventioniert. Davon entfielen 3,0 Mrd. Dollar auf Gas und 1,6 Mrd. auf Öl.<sup>107</sup> Das entspricht acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts von Belarus.

Auch Putin hat Zahlen genannt. Am 25. November 2011 kündigte er an, dass Russland Erdgas an Belarus mit einem „erheblichen Rabatt“ liefern werde. Der Preis, den es zahlen müsse, würde von 244 Dollar pro Tausend Kubikmeter auf 164 Dollar zu Beginn des Jahres 2012 gesenkt. „Dies wird dazu beitragen, dass mindestens 2 Milliarden Dollar in Belarus bleiben“, fügte er hinzu. Zudem werde Minsk ab 2014 lediglich den Preis für Gas zahlen müssen, der in Russland erhoben wird.<sup>108</sup> Für Öl bezahlt es jetzt schon russländische Binnenpreise, allerdings nur für das Volumen, das es für den Eigenbedarf benötigt.

Der Kreml setzt seine Preis- und Subventionspolitik in Energiefragen ganz gezielt als Instrument ein, um Integrationsprojekte im postsowjetischen Raum zu forcieren. So gibt es klare und eindeutige Verbindungen zwischen Moskaus Energiepolitik und dem Beitritt Minks zur trilateralen Zollunion, dem Einheitlichen Wirtschaftsraum und Putins Eurasischer Union.<sup>109</sup> Zudem nutzt der Kreml die generelle Außenhandelsabhängigkeit (der Außenhandel des Landes macht rund 60 Prozent des belarussischen Inlandsprodukts aus) und die

---

<sup>104</sup> Alaksandr Papko, Alaksandr Łahviniec: Unfinished Business: Challenges for Belarus on its Way to Democracy, in: *European View*, 2/2010, S. 253–262.

<sup>105</sup> В белорусской экспортной корзине – дефицит товаров, *Zautra.by*, 15.12.2009 <[www.zautra.by/art.php?sn\\_nid=5420&sn\\_cat=17](http://www.zautra.by/art.php?sn_nid=5420&sn_cat=17)>.

<sup>106</sup> Dekret vom 9.5.2006 laut einer Information der meist gut unterrichteten Zeitung „Kommersant“. Die Existenz der Verfügung wurde erst ein halbes Jahr später bestätigt; Wojciech Konończuk, *Belarusian-Russian Energy Conflict: The Game Is Not Over*, Batory.org.pl, Januar 2007 <[www.batory.org.pl/doc/belarusian-russian-energy-conflict.pdf](http://www.batory.org.pl/doc/belarusian-russian-energy-conflict.pdf)>.

<sup>107</sup> So der belarussische Politologe Andrej Susdalezew, Нефтяной итог. Щас будет склоняць к труду, *Politoboz.com*, 1.2.2010 <[www.politoboz.com/content/neftyanoi-itog](http://www.politoboz.com/content/neftyanoi-itog)>.

<sup>108</sup> Russia Says It Is Cutting Price Minsk Pays for Gas. Russian Prime Minister Vladimir Putin Says Moscow is Slashing the Price Minsk Has to Pay for Gas to Less than Half the Average Paid by Other European States, *Rferl.org* <[www.rferl.org/articleprintview/24402392.html](http://www.rferl.org/articleprintview/24402392.html)>.

<sup>109</sup> Татьяна Маненок, Приняти для Белоруси, *Belmarket.by*, 25.12.2011–1.1.2012 <<http://www.belmarket.by/ru/156/60/12428/Пряники-для-Беларуси.htm>>.

Abhängigkeit Weißrusslands von billigen Öl- und Gaslieferungen, um in der Wirtschaft des kleineren Nachbarn und im europäischen Teil des eurasischen Kontinents eine beherrschende Stellung zu erlangen. Dies betrifft vor allen Dingen die wirtschaftsstrategisch und politisch wichtigen Pipelines. Seit Jahren hat sich *Gazprom* um die Kontrolle der staatlichen weißrussischen Gasmonopolisten *Beltransgaz* bemüht. So einigten sich Russland und Belarus Ende Dezember 2006 auf einen Preis von 100 US-Dollar für 1000 Kubikmeter Gas für 2007, eine schrittweise Anhebung des Preises zum westeuropäischen Niveau, eine Erhöhung der Transitgebühren, den Verkauf weißrussischer Aktien im Wert von bis zu 2,5 Mrd. Dollar und den Verkauf von 50 Prozent der Aktien von *Beltransgaz* ebenfalls für 2,5 Mrd. US-Dollar.

Am 25. November 2011 unterzeichneten *Gazprom* und *Beltransgaz* in Moskau, in Anwesenheit der Staats- und Ministerpräsidenten Russlands und Weißrusslands, Gaslieferverträge für die Republik Belarus und den Transport von Erdgas über das weißrussische Hoheitsgebiet für die Jahre 2012–2014.<sup>110</sup> Außerdem schlossen *Gazprom* und der Staatliche Vermögensausschuss Weißrusslands einen Kaufvertrag über die verbliebenen 50 Prozent der Aktien von *Beltransgaz* zu demselben Preis wie die vorherigen 50 Prozent, die im Jahr 2007 für 2,5 Mrd. Dollar an *Gazprom* verkauft wurden.

Für die vollständige Übernahme des belarussischen Gastransportsystems machte Moskau wesentliche, wenn auch nur vorübergehende, ökonomische Zugeständnisse. Minsk wird im Jahr 2012 mit 165,5 Dollar pro 1.000 Kubikmeter einen Gaspreis zahlen müssen, der nur etwa halb so viel beträgt wie der Preis, der *Gazprom* seinen Gaskunden in Europa berechnet.<sup>111</sup> Für die Jahre 2013–2014 soll dem Preis, den Minsk zahlen muss, der niedrigste Gaspreis in Russland zugrunde gelegt werden. Dadurch, dass Moskau den von Minsk zu zahlenden Gaspreis für 2012–2014 um etwa 100 Dollar für 1.000 Kubikmeter vermindert, erhält Belarus Subventionen in Höhe von ca. 2,5 Mrd Dollar jährlich.<sup>112</sup> Zudem werden die Schulden für das verbrauchte russische Gas zugunsten Weißrusslands restrukturiert, und Moskau wird Minsk einen Kredit in Höhe von zehn Milliarden Dollar für den Bau des ersten Atomkraftwerks in Weißrussland gewähren.<sup>113</sup>

Auch sein Erdöl hat Moskau dazu verwandt, Minsk von den Vorteilen postsowjetischer Integration zu überzeugen. Bis zum 9. Dezember 2010 konnte Belarus von seinem Nachbarn Erdöl zu russischen Inlandspreisen importieren – allerdings nur die Menge, die es für den Inlandsverbrauch benötigte. An diesem Tag unterzeichnete Lukaschenko einen Vertrag, der diese Mengenbeschränkung aufhob. Als Gegenleistung musste sich Belarus verpflichten, für die aus den vom Weiterverkauf von Öl und raffinierten Ölprodukten erzielten Gewinne Steuern an das russische Staatsbudget abzuführen. In der Praxis umgeht Belarus allerdings

---

<sup>110</sup> Владимир Сапрыкин, „Северный поток“, „Южный поток“ и другие подвиги „Газпрома“, *Зеркало недели*, No. 46, 16.12.2011 <[http://zn.ua/ECONOMICS/severnoy\\_potok,\\_yuzhnyy\\_potok\\_i\\_drugie\\_podvigi\\_gazproma-93952.html](http://zn.ua/ECONOMICS/severnoy_potok,_yuzhnyy_potok_i_drugie_podvigi_gazproma-93952.html)>.

<sup>111</sup> Treffend charakterisierte Putin, der an der Sitzung des Obersten Sowjets in Minsk am 25.11.2011 teilnahm, den Preisnachlass für Belarus als „Integrationsrabatte“; Putin: Belorussija budet polučat gaz po 164 dollarov za kubometr. *Vesti.ru* <<http://www.vesti.ru/doc.html?id=641775>>.

<sup>112</sup> Die Berechnungsmethode des Preises gilt allerdings nur bis zum 1. Januar 2015, bis zu dem Zeitpunkt, wenn Russland vorhat, die Preise im Landesinneren bis auf das Niveau der Ertragsgleichheit mit den Exportpreisen für das „Gazprom-Gas“ anzuheben; ebenda.

<sup>113</sup> Сапрыкин, „Северный поток“ [Anm. 111].

diese Verpflichtung. Es deklariert reexportiertes Öl und Ölprodukte einfach als Lösungsmittel.<sup>114</sup>

Im Rahmen der auch von Russland geforderten „Privatisierung“ von Staatsvermögen richten private, halbstaatliche und staatliche Großunternehmen aus Russland den Blick weiterhin auf Filetstücke der weißrussischen Wirtschaft wie Ölraffinerien, die Eisenbahn und den großen Staatskonzern *Belaruskali*, dem größten Hersteller und Lieferant von Kalidüngemitteln in der GUS. Eine der von Moskau ins Spiel gebrachten, aber bisher von Lukaschenko abgelehnten Varianten ist eine Verschmelzung von *Belaruskali* mit dem russländischen Unternehmen *Uralkali*. Dadurch würde der größte Kaliproduzent der Welt entstehen, der 42 Prozent der globalen Produktion von Kalidüngemitteln kontrollieren würde. Im Laufe des Jahres 2011 stellte Lukaschenko mehrere Male den kompletten Verkauf von *Belaruskali* für „*mindestens 30 Milliarden US-Dollar*“ in Aussicht.<sup>115</sup> Auf dieses Angebot ist Moskau bisher nicht eingegangen. Offensichtlich ist ihm dieser Preis zu hoch.

Die Belarus gewährten „Integrationsrabatte“ und seine Mitgliedschaft in der Zollunion haben zu einem Anstieg des Handelsaustauschs mit Russland geführt. So erhöhte sich das Volumen des weißrussischen Außenhandels mit dem östlichen Nachbarn im 1. Quartal 2012 im Vergleich zum 1. Quartal des Vorjahres um 25 Prozent. Bezeichnend für die Ungleichgewichtigkeit in den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen ist allerdings, dass der Wert der russländischen Importe den der Exporte bei weitem übertrifft und sich das weißrussische Handelsdefizit weiter verschärft hat.<sup>116</sup>

Allerdings ist die Charakterisierung der Handelsbeziehungen zwischen der de facto Zentralverwaltungswirtschaft des Lukaschenko-Regimes und dem autoritären System Putin kaum als „frei“ und transparent zu bezeichnen. Die Zollgrenzen sind nun zwar offiziell abgeschafft, aber es gibt viele Ausnahmeregelungen für Produktgruppen. Dazu gehören vor allem Öl und Gas, deren Lieferung und Preise gesonderten Verträgen unterliegen, so dass Moskau weiterhin Druckmittel zur Verfügung stehen. Zudem unterliegt die belarussische Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte weiterhin einer Quotenregelung. Moskau hat Minsk mehrere Jahre Übergangsregelungen eingeräumt, um die weißrussischen landwirtschaftlichen Subventionen auf das Niveau der russischen Subventionen zu senken. Ob die Quoten tatsächlich eingehalten werden, ist eine andere Frage, denn in der Vergangenheit hat Belarus die offenen Grenzen genutzt, um unter anderem kubanischen Zucker und polnische Fleischprodukte nach Russland zu schmuggeln. Die Zollunion verfügen zwar über Institutionen in Form des Rats der Eurasischen Wirtschaftskommission und des Gerichtshofs, die Vertragsverletzungen ahnden und unfairen Wettbewerb verhindern sollen. Da die EWK aber kein unabhängiges supranationales Gremium ist, sondern von den Vize-Premiers der drei Mitgliedstaaten geleitet wird, ist anzunehmen, dass sich dort die Position desjenigen Vize-Premiers durchsetzen wird, der in der Zoll- und Wirtschaftsunion die stärkste

---

<sup>114</sup> Сергей Агибалов, 'В Белоруссии выпускают разбавители российского бюджета', *Novayagazeta*, 19.4.2012 *Novayagazeta.ru*, 19.4.2012, <<http://www.novayagazeta.ru/politics/52221.html>>.

<sup>115</sup> Lukaschenko will *Belaruskali* sofort verkaufen, *handelsblatt.com* <[www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/Lukaschenko-will-belaruskali-sofort-verkaufen/4276342.html](http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/Lukaschenko-will-belaruskali-sofort-verkaufen/4276342.html)>.

<sup>116</sup> Quelle zu den Handelsbeziehungen: О внешней торговле товарами в январе-мае 2012 г., *Belstat.gov.ru* <[http://belstat.gov.by/homep/en/indicators/foreign\\_trade\\_preliminary\\_data.php](http://belstat.gov.by/homep/en/indicators/foreign_trade_preliminary_data.php)>.

Partei vertritt. Wenn Russland aus politischen oder kommerziellen Gründen die Einfuhr bestimmter landwirtschaftlicher Produkte blockieren will, kann sein Gesundheitsministerium gefährliche Bakterien, Viren oder chemische Verunreinigungen feststellen und langwierige Untersuchungen vornehmen lassen – wie in der Vergangenheit bei Fleisch aus Polen, Wein und Spirituosen aus Moldova, Mineralwasser aus Georgien Milch aus Belarus und Käse aus der Ukraine.

Es wäre naiv anzunehmen, dass eine Wirtschaftsunion mit marktwirtschaftlicher Orientierung und fairem Wettbewerb möglich ist, der eine Diktatur und ein autoritärer Staat angehören, in der „Rechtsnihilismus“ und politische Willkür herrschen und die von Korruption auf allen Ebenen durchdrungen sind.<sup>117</sup> In einer derartigen Konstruktion setzt sich das „Recht“ des Stärkeren durch. Die Wirtschaftsunion, so hat Lukaschenko mutig behauptet, habe für ihre Mitglieder keinen Souveränitätsverlust zur Folge.<sup>118</sup> Dies mag von den Statuten her der Fall sein. In der Realität hat das Belarus Lukaschenkos aufgrund seiner politischen Selbstisolierung, obsoleten Wirtschaftsstruktur, kritischer Finanzlage und großer Energieabhängigkeit seine Souveränität längst verloren.

---

## Ukraine

---

*„Es geht hier nicht nur um die Ukraine, sondern auch um Einflussphären.“ (Ex-Bundeskanzler Schröder).<sup>119</sup>*

*„Einige unserer Nachbarn begründen ihre mangelnde Bereitschaft, an geplanten Integrationsprojekten im postsowjetischen Raum teilzunehmen damit, dass diese angeblich ihrer europäischen Wahl widersprechen. Ich halte dies für verlogen.“ (Putin).<sup>120</sup>*

*„Wenn die Ukraine den Weg der europäischen Integration geht, wird es für das Land schwieriger, sich in den Gemeinsamen Wirtschaftsraum und die Zollunion zu integrieren. Man kann nicht gleichzeitig auf zwei Stühlen sitzen.“ (Medwedjew).<sup>121</sup>*

---

<sup>117</sup> So Татьяна Маненок, Споры и конфликты впереди, *Belmarket.by*, 1.1.2012 <<http://belmarket.by/ru/156/60/12426/... htm>>.

<sup>118</sup> Eurasische Wirtschaftsunion kommt. Ex-Sowjetrepubliken einigen sich, *N-tv.de*, 18.11.2011 <[www.n-tv.de/politik/Ex-Sowjetrepubliken-einigen-sich-article4811696.html](http://www.n-tv.de/politik/Ex-Sowjetrepubliken-einigen-sich-article4811696.html)>.

<sup>119</sup> In der Bundestagsdebatte zur Situation in der Ukraine am 24.11.2004, *Bundestag.de* <[www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)>.

<sup>120</sup> Putin in seiner Eigenschaft als russischer Premierminister in seinem in der „Iswestija“ am 3.10.2011 veröffentlichten Artikel: Новый интеграционный проект для Евразии [Anm. 3]. Wörtlich: „Ich halte dies für eine verlogene Wegegabelung“, „Считаю, что это ложная развилка.“ Die Gegenüberstellung dieser beiden Ansichten über die Vereinbarkeit oder Unvereinbarkeit des europäischen Weges für postsowjetische Staaten mit der Zollunion und der EurAsWG ist eines der vielen Beispiele dafür, dass die Ansichten der beiden Mitglieder des Tandems nicht nur oft austauschbar waren, sondern dass es auch Beispiele dafür gab, dass der „liberale“ und „progressive“ Fahrer auf dem Hintersitz unterschiedliche Positionen vertraten -- zumindest in Worten und „prinzipiell“. In der Praxis wurde allerdings entsprechend die Position Putins umgesetzt.

<sup>121</sup> Präsident Medwedjew auf einer Pressekonferenz in Skolkowo, Ukrainian Integration with Europe Could Hamper Ties with Customs Union – Medwedjew, RIA Novosti, *Rian.ru*, 18.5.2011 <<http://en.rian.ru/world/20110518/164092502.html>>. Mit der Zollunion war die Dreierunion Russland, Belarus, Kasachstan gemeint.

„Sollten Russlands Interessen ignoriert werden, wären wir gezwungen, das Verhältnis zu unseren Partnern zu revidieren.“ (Putin.)<sup>122</sup>

Das in der Rivalität zwischen Russland und der EU im europäischen Teil des postsowjetischen Raums wichtigste Land ist die Ukraine. Dies beruht auf der großen territorialen Ausdehnung des Landes (mit 603.628 km<sup>2</sup> das größte auf dem europäischen Kontinent), seiner mit 46 Mio. Einwohnern im europäischen Vergleich großen Bevölkerungszahl, seiner strategisch wichtigen Lage zwischen Russland und mehreren EU-Mitgliedsländern sowie als Anrainer des Schwarzen Meers mit Seewegen zum Kaukasus und zur Türkei. Von besonderer Bedeutung für Russland ist die Rolle der Ukraine als *Transitland*, durch das bis zur Fertigstellung der ersten Trasse der *Nordstream-Pipeline* nahezu 80 Prozent des für EU-Länder bestimmten Erdgases flossen und durch das auch nach dem Bau der zweiten Trasse weiterhin ein erheblicher Teil des Erdgases aus Russland fließen wird.

Dazu kommen weitere Faktoren. Dazu gehören

- die Präsenz der politisch, militärisch und wirtschaftlich wichtigen russischen *Schwarzmeerflotte*, deren Verbleib Kiew nunmehr bis 2024 vertraglich garantiert hat.
- die mit 17 Prozent der Gesamtbevölkerung starke *russische Minderheit*, die vor allem an der Ostgrenze mit Russland und auf der Krim konzentriert ist;
- die über Jahrhunderte mit Russland *gemeinsame Staatszugehörigkeit*;
- die *kulturellen Gemeinsamkeiten* mit Russisch als *Lingua franca* nahezu im gesamten Land;
- und nicht zuletzt die weite Verbreitung russischsprachiger Filme und Bücher sowie der Möglichkeit für weite Teile der ukrainischen Bevölkerung, *russische Fernsehprogramme* zu empfangen.

Putins Russland ist es gelungen, seinen großen Einfluss auf die Entwicklung des Landes, der nach der *Orangen Revolution* im Winter 2004 schon verloren schien, zu bewahren. Innenpolitisch hat sich die Ukraine seit dem Beginn der Präsidentschaft Janukowitschs immer weiter von westlichen Vorstellungen von Demokratie und Rechtsstaat entfernt.<sup>123</sup>

Eigentlich war nach dem Februar 2010 zu erwarten, dass der „prorussische“ Präsident Janukowitsch mit seinem ethnisch russischen Premierminister Nikolaj Asarow die bisherige Schaukelpolitik der Ukraine aufgeben und eine Annäherung an Russland bis hin zu einer Mitgliedschaft in der russisch-weißrussisch-kasachischen Zollunion und Teilnahme an Putins „neuen Integrationsprojekt“ der Eurasischen Union anstreben würden. Diese Erwartungen haben sich bisher zumindest nicht vollständig bestätigt. Zwar unterscheidet sich die Russland-Politik der Ukraine unter Janukowitsch und Asarow deutlich von Juschtschenkos Russland-Politik. Dieser wollte die Ukraine in der Nato sehen. Er betrachtete Russlands

---

<sup>122</sup> Premier Putin am März 2009 als Reaktion auf ein von der EU und Kiew unterzeichnetes Memorandum zur Modernisierung der Gasinfrastruktur der Ukraine; Putin Condemns EU Deal on Ukraine Gas Pipelines, *Russiatoday.ru*, 24.3.2009 <[http://www.russiatoday.ru/Business/2009-03-24/Putin\\_condemns\\_EU\\_deal\\_on\\_Ukraine\\_gas\\_pipelines\\_.html](http://www.russiatoday.ru/Business/2009-03-24/Putin_condemns_EU_deal_on_Ukraine_gas_pipelines_.html)>.

<sup>123</sup> Winfried Schneider-Deters: Janukowitschs Machtübernahme in der Ukraine – Erosion der Demokratie und Integration in „eurasische“ Strukturen? (unveröffentlichtes Manuskript, September 2010). Geheimdienstchef wird Finanzminister, *FAZ*, 20.1.2012.

Schwarzmeerflotte als die Präsenz feindlicher Truppen auf ukrainischem Boden. Im August 2008 befahl er sogar seinem Flottenchef, russländische Kriegsschiffe am Auslaufen zu hindern, die in den Krieg mit Georgien eingreifen sollten. Janukowitsch dagegen erklärte bei seinem Amtsantritt als Präsident, Ukraine solle ein „europäischer Staat außerhalb jedes Blockes“ sein. Er werde der Schwarzmeerflotte den 2017 auslaufenden Pachtvertrag für ihren Stützpunkt auf der Krim verlängern. Kurz darauf entließ er den Oberbefehlshaber der ukrainischen Flotte, Admiral Igor’ Tenjuch, der als enger Verbündeter Präsident Juščenkos galt.<sup>124</sup>

Am 21. April 2010 stellten die beiden Präsidenten Janukowitsch und Medwedjew ein Abkommen vor, nach dem die Ukraine der Schwarzmeerflotte erlaubt, den ukrainischen Hafen Sevastopol’ auf der Krim bis 2042 zu nutzen.<sup>125</sup> Am selben Tag einigten sich *Gazprom*-Chef Aleksej Miller und der Vorsitzende der ukrainischen *Naftobaz*, Evhen Bakulin, darauf, dass die Ukraine in den kommenden zehn Jahren einen Preisnachlass von etwa 30 Prozent auf Erdgas aus Russland erhält, was nach dem damaligen Preis einer Ersparnis von insgesamt etwa 40 Mrd. Dollar entsprach.<sup>126</sup> Im Juli 2010 schließlich, unmittelbar vor einem Besuch der US-Außenministerin Hillary Clinton in Kiew, legte das ukrainische Parlament die Pläne für einen Beitritt zur Nato endgültig zu den Akten. Die Abgeordneten votierten für ein Gesetz, das der Präsident initiiert hatte und „das Festhalten der Ukraine an einer Politik der Bündnisfreiheit, das heißt die Nicht-Beteiligung an militärisch-politischen Bündnissen“ festlegt. Als Konzession an die Opposition und Trost für die Nato verweist es auf die „Fortsetzung einer konstruktiven Partnerschaft mit der Nato“, wozu auch die Beteiligung an Militärübungen europäischer Nato-Länder gehört.<sup>127</sup>

Aber die Ukraine will sich auch unter Janukowitsch außenpolitisch nicht einseitig auf Moskau festlegen. Das kommt in seiner Haltung gegenüber der EU zum Ausdruck. Seine „Antrittsreise“ – die erste Auslandsreise nach seiner Amtseinführung – führte ihn symbolträchtig nach Brüssel. Dort erklärte er gegenüber dem Präsidenten der EU-Kommission, José Barroso, die „europäische Integration“ der Ukraine habe Priorität in der Außenpolitik seines Landes.

So als ob diese Erklärung mit der praktischen Politik übereinstimme, wurde am 19. Oktober 2011 nach langen Verhandlungen das bilaterale EU-Ukraine Assoziierungsabkommen mit seinem „tief greifenden und umfassenden Freihandelsabkommen“ fertig gestellt. Sollte das bisher lediglich paraphierte Vertragswerk mit seinen 160 Seiten Text und über tausend Abschnitten unterzeichnet, ratifiziert und implementiert werden, würde die Ukraine dadurch einen Großteil des gemeinschaftlichen

---

<sup>124</sup> Janukowitsch tauscht russophoben Flotten-Chef aus, *Aktuell.ru*, <[www.aktuell.ru/russland/news/janukowitsch\\_tauscht\\_russophoben\\_flotten\\_chef\\_aus\\_26531.html](http://www.aktuell.ru/russland/news/janukowitsch_tauscht_russophoben_flotten_chef_aus_26531.html)>.

<sup>125</sup> Договір Януковича і Медведєва про базировання флоту до 2042 року. Текст документа, *Pravda.com.ua*, 22.4.2010 <[www.pravda.com.ua/rus/articles/2010/04/22/4956018/](http://www.pravda.com.ua/rus/articles/2010/04/22/4956018/)>.

<sup>126</sup> Харьковское дополнение к газовому контракту Тимошенко-Путин. Текст документа, *Pravda.com.ua*, 22.4.2010 <[www.pravda.com.ua/rus/articles/2010/04/22/4956389/](http://www.pravda.com.ua/rus/articles/2010/04/22/4956389/)>.

<sup>127</sup> Parlament der Ukraine erteilt Nato-Beitritt endgültig Absage, *Sueddeutsche.de*, 2.7.2010 <<http://www.sueddeutsche.de/politik/politik-kompakt-zusammenfassung-neu-beschluss-im-plenum-bundestag-einstimmig-gegen-gaza-blockad-1.968805-8>>.

Besitzstands der EU, des *Acquis communautaire*, übernehmen – nach inoffiziellen Schätzungen von EU-Kommissionsmitgliedern ungefähr 70 Prozent. Dies wiederum wäre ein wichtiger Erfolg für die EU und ihre Politik der Östlichen Partnerschaft.

Das Vertragswerk wurde allerdings nicht wie vorgesehen auf der EU-Ukraine-Gipfelkonferenz am 18. Dezember 2011 in Kiew unterzeichnet. EU-Ratspräsident Herman van Rompuy, EU-Kommissionspräsident Barroso und EU-Erweiterungskommissar Štefan Füle stellten klar, dass die Verhandlungen über das Abkommen zwar offiziell abgeschlossen seien, es aber von den „politischen Umständen“ abhängen, wie schnell es unterzeichnet und ratifiziert werden könne. Notwendig sei, dass die Ukraine eine umfassende Reform der Justiz nach internationalen Standards durchführe, sowie Medien- und Versammlungsfreiheit garantiere.<sup>128</sup>

Davon konnte und kann keine Rede sein. Analog zu Lukaschenko und Belarus hat Janukowitsch die Ukraine in die Isolierung gegenüber der EU und verstärkte Abhängigkeit von Russland geführt. Einer der wesentlichen Gründe dafür ist die Inhaftierung und Verurteilung der früheren Ministerpräsidentin und (knapp unterlegenen) Konkurrentin in den Präsidentschaftswahlen vom Februar 2010, Julija Tymošenko, und einer Reihe hochrangiger Mitglieder ihrer Regierung und Teilnehmer an der *Orangen Revolution*. Die EU, die USA und (sogar) Russland haben kritisiert, dass die Prozesse politisch motiviert seien, und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat entschieden, dass die Ukraine im Fall des inhaftierten ehemaligen ukrainischen Innenministers Jurij Lucenko mehrfach gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen habe. Allen Protesten und Vorhaltungen zum Trotz gibt es kein Anzeichen dafür, dass Janukowitsch bereit wäre, die Vendetta zu mäßigen, geschweige denn aufzugeben.

Die EU hat außerdem die für den 28. Oktober 2012 angesetzten Parlamentswahlen zu einem Lackmoustest dafür gemacht, ob und wie es mit dem Assoziierungsabkommen weiter geht. Die EU sieht sich allerdings einem Dilemma gegenüber.<sup>129</sup> Im Fall eines Wahlsiegs der Opposition und spürbarer Verbesserungen könnte alles schnell gehen und das Abkommen ohne weitere Bedingungen unterzeichnet, ratifiziert und in Kraft gesetzt werden, selbst wenn Tymošenko im Gefängnis bleibt. Bei einer weiteren Verschlechterung der ukrainischen Verhältnisse hingegen muss die EU ihre Strategie überdenken, wenn Sie das Abkommen nicht jahrelang auf Eis legen und der ukrainischen Bevölkerung jegliche Vorteile vorenthalten will. Statt Musterbeispiel einer neuen Nachbarschaftspolitik der EU zu sein, könnte die Ukraine zum abschreckenden Beispiel werden. Scheitert das Abkommen oder wird es eingefroren, steht die Idee der Östlichen Partnerschaft prinzipiell auf dem Spiel. Wird das Abkommen trotz starker Defizite unterzeichnet, ist die wertorientierte Neuausrichtung der Außenpolitik der EU für ihre Nachbarn unglaubwürdig.

---

<sup>128</sup> EU knüpft Ukraine-Abkommen an Bedingungen, *Zeit.de*, 19.12.2011 <[www.zeit.de/politik/ausland/2011-12/eu-ukraine-gipfel](http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-12/eu-ukraine-gipfel)>. Frostige Stimmung auf EU-Ukraine-Gipfel. Assoziierungsabkommen liegt vorerst auf Eis, 19.12.2011, *Rp.online.de* <<http://www.rp-online.de/politik/ausland/frostige-stimmung-auf-eu-ukraine-gipfel-1.2645808>>.

<sup>129</sup> Die Charakterisierung des Dilemmas bei Thomas Vogel: Wie weiter? Das Assoziierungsabkommen der EU im Spannungsfeld von Wirtschaft und Menschenrechten, in: *Ukraine-Analysen*, Nr. 103, 8.5.2012 <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen103.pdf>>.

Ein weiteres Problem, dem sich die EU gegenüber sieht, ist die Tatsache, dass die Zustimmung der ukrainischen Wirtschaft zu vertieftem und umfassendem Freihandel mit der EU durchaus nicht einhellig ist. Der Grund dafür liegt darin, dass das Abkommen nicht nur die Abschaffung von tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnissen vorsieht, sondern – wie erwähnt – auch die Übernahme von Standards und Regeln der EU.<sup>130</sup> Die korrupte staatliche Verwaltung der Ukraine – insbesondere die Normierungsbehörde – agiert gegen die Übernahme von EU-Standards, weil dadurch ihre Einnahmequellen ausgetrocknet werden könnten. Beamte und Oligarchen haben kein Interesse daran, dass die Korruption bei der öffentlichen Auftragsvergabe durch die EU eliminiert wird. Da die maßgeblichen Oligarchen fast alle in mehreren, unterschiedlich betroffenen Industriebranchen tätig sind, ist deren Einstellung – unabhängig von ihren möglichen parteipolitischen Präferenzen – zu der anvisierten Integration der Ukraine in den EU-Binnenmarkt, auf die das tiefe und umfassende Freihandelsabkommen hinausläuft, zwiespältig. Ein typisches Beispiel für die widersprüchlichen Interessen der ukrainischen Großkonzerne ist das Wirtschaftsimperium des „reichsten“ Oligarchen, Rinat Achmetow. Die Stahl-Komponente seiner Montan-Holding, System Capital Management in Donec’k, nimmt ihn für das Freihandelsabkommen mit der EU ein. Doch da der ukrainische Steinkohle-Bergbau hoch subventioniert ist, hat er kein Interesse daran, dass die Ukraine die strengen Beihilferegeln der EU übernimmt.<sup>131</sup>

Wie in Belarus profitiert Moskau von der internationalen Selbstisolierung des Regimes sowie den innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten des Landes. Ein wichtiges Instrument des Kremls, seinen Einfluss auf die Politik der Ukraine geltend zu machen, war und ist – wiederum wie in Belarus – die wirtschaftliche Schwächeposition des Landes, der hohe Energieverbrauch pro produzierter Einheit des Bruttoinlandsprodukts, die Abhängigkeit der Wirtschaft, insbesondere der Stahlproduktion, von niedrigen Energiepreisen und damit insgesamt die Abhängigkeit des Landes von billigen Öl- und Gaslieferungen aus Russland. Die Abhängigkeit, nicht die Übereinstimmung sicherheitspolitischer Interessen zwischen Kiew und Moskau, liegen den Charkover Abkommen vom 21. April 2010 über die Verlängerung des Pachtvertrages für die russische Schwarzmeerflotte im Austausch für Preisminderungen bei Erdgas zugrunde. Den Vereinbarungen über eine Abänderung des von der damaligen Premierministerin Tymoschenko mit ihrem Amtskollegen Putin ausgehandelten Vertrag des Jahres 2009 entsprechend, räumte *Gazprom* der Ukraine einen Rabatt von (maximal) 100 Dollar pro Tausend Kubikmeter Erdgas ein, wenn der Preis über 333 Dollar liegen sollte oder einen Diskont von 30 Prozent bei einem Preis von über 333 Dollar pro Tausend Kubikmeter. Es schien, als hätte die Ukraine Zeit bis zum Auslaufen des Vertrags im Jahre 2042 gewonnen. Diese Annahme trog.<sup>132</sup> In anderthalb Jahren stieg der Preis von 230 Dollar auf 416 Dollar je 1000 Kubikmeter für das erste Quartal 2012. Im sich aufbauenden Konflikt zwischen der Ukraine und Russland um die Modalitäten der

---

<sup>130</sup> Die folgende Analyse beruht auf Schneider-Deters, Janukowitschs Machtübernahme [Anm. 124].

<sup>131</sup> Ebenda.

<sup>132</sup> Die nachfolgende Darstellung des russisch-ukrainischen Gaskonflikts beruht auf folgenden Analysen: Kiew will von Moskau einen tieferen Gaspreis erzwingen, *NZZ*, 13.1.2012, S. 27. Ukraine droht mit Reduzierung des Gaseinkaufs, *Ukraine-nachrichten.de* <[http://ukraine-nachrichten.de/ukraine-droht-reduzierung-gaseinkaufs\\_3483\\_politik](http://ukraine-nachrichten.de/ukraine-droht-reduzierung-gaseinkaufs_3483_politik)>.

Erdgaslieferungen unter dem laufenden Vertrag erklärte Kiew, 2012 höchstens 27 Milliarden Kubikmeter des Energieträgers einkaufen zu wollen (gegenüber rund 40 Milliarden Kubikmeter im vergangenen Jahr). Als Begründung dafür wurde das hohe Preisniveau angegeben. Allerdings lässt das Abkommen in seiner bestehenden Form eine solche Verringerung der Bezüge nicht einseitig zu beziehungsweise sieht vor, dass die Ukraine in jedem Fall für 33 Milliarden Kubikmeter bezahlen muss. Ukrainische Regierungspolitiker sehen einen „fairen Preis“ in der Gegend von 250 Dollar.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Mannschaft Janukowitschs maßgeblich mit Hilfe der Stimmen derjenigen an die Macht kam, die eine Verbesserung der ukrainisch-russischen Beziehungen wünschten, ist es erstaunlich, dass die Gasgespräche bisher nicht mit einem konkreten Kompromiss geendet haben. Dies liegt einerseits an Moskau, das seine Soft Power „hart“ einsetzt, zum anderen an der schwachen Verhandlungsposition Kiews. Peinlich für die ukrainische Führung und erniedrigend für das Land ist, dass *Gazprom* auf Anteilsverluste in EU-Ländern und Forderungen der Erdgas-Importeure nach günstigeren Konditionen positiv reagiert, fünf europäischen Großabnehmern eine Reduktion des Erdgaspreises gewährt und einem Vertrag zwischen dem größten unabhängigen russischen Gasproduzenten Novatek und dem deutschen Stromkonzern ENBW sogar einen Preis von 380 Dollar je tausend Kubikmeter Erdgas keine Steine in den Weg gelegt, der Ukraine aber keine Konzessionen gemacht hat.<sup>133</sup>

Was wirklich auf dem Spiel steht, ist offensichtlich: Der Kreml will das belarussische „Modell“ auf die Ukraine anwenden und sowohl wirtschaftliche als auch politische Gegenleistungen einfordern. Eines der konkreten Hauptziele ist dabei die Übernahme des ukrainischen Gasttransportsystems von *Naftohaz* analog des Erwerbs von 100% der Aktien von *Beltransgaz*. *Gazprom*-Chef Aleksej Miller hat schon verlauten lassen, wie viel ihm das Pipelinenetz der Ukraine wert sei, nämlich nicht mehr als 20 Milliarden Dollar.<sup>134</sup> Putin bringt dabei die mit dem deutschen Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder ausgehandelte Nord Stream Pipeline und die geplante South Stream Pipeline als Druckmittel in das Verhandlungspoker. „Wir arbeiten sowohl am South-Stream- als auch am Nord-Stream-Projekt“, sagte Putin bereits im März 2010. Diese Projekte „haben unser Interesse an gemeinsamer Arbeit an Ukraines Gastransportnetzwerk verringert.“ Allerdings bestünde dieses Interesse noch.<sup>135</sup>

Auch das Kernkalkül der Drohung ist einfach nachzuvollziehen: Ein Betrieb dieser beiden Pipelines mit voller Kapazität, also mit einem Durchflussvolumen zu Vorkrisenmengen des Transits des russischen Erdgases über die Ukraine (118 Milliarden Kubikmeter) würde die Ukraine praktisch ohne Transitgas lassen.<sup>136</sup> Die Inbetriebnahme des ersten Zweigs von Nord Stream am 8. November 2011 hat die tatsächliche Situation nur unwesentlich

---

<sup>133</sup> Gazprom gibt Preisnachlässe. Der russische Konzern sorgt sich um Marktanteile in Europa, *NZZ*, 19.01.2012, S. 27. Benjamin Triebe: Russlands Gaslieferanten spielen Monopoly, *FAZ*, 19.7.2012, S. 15.

<sup>134</sup> Showdown in Kiew, *Welt.de*, <[www.welt.de/print/die\\_welt/debatte/article13824429/Showdown-in-Kiew.html](http://www.welt.de/print/die_welt/debatte/article13824429/Showdown-in-Kiew.html)>.

<sup>135</sup> ITAR-TASS (russ.), 25.3. und 26.3.2010.

<sup>136</sup> Die nachfolgende Analyse beruht auf Сапрыкин, „Северный поток“ [Anm. 111].

verändert. *Gazprom* hat 2011 neue Verträge über die Lieferung von 22 Milliarden Kubikmeter geschlossen. Durch Subtraktion dieses Volumens aus der Maximalkapazität der Nord Stream Pipeline von 27,5 Milliarden Kubikmeter bleiben nur 5,5 Milliarden Kubikmeter übrig – das theoretisch mögliche Gasvolumen, um das die ukrainische Transitmenge verkleinert werden kann. Es handelt sich also nicht um 20 Milliarden Kubikmeter, die Putin angegeben hat. Die zweite Trasse von Nord Stream soll zwar schon im Herbst 2012 fertig sein, aber die volle Kapazität von Nord Stream mit 55 Milliarden Kubikmetern kann erst für das Jahr 2015 erwartet werden. Dann wäre die Gefahr einer merklichen Reduzierung des ukrainischen Gastransitvolumens wirklich gegeben.

Die Hauptgefahr für einen Transit über die Ukraine stellt allerdings South Stream dar.

Im Vergleich zur Pipeline Nord Stream soll das südliche Projekt 63 Milliarden Kubikmeter Erdgas aus dem ukrainischen Transit ersetzen. Sollte es verwirklicht werden, droht Ukraine also ein Verlust von mehr als 50% des Transitvolumens. Der Verwirklichung des russischen Projekts stehen ernste Hindernisse entgegen.<sup>137</sup> Erstens existiert bis auf den heutigen Tag kein exakt erarbeiteter Entwurf der Pipelinerroute. Es gibt verschiedene Optionen seiner Durchleitung über Bulgarien oder Rumänien, eine technische oder ökonomische Konstruktionsbasis für das Projekt liegt aber nicht vor. Zweitens hat die EU-Kommission am 24. Oktober 2011 den Vorschlag *Gazproms* abgelehnt, die Pipeline South Stream in das Transeuropäische Gasnetzwerk aufzunehmen. Lediglich ein derartiger Status würde es dem Konzern erlauben, die Gesetzesinitiativen des Dritten Energiepakets der EU zu umgehen. Er wird einen Beginn der Umsetzung des South Stream-Projekts mit Berücksichtigung der technischen Schwierigkeiten erst nach 2013 vorbereiten können. Im März 2013 tritt jedoch Artikel 11 der Dritten Gasdirektive der EU in Kraft, der die „Zertifizierung in Bezug auf Drittländer“ regelt. Sollte *Gazprom* bis dahin nicht in das Transeuropäische Gasnetzwerk aufgenommen worden sein, drohen dem russischen Gasgiganten Strafen in Höhe von bis zu zehn Prozent seines Jahresumsatzes. Die Rede ist dabei nicht nur von irgendeiner Tochterfirma innerhalb der *Gazprom*-Struktur, sondern vom Konzern insgesamt, und das würde Dutzende Milliarden US-Dollar bedeuten. Berücksichtigt man diese Gefahr riesiger Strafen (in erster Linie für *Gazprom*, aber auch für seine Partner), könnten Investoren, also vor allem westliche Banken, vor einer Finanzierung des South Stream zurückschrecken. Dies würde die Drohung einer drastischen Reduzierung des Gasdurchflusses durch die Ukraine entschärfen und die Bedeutung seines Pipelinesystems erhalten. Der Kreml hält trotz hoher Kosten, fehlender Notwendigkeit, zweifelhaftem wirtschaftlichen Nutzen und rechtlichen und organisatorischen Hindernissen eisern an dem Projekt fest – eine Tatsache, die die gegen die EU und die Ukraine gerichtete politische Dimension des Projekts unterstreicht.

Eine weitere Tatsache ist das Bestreben *Gazproms*, eine Monopolstellung beim Pipelinennetzwerk im östlichen Europa zu erringen. Dies zeigt sich unter anderem am wiederholten Scheitern der von der EU und einzelnen Mitgliedstaaten ins Spiel gebrachten Idee, ein russisch-europäisch-ukrainisches Konsortium zur Modernisierung des ukrainischen Netzwerks zu gründen. So hatten beispielsweise die EU und Ukraine im März 2009 ein

---

<sup>137</sup> Die Darstellung der Hindernisse ebenda.

Übereinkommen erzielt, demzufolge Brüssel für diesen Zweck 3,5 Milliarden Dollar zur Verfügung stellen würde. Eine regierungsunabhängige Gesellschaft sollte gegründet werden, die den Betrieb des Pipelinenetzwerks und die Höhe der Transitgebühren bestimmen würde. Der damalige EU-Energiekommissar, Andris Piebalgs, erklärte, die EU habe zwar „wegen der Unterbrechung der Lieferungen [im Januar 2009] begonnen, zuerst mit der Ukraine zu verhandeln“, plane aber, „mit, nicht gegen *Gazprom*“ arbeiten zu wollen.<sup>138</sup> Trotzdem reagierte Putin höchst aufgebracht und warnte:

„Sollten Russlands Interessen ignoriert werden, wären wir gezwungen, das Verhältnis zu unseren Partnern zu revidieren. Wir wollen nicht, dass die Dinge diese Ebene erreichen. Aber der Hauptpunkt, den ich unterstreichen möchte ist, dass Anstrengungen, das Problem erhöhter Gaslieferungen, von Gas, das russischer Herkunft ist, zu lösen, bedeutungslos sind. Wir wollen, dass dieses Signal gehört wird.“<sup>139</sup>

Im Februar 2012 hat auch Janukowitsch die Gründung eines trilateralen Konsortiums befürwortet, an der die Ukraine einen Anteil von 34 Prozent und die EU sowie Russland jeweils 33 Prozent haben sollten. Das Konsortium solle (endlich) für Transparenz im Management des Erdgasbeförderungssystems sorgen und den Energiepartnern eine Plattform für den effizienten Umgang mit ihren Energieproblemen unter einem einheitlichen Regelwerk bieten. Derzeit schöpfe die Ukraine nur ungefähr zwei Drittel der geschätzten Kapazität ihres Gastransportsystems aus. Eine Sanierung des Systems würde eine Steigerung des Transportvolumens ermöglichen. Dies wäre, wie er offensichtlich mit Blick auf *South Stream* und *Nabucco* betonte, auch deswegen sinnvoll, weil der Bau alternativer Strecken zum Gastransport zeitintensiv sei, einen immensen Aufwand an finanziellen Ressourcen und Arbeitskräften erfordere und Umweltgefahren mit sich bringe.<sup>140</sup> Auch für diese Initiative konnte sich die russische Regierung nicht erwärmen.

Die Ambitionen Moskaus gehen allerdings über die Kontrolle der ukrainischen Gasinfrastruktur und des Gastransits hinaus. Sechs Monate nach den Charkover Verhandlungen und Ergebnissen unterzeichneten Putin und Asarow sowie Wirtschaftsvertreter der Ukraine und Russlands eine Reihe sektoraler Abkommen. Zu diesen gehören ein Vertrag über die Zusammenarbeit der Staatsunternehmen über die Organisation der Produktion von Atombrennstoff in der Ukraine mittels russischer Technologie; ein Memorandum über die Erkundung und Förderung von Gas im Donec’ker Sandstein; und ein Abkommen über die Schaffung eines russisch-ukrainischen Joint Ventures, welches den ukrainischen Flugzeugkonzern Antonow mit den russischen Vereinigten Flugzeugwerken vereinigt.<sup>141</sup>

---

<sup>138</sup> Putin Condemns EU Deal on Ukraine Gas Pipelines [Anm. 123].

<sup>139</sup> Ebenda.

<sup>140</sup> Am 5.2.2012 auf der 48. Münchner Sicherheitskonferenz. Viktor Yanukovich, Speech at the 48th Munich Security Conference, *Securityconference.de* <[www.securityconference.de/Viktor-Yanukovich.820.0.html](http://www.securityconference.de/Viktor-Yanukovich.820.0.html)>.

<sup>141</sup> Putin und Asarow unterzeichneten sechs Abkommen über Zusammenarbeit, *Ukraine-nachrichten.de*, 28.10.2010 <[http://ukraine-nachrichten.de/putin-asarow-unterzeichneten-sechs-abkommen-%C3%BCber-zusammenarbeit\\_2814\\_politik](http://ukraine-nachrichten.de/putin-asarow-unterzeichneten-sechs-abkommen-%C3%BCber-zusammenarbeit_2814_politik)>.

Eine weitere wichtige Zielsetzung des Kremls ist der Beitritt der Ukraine zur Zollunion Russland-Belarus-Kasachstan, dem Einheitlichen Wirtschaftsraum und letztendlich damit zum Putinschen Projekt der Eurasischen Union. Die ukrainische Reaktion darauf ist widersprüchlich. Offiziell nimmt Kiew eine ablehnende Haltung ein oder will zumindest Sonderbedingungen unter dem Schlagwort Drei-plus-Eins (Russland, Belarus, Kasachstan plus Ukraine) aushandeln, die es erlauben würden, die zweigleisige Politik in Richtung Brüssel und Moskau weiterzuführen. Zumindes hat Kiew mit der Unterzeichnung einer neuen Fassung des Freihandelsabkommens im Rahmen der GUS am 18. Oktober 2011 einen weiteren Schritt hin zu regionaler Integration im postsowjetischen Raum gemacht. So sagte der Regierungsbevollmächtigte für Fragen der Zusammenarbeit mit der Russländischen Föderation, den GUS-Staaten und der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft, Valerij Muntijan, dass bereits im nächsten Jahr die Unterzeichnung eines neuen Vertrages über den freien Austausch von *Dienstleistungen* im Rahmen der GUS möglich sei.<sup>142</sup> Nach Meinung des Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des Rada-Ausschusses für Fragen der Finanzen, der Bankentätigkeiten und der Steuer- und Zollpolitik, Ex-Wirtschaftsminister Sergej Terjochin, wären beim freien Handel mit Dienstleistungen die Risiken offensichtlich. Es könnte zu einem „*de facto* Beitritt der Ukraine zum Einheitlichen Wirtschaftsraum“ kommen.<sup>143</sup> Ein Informant aus dem Wirtschaftsministerium lieferte dazu Einzelheiten:

Obgleich die technischen Standards der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft an die Standards der Europäischen Union angepasst sind, welche die Ukraine entsprechend des Maßnahmenplans zur EU-Integration übernimmt, gibt es jedoch zwischen ihnen Unterschiede. Es ist schwer zu begreifen, wie im Lande zwei Systeme technischer Standards funktionieren können. Entweder steckt man bei der Regierung nicht im Thema drin oder auf diese Weise soll die europäische Integration zurückgedreht werden.<sup>144</sup>

Derartige Einschätzungen widersprechen den von Putin (oben zitierten) Versicherungen, dass die Teilnahme an Integrationsprojekten im postsowjetischen Raum und die europäische Wahl miteinander vereinbar seien. Noch in seiner Eigenschaft als Statthalter-Präsident hatte Medwedew klargestellt:

Wenn die Ukraine den Weg der europäischen Integration geht, wird es für das Land schwieriger, sich in die Zollunion und den Einheitlichen Wirtschaftsraum zu integrieren. Man kann nicht gleichzeitig auf zwei Stühlen sitzen.<sup>145</sup>

---

<sup>142</sup> Kiew forciert die wirtschaftliche Integration in den postsowjetischen Raum, *Ukraine-nachrichten.de*, 20.10.2011 <[http://ukraine-nachrichten.de/kiew-forciert-wirtschaftliche-integration-postsowjetischen-raum\\_3337\\_wirtschaft](http://ukraine-nachrichten.de/kiew-forciert-wirtschaftliche-integration-postsowjetischen-raum_3337_wirtschaft)>.

<sup>143</sup> Ebenda (Hervorhebung nicht im Original).

<sup>144</sup> Ebenda.

<sup>145</sup> Auf einer Pressekonferenz in Skolkovo. Ukrainian Integration with Europe Could Hamper Ties with Customs Union – Medvedev, *Rian.ru*, 18.5.2011 <<http://en.rian.ru/world/20110518/164092502.html>>. Mit der Zollunion war die Dreierunion Russland, Belarus, Kasachstan gemeint.

---

## Schlussfolgerungen

---

Die vorliegende Analyse hat die eingangs postulierten Hypothesen bestätigt und führt zu folgenden Ergebnissen.

1. Die politische Klasse Russlands, aber auch weite Teile der Bevölkerung, betrachten den post-sowjetischen Raum als eine russische *Einflussosphäre*. Diese Wahrnehmung verbindet sich mit dem Anspruch, dass Russland in diesem Raum sowohl „Sonderrechte“ als auch besondere Verantwortung für den „Schutz russischer Minderheiten“ habe.
2. Diese Haltung entwickelte sich nach einer kurzen Zeitperiode euro-atlantischer Orientierung unter Jelzins Außenminister Kosyrew und seinen Bemühungen, Russland in eine gemeinsame Werte- und Sicherheitsgemeinschaft zu integrieren, die „von Vancouver bis Wladiwostok“ reichen sollte. Dieser außen- und sicherheitspolitische Ansatz geriet schnell in die Kritik – bereits im Herbst 1992. Er wurde durch die Idee ersetzt, dass Russland eine „separate“, nicht euro-atlantische, sondern als größte Macht auf post-sowjetischem Raum eine *kontinental-„eurasische“ Identität* habe und unter und gegenüber den Nachfolgestaaten der Sowjetunion eine „führende Rolle“ beanspruchen könne. Putin verband diesen Ansatz mit Ambitionen, Russland als „Großmacht“ (*welikaja derschawa*) wieder aufleben zu lassen.
3. Da der post-sowjetische Raum in der Sicht des Moskauer außen- und sicherheitspolitischen Establishments kein autonomer, souveräner Teil des internationalen Systems, sondern Teil „privilegierten“ russischen Interessengebiets ist, befindet sich die Politik des Kremls im GUS-Raum in der *Mitte eines Kontinuums*, das von der Innenpolitik zur Außenpolitik *sui generis* reicht. Übergänge zwischen den drei Politikbereichen sind fließend. Wegen dieser Mittellage lässt sich die GUS-Politik des Kremls auch als eine Verlängerung der russischen Innenpolitik vorstellen, mit der Folge, dass innere Ordnungsprinzipien auf das Nahe Ausland übertragen werden. Personelle Verbindungen aus der Sowjetära spielen dabei immer noch eine Rolle. Umgekehrt wirken sich Entwicklungen in der direkten Nachbarschaft Russlands stärker auf die Innenpolitik aus als die aus dem „fernen“ Ausland.
4. Die Natur der Wechselbeziehungen zwischen russischer Innen- und Außenpolitik wird von den *Strukturmerkmalen des „Systems Putin“* bestimmt. Dazu gehören im politischen Bereich die Konzentration der Macht innerhalb eines kleinen Führungskreises, mangelnde Transparenz von Entscheidungsprozessen, ein autoritärer und populistischer Regierungsstil, fehlende checks and balances im Regierungssystem, Wahlmanipulationen und Wahlfälschungen zugunsten der höchsten Machtinhaber und der Regierungspartei mit Hilfe „administrativer Ressourcen“; in der Wirtschaft, entsprechend den Zentralisierungsbemühungen in der Politik, staatliche Kontrolle über die „strategischen“ Sektoren, politische Kontrolle über die „Oligarchen“ (die zweimalige Verurteilung des ehemaligen Ölmagnaten und

Vorstandsvorsitzender des Jukos-Konzerns, Michajl Chodorkowskij, und des Vize-Vorstandsvorsitzenden des heute insolventen Ölkonzerns, Platon Lebedew, sind dafür herausragende Beispiele), die enge Verzahnung von Staatsbeamten, Wirtschaft und organisiertem Verbrechen zur persönlichen Bereicherung, weit verbreitete und trotz aller gegenteiligen Kampagnen zunehmende Korruption; infolgedessen, im Rechtswesen, „Rechtsnihilismus wie in keinem anderen Land Europas“ und politische Kontrolle der Judikative; und im Gesellschaftswesen schließlich die Errichtung von Barrieren, um autonome, der Regierung nicht genehme Kräfte und Bewegungen Zugang zu politischen Prozessen (z. B. über die Bildung politischer Parteien) zu verweigern, Behinderung und Begrenzung der Aktivitäten auch unpolitischer Nichtregierungsorganisationen, Einschränkung der Medienfreiheit und Kontrolle des nationalen Fernsehens.

5. Zu folgern ist daraus, dass der Pfad, den Russland unter Putin eingeschlagen hat, den *Werten* widerspricht, die in allen für die EU-Russland-Beziehungen maßgebenden Grundsatzdokumenten über angeblich „gemeinsame Werte europäischer Kultur“ festgelegt worden sind. Dazu gehören expressis verbis die Schaffung einer „offenen, pluralistischen Demokratie“, ein „Rechtsstaat“, eine „prosperierende Marktwirtschaft mit fairem Wettbewerb“ und eine „Zivilgesellschaft“, die NGOs freien Raum gibt. Aufgrund der Tatsache jedoch, dass das „System Putin“ und die EU-Zielsetzungen, Russland in einen „gemeinsamen Wirtschafts- und Gesellschaftsraum“ zu integrieren, unvereinbar sind, und es, wie oben ausgeführt, eine enge Verbindung zwischen russischer Innenpolitik und der Politik Moskaus im GUS-Raum gibt, folgt zwingend, dass das Verhältnis zwischen der EU und Russland in der gemeinsamen Nachbarschaft nicht von „strategischer Partnerschaft“, sondern von Konkurrenz gekennzeichnet ist.
6. Der Höhepunkt der westlichen Herausforderung und der von Moskau wahrgenommenen Gefahr, den Wettbewerb mit der EU und der NATO im seinem Vorfeld zu verlieren, waren die „*Farbrevolutionen*“ in Georgien und in der Ukraine, das Bemühen der Bush-Regierung, diesen beiden Staaten den NATO Membership Action Plan als Vorstufe für die Mitgliedschaft im westlichen Bündnis anzubieten und die Aktivitäten dieser beiden Länder zusammen mit den Baltischen Staaten, Polen und Schweden unter dem Dach der „Gemeinschaft demokratischer Wahl“, die europäische Orientierung der östlichen Staaten zu fördern. Diese Herausforderungen an den russischen Einfluss verflüchtigten sich allerdings. Gründe dafür waren sowohl endogener Natur (die inneren Entwicklungen in den westlichen und südlichen Nachbarstaaten Russlands) als auch exogener Art – letztere bestehend aus der aktiven Politik Putins, diese Staaten mit Hilfe einer Verbindung von „hard power“ (militärische Intervention und politischer Druck) und „hart“ angewandter „soft power“ (Nutzung der Energieabhängigkeit der Nachbarstaaten) mit dem Ziel, „abtrünnige“ GUS-Länder wieder stärker an Moskau zu binden.
7. Russlands Politik im Nachbarschaftsraum liegen veraltete *Wahrnehmungen und Stereotype* zugrunde. Es ist zwar schwer, tatsächliche von „instrumentellen“ – angewandten, ins

innen- und außenpolitische Spiel gebracht – Wahrnehmungen zu trennen. Fügt man jedoch die Rhetorik des Kremls mit der russischen GUS-Politik zusammen, ist der Schluss unabweisbar, dass die russische Machtelite den von der Realistischen Schule der internationalen Politik postulierten Prinzipien folgt. Dazu gehört die Vorstellung, dass internationale Politik auf einer Art Schachbrett stattfindet. Die Spiele, die gespielt würden, kennen nur Gewinner oder Verlierer, bestenfalls ein Remis. In jedem Falle aber summiert sich das Gesamtergebnis von Verlust und Gewinn auf Null („Nullsummenspiel“). Der Vorteil der einen Seite sei der Nachteil der anderen. Souveräne staatliche Akteure müssten Strukturen wie „Kräftegleichgewicht“ und „Machtvakuum“ bei ihren Handlungen berücksichtigen. Auf die Konkurrenz zwischen der EU und Russland im post-sowjetischen Raum angewandt, haben derartige Stereotype in geradezu „klassischer“ Weise ihren Ausdruck in der Warnung Putins gefunden, dass es in den internationalen Beziehungen „kein Vakuum“ geben könne und „falls sich Russland einer aktiven Politik in der GUS enthalten oder dort sogar eine unbegründete Pause einlegen würde, dies unweigerlich zu nichts anderem führen würde, als dass dieser politische Raum von anderen, aktiveren Staaten energisch ausgefüllt würde“.

8. Die Tatsache, dass Russlands Beziehungen mit der EU im post-sowjetischen Raum nicht Prinzipien einer „strategischen Partnerschaft“, sondern der Logik eines Nullsummenspiels und der Integrationskonkurrenz folgen, zeigt sich deutlich an den Fallbeispielen Belarus und Ukraine. Während die EU – wie ihre Politik gegenüber *Belarus* vor und nach den dortigen Präsidentschaftswahlen im Dezember 2010 unterstrichen hat – sich durchaus demokratischen Standards verpflichtet fühlt und ihr Engagement im Rahmen der Östlichen Partnerschaft bis hin zu finanzieller Hilfe von deren Anwendung in diesem Land abhängig macht, trifft dies keineswegs auf die Politik Moskaus zu. Soweit der Kreml Kritik an den innenpolitischen Verhältnissen in Weißrussland übt, steht diese nicht im Dienst der Zielsetzung, demokratische Verhältnisse im Land herzustellen. Vielmehr soll Druck auf Lukaschenko ausgeübt werden, sich gegenüber russischen Forderungen gefügiger zu erweisen. Die unterschiedlichen „Handelskriege“ mit russischen Importstopps für Milchprodukte und Lieferstopps von Öl und Gas dienen demselben Ziel.

Unter Putins Führung hat die russische Regierung zielstrebig ihre Preis- und Subventionspolitik in Energiefragen als Instrument eingesetzt, um Belarus fester an sich zu binden und Integrationsprojekte im postsowjetischen Raum zu forcieren. Dabei nutzt der Kreml die generelle Außenhandelsabhängigkeit des Landes und insbesondere seine Abhängigkeit von billigen Öl- und Gaslieferungen. Weißrusslands Reformresistenz und internationale Selbstisolierung in Verbindung mit seiner prekären wirtschaftlichen Lage hat letzten Endes dazu geführt, dass es Gazprom schließlich die ausschließliche Kontrolle über das weißrussische Gaspipelinennetzwerk überlassen musste.

9. Die russische Haltung und Politik gegenüber der *Ukraine* folgt dem Muster der Integrationskonkurrenz. Ihnen liegt die (objektiv gerechtfertigte) Vorstellung

zugrunde, dass sich russische und europäische Integrationsvorhaben gegenseitig ausschließen. Übergangspräsident Medwedjew hat dies mit den Worten deutlich gemacht, dass die Ukraine „nicht gleichzeitig auf zwei Stühlen sitzen“ könne. Dieser Vorstellung entsprechend, wendet der Kreml das weißrussische „Modell“ in der Ukraine an. Wie in Belarus nutzt er die wirtschaftliche Schwächeposition des Landes und die Abhängigkeit des Landes von billigen Öl- und Gaslieferungen aus Russland. Eines der konkreten Hauptziele ist dabei die Übernahme des ukrainischen Gasttransportsystems von Naftohaz analog des Erwerbs von 100% der Aktien von Beltransgaz. Das weiter gesteckte Ziel ist die Mitgliedschaft der Ukraine in der Zollunion Russland-Belarus-Kasachstan, dem Einheitlichen Wirtschaftsraum und letztendlich der Eurasischen Union. Ebenfalls wie im Falle Belarus und wiederum im Gegensatz zur Politik der EU sind die innenpolitischen Verhältnisse in der Ukraine nur insofern von Bedeutung, als sie einer verstärkten Einflussnahme Moskaus entgegenstehen könnten. Allerdings ist die „Übernahme“ von Strukturelementen des „Systems Putin“ unter Janukowitsch eher geeignet, die Interessen Moskaus zu fördern als ihrer Verwirklichung zu widersprechen.

10. Die Tatsache, dass Russlands Beziehungen mit der EU im postsowjetischen Raum nicht Prinzipien einer Strategischen Partnerschaft, sondern der Logik eines Nullsummenspiels folgen, lässt sich auch anhand seiner Haltung und Politik gegenüber den „Eingefrorenen Konflikten“ nachweisen.<sup>146</sup> Im Prinzip haben sich die EU und Russland – unter anderem in der „Wegekarte für den Gemeinsamen Raum der äußeren Sicherheit“ verpflichtet, ein „größeres Europas ohne Trennlinien und auf der Grundlage gemeinsamer Werte“ zu schaffen; „Prinzipien und Modalitäten für gemeinsame Ansätze im Krisenmanagement“ zu entwickeln; und bei der „Lösung von regionalen Konflikten, unter anderem in den an die EU und Russland angrenzenden Regionen“, zusammenzuarbeiten. In der Praxis hat der Kreml jedoch diese Konflikte – um die separatistischen Republiken Abchasien und Südossetien in Georgien, das transnistrische Gebiet der Republik Moldau und Bergkarabach zwischen Armenien und Aserbaidzhan – dazu genutzt, seinen Einfluss auf die Innen- und Außenpolitik der betroffenen Länder zu erhalten oder auszuweiten und vor allem ihre Westorientierung zu verhindern.
11. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich Haltung und Politik Russlands im post-sowjetischen Raum einschließlich in seinem westlichen, europäischen Vorfeld *ändern* könnte und der Kreml von Vorstellungen des Nullsummenspiels zu einem Win-Win-Verhältnis in seinen Beziehungen zur EU übergehen könnte, ist als gering zu veranschlagen. Die kooperativen Projekte und Programme mit der EU, die es durchaus gibt – so

---

<sup>146</sup> Siehe hierzu Erich Reiter (Hg.), *Die Sezessionskonflikte in Georgien*, Internationales Institut für Liberale Politik (IILP), Wien, Schriftenreihe zur internationalen Politik, Band 1 (Wien: Böhlau, 2008). Ders., *Der Krieg um Bergkarabach – Krisen- und Konfliktmanagement in der Kaukasusregion*, Internationales Institut für Liberale Politik (IILP), Wien, Schriftenreihe zur internationalen Politik, Band 2 (Wien: Böhlau, 2008). Ders., *Problemlage und Lösungsansätze im Transnistrienkonflikt*, Internationales Institut für Liberale Politik (IILP), Wien, Schriftenreihe zur internationalen Politik, Band 5 (Wien: Böhlau 2012). Hannes Adomeit, Chancen und Hindernisse einer Konfliktlösung, ebenda., S. 109-130.

beispielsweise die Vorhaben im Rahmen der Nördlichen Dimension, in Kaliningrad und in EU-Russland-Grenzregionen – betreffen lediglich EU-Mitgliedsländer und Russland. In Ländern, die zum „privilegierten“ Interessengebiet Russlands gehören, gibt es derartige Projekte nicht. Stattdessen hat Putin gewissermaßen als Programm für seine dritte Amtszeit als Präsident die Schaffung einer Eurasischen Union bis 2015 in Aussicht gestellt. Wie nachdrücklich die Beteuerungen auch sein mögen, dass es sich bei diesem „neuen Integrationsprojekt für Eurasien“ um kein Konkurrenzunternehmen zur EU, sondern um eine Brücke zwischen der Europa und Asien handle, und wie unrealistisch seine Verwirklichung auch sein mag, so ist dennoch zu erwarten, dass die EU-Russland Integrationskonkurrenz nicht an Schärfe verlieren, sondern gewinnen wird.



## Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe – bisher erschienen

HEFT 1 (1981)

**Albert Kadan:** Parteifinanzierung in Österreich und der Bundesrepublik Deutschland  
**Erich Reiter:** Vorschläge zur Neuregelung der Parteifinanzierung in Österreich  
(vergriffen)

HEFT 2 (1982)

**Wilhelm Brauneder:** Staatsausgaben  
(vergriffen)

HEFT 3 (1984)

**Erich Reiter:** Reform des Bundesrates  
(vergriffen)

HEFT 4 (1984)

**Eva Steindl:** Die Fremdenverkehrsgesetze der Bundesländer  
(vergriffen)

HEFT 5 (1985)

**Erich Reiter** (Hg.): Die friedenserhaltenden Operationen im Rahmen der Vereinten Nationen. Der Beitrag der neutralen Staaten Europas  
(vergriffen)

HEFT 6 (1985)

**Heinz Vetschera:** Die Rüstungsbeschränkung des österreichischen Staatsvertrages aus rechtlicher, politischer und militärischer Sicht  
(vergriffen)

HEFT 7 (1986)

**Lothar Höbel:** Die Bundespräsidentenwahlen in der Ersten und Zweiten Republik  
(vergriffen)

HEFT 8 (1986)

**Helmut Berger:** Verfahrensökonomie zum Verfahren 1. Instanz nach AVG und BAO  
(vergriffen)

HEFT 9 (1986)

**Anton Pelinka:** Grün-alternative Aspekte in Ideologie und Programmatik der SPÖ  
**Manfried Welan:** Grün-alternative Aspekte in Ideologie und Programmatik der ÖVP  
**Erich Reiter:** Fortschritts- und Wachstumsverständnis in Ideologie und Programmatik der FPÖ  
(vergriffen)

HEFT 10 (1987)

**Ulrike Leopold-Wildburger:** Ökonomie und Ökologie im Test der Meinungen  
(vergriffen)

HEFT 11 (1987)

**Heinrich Schneider:** Akzeptanzprobleme der österreichischen Landesverteidigung  
(vergriffen)

HEFT 12 (1988)

**Ulrike Leopold-Wildburger:** Österreich am Weg nach Europa. Modelle – Stichproben – Methoden. Eine arbeitsökonomische Studie zum Meinungsbild der Österreicher

HEFT 13 (2006)

### DIE ZUKUNFT EUROPAS

**Franco Algieri:** Zustand und Entwicklungsszenarien der EU im Lichte der Krise  
**Peter Schmidt:** Die weltpolitischen Herausforderungen für die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika: Gemeinsamkeiten und Unterschiede  
**Herbert Scheibner:** Friedensprojekt „EUropa“ vor neuen Herausforderungen  
**Erich Reiter:** Die Aufnahme der Türkei – eine sicherheitspolitische Überdehnung?

HEFT 14 (2006)

**Waldemar Hummer:** Zum weiteren Schicksal des Vertrages über eine Verfassung für Europa

HEFT 15 (2006)

### STEUERPOLITIK

**Ernst Gehmacher:** Im Zyklus gefangen zwischen Wachstum und Krise  
**Erich E. Streissler:** Steuerpolitik und Umverteilung  
**Oliver Ginhör:** Steuergerechtigkeit aus Sicht der Steuerzahler  
**Herbert Scheibner:** Überlegungen zur Steuerpolitik

HEFT 16 (2006)

### KAMPF DER KULTUREN?

#### EUROPA UND DER ISLAM

**Elsayed Elshahed:** Zwischen Menschenrechten und Menschenwürde. Einige Gedanken zur Rezeptionsproblematik der Meinungsfreiheit  
**Hans Winkler:** Toleranz ist keine Einbahnstraße  
**Herbert Scheibner:** Ist ein „Kampf der Kulturen“ vermeidbar?

**Erich Reiter:** Integration und/oder Kulturkampf

#### KINDER UND GEWALT: OPFER UND TÄTER

**Herbert Scheibner:** Kinder und Gewalt: Opfer und Täter

**Katharina Beclin:** Erfordert die Entwicklung der Kriminalität Unmündiger neue Antworten?

**Karin Gastinger:** Ein politisches Statement zum Thema Kinder und Gewalt

**Gabriele Zierung:** Kinder und Gewalt: Opfer und Täter

**Astrid v. Friesen:** Kinder und Gewalt. Opfer und Täter

HEFT 17 (2006)

### BEGLEITHEFT ZUR AUSSTELUNG

#### LIBERALE POLITIK IN ÖSTERREICH

**Manfried Welan:** Unwissenheit als Grund von Freiheit und Toleranz. Drei Weisungen aus dem alten Österreich: Friedrich August von Hayek, Karl Raimund Popper, Hans Kelsen

**Lothar Höbel:** Das Schicksal des politischen Liberalismus in Österreich

**Walter M. Iber, Erich Reiter:** Die Soziale Marktwirtschaft als Ausdruck wirtschaftsliberalen Denkens. Programmatische Positionen der politischen Parteien seit 1945

**Alfred Gerstl:** Der verspätete Liberalismus im Österreich nach 1945. Politische, gesellschaftliche und „liberale“ Ursachen

**Walter M. Iber:** Der „Raab-Kamitz-Kurs“: Liberale Wirtschaftspolitik?

**Friedhelm Frischenschlager, Erich Reiter:** Teilweise überarbeitete Auszüge aus: Liberalismus in Europa

**Anhang:** Wirtschaftspolitische Positionen der österreichischen Parteien seit 1945: ÖVP, SPÖ, FPÖ/BZÖ und die Grünen

HEFT 18 (2006)

### **VOM LIBERALEN ZUM SOZIALEN STAAT**

**Erich Reiter:** Einbegleitung: Über den politischen Gebrauch des Wortes „Liberalismus“

**Manfried Welan:** Liberales im Verfassungsrecht des Bundes

**Urs Schöttli:** Vom liberalen zum sozialen Staat. Eine ostasiatische Perspektive

**Andreas Unterberger:** Bürgerlich: Was ist das?

**Gunther Tichy:** Die neue Unsicherheit

**Ernst Gehmacher:** Die Gesellschaftsordnung des Erfolges. Der liberale Sozialstaat

**Wolfgang Neumann:** Welche Zukunft für den Sozialstaat? Europäischer und internationaler Vergleich

**Jörg Schütze:** Mittelstandsförderung und Fremdkapitalbedarf. Basel II und die Folgen

**Werner Pleschberger:** Generationenvertrag – (noch) sozial gerecht?

HEFT 19 (2006)

### **DER LANGSAME WEG ZU EINER EUROPÄISCHEN SICHERHEITSPOLITIK**

**Lothar Rühl:** Entwicklung und Möglichkeiten der ESVP

**Reinhardt Rummel:** Das Ende des Provinzialismus? Europäische und transatlantische Perspektiven der ESVP

**Erich Reiter:** Europas Sicherheitspolitik nimmt nur sehr langsam Gestalt an

**Heinz Gärtner:** Die Zukunft europäischer Armeen: Traditionalisten und Modernisierer. Woran orientiert sich Österreich?

**Günter Hochauer:** Verteidigungspolitische Erfordernisse. Konsequenzen aus dem stagnierenden Prozess einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

**Erich Eder:** Miliz – Zukunftsträchtig für moderne Streitkräfte? Die Nationalgarde in den Vereinigten Staaten von Amerika

**Helge Lerider:** Die Türkei und die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union

HEFT 20 (2007)

### **DIE GENERATIONENFRAGE AUS LIBERALER PERSPEKTIVE**

**Wolfgang Mazal:** Brauchen wir einen neuen Generationenvertrag?

**Urs Schoettli:** Die alternde Gesellschaft. Eine zentrale Herausforderung an die liberale Politik

**Werner Pleschberger:** Perspektiven des Generationenvertrages. Realistische Solidaritätskultur, neue Rechtsnormen und Institutionen

**Thomas Neumann:** Der Nachhaltigkeitsfaktor. Ein Instrument zur Generationengerechtigkeit im österreichischen Pensionssystem

**Andreas Kirschhofer-Bozenhardt:** Spurensuche nach den großen Problemen

HEFT 21 (2007)

### **Schwerpunkt: FÖDERALISMUS ALS GESTALTUNGSPRINZIP**

**Franz Fiedler:** Föderalismus als Gestaltungsprinzip

**Peter Bußjäger:** Streiflichter zum österreichischen Föderalismus

**Gerhart Wielinger:** Legenden, Glaubenssätze und die österreichische Wirklichkeit. Bemerkungen eines langjährig praktizierenden Föderalisten

**Günter Voith:** Schein und Sein im österreichischen Föderalismus

sowie:

**Martin Malek:** Russlands „Energieaußenpolitik“ und der Südkaukasus. Geopolitik, *frozen conflicts* und europäische Abhängigkeiten

HEFT 22 (2007)

### **Schwerpunkt: GENFORSCHUNG, GENTECHNIK UND GENMEDIZIN**

**Andreas Kirschhofer-Bozenhardt:** Statt eines Vorwortes: Genforschung verliert Schrecken.

Ergebnisse einer IMAS-Umfrage im Auftrag des Internationalen Instituts für Liberale Politik Wien

**Michael Stormann:** Genmedizin in Europa

**Clemens Leitgeb:** Genmedizin in der Onkologie

**Wolfgang Schallenberg:** „Genmedizin“. Gentechnik in der Medizin aus wirtschaftlicher Sicht

sowie:

**Iris Kempe:** Die europäisch-russischen Beziehungen und die *Russlandpolitik der EU*

HEFT 23 (2007)

### **LIBERALE POLITIK IN ÖSTERREICH.**

**Ein Nachheft zur Ausstellung des Internationalen Instituts für Liberale Politik vom 19. – 29.**

**September 2006. Liberale Politik in Österreich.**

Eine Ausstellung des Internationalen Instituts für Liberale Politik vom 19. – 29. September 2006 in der Säulenhalle des Parlamentsgebäudes in Wien

**Erich Reiter:** Über den politischen Gebrauch des Wortes „Liberalismus“

**Lothar Höbelt:** Das Schicksal des politischen Liberalismus in Österreich

HEFT 24 (2008)

### **KLIMAWANDEL UND ATOMENERGIE**

**Erich Reiter:** Einführung in die Thematik Klimawandel, Schadstoffhandel und Atomenergie

**Helmut Stubner:** CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikatehandel – ein liberaler Standpunkt

**Volkmar Lauber:** Kyoto-Protokoll, Emissionshandel und Energiewende

**Stefan Pickl:** Der internationale Emissionszertifikatehandel im Spannungsfeld von ökonomischen und ökologischen Zielsetzungen

**Dieter Drexel:** Ökologie und Ökonomie im Spannungsfeld des Kyoto-Protokolls

**Erich Gornik:** Klimaschutz und Kernenergie

HEFT 25 (2008)

### **Schwerpunkt: ÜBERLEGUNGEN ZUR NEUTRALITÄT**

**Erhard Busek:** Neutralität Österreichs – Herz oder Museumsstück

**Heinz Gärtner:** Eine moderne Neutralität ist flexibel

**Erich Reiter:** Neutralität als österreichische Ideologie

**Gottlieb F. Hoepli:** Neutralität in der Schweiz

sowie:

**Peter W. Schulze:** Elf Thesen *zur russischen Innen- und Außenpolitik* am Ende der zweiten Amtsperiode Putins

**Günther Ofner:** Die *EU als Energiemanager*

HEFT 26 (2008)

### **Schwerpunkt: ASIEN UND DIE AUßENPOLITIK DER EU**

**Urs Schoettli:** Chinas Rückkehr auf die Weltbühne

**Gustav C. Gressel:** „Brothers in Evil“ oder „Apfel und Birne“: Übersicht über die Menschenrechtsverletzungen, Demokratie- und Rechtsstaatsdefizite in der Volksrepublik China und Burma

**Franco Algieri:** Die Zentralasienpolitik der Europäischen Union: Interessen und Konflikte

sowie:

**Eugene Kogan:** Die Beziehungen *Israels* zur *NATO*

HEFT 27 (2008)

**Schwerpunkt: GEORGIENKONFLIKT**

**Gustav C. Gressel:** Der Krieg im Kaukasus vom 07.08.2008 bis 14.08.2008

**Aschot Manutscharjan:** Georgien suchte Krieg mit Russland

**Eugene Kogan:** The Russian-Georgian Conflict: An Assessment

**Peter Schmidt:** Der Georgische Knoten – Mögliche Beiträge der EU zur Beilegung des Konflikts

sowie:

**Gerhard Will:** Permanenter Ausnahmezustand

**Birmas** leidvoller Weg ins 21. Jahrhundert

**Gudrun Harrer:** Zur Rolle von Stammesstrukturen in Konfliktlagen: Das Beispiel **Irak** und die US-amerikanische „Using the Sheikhs“-Politik

HEFT 28 (2009)

**Schwerpunkt: HAT DIE MARKTWIRTSCHAFT ZUKUNFT?**

**Gerald Schöpfer:** Ist die freie Marktwirtschaft zum Untergang verurteilt?

**Erhard Fürst:** Ursachen der Finanz- und

Wirtschaftskrise: Marktversagen? Staatsversagen?

**Helmut Kern:** Hat die Marktwirtschaft noch Zukunft? – Staatliche Regulierung löst die Probleme nicht

**Bernhard Martin:** Entwicklungschancen für Politischen Liberalismus in Österreich in Folge der weltweiten Finanzkrise. Eine makrosoziologische Diagnose

**Rainer E. Schütz:** Hat die Marktwirtschaft eine Zukunft?

sowie:

**Walter Schragel:** Schadenersatz für behindertes Kind?

**Henriette Riegler:** Der Staat Kosovo – wirklich ein Projekt Europäischer Sicherheit?

HEFT 29 (2009)

**OSTASIEN – GEOSTRATEGISCHER SCHWERPUNKT DER WELT**

**Urs Schöttli:** Brennpunkte in Ostasien – Sicherheitspolitische Herausforderungen

**Gudrun Wacker:** Auf der Suche nach Harmonie: China als regionaler und globaler Akteur

**Rudolf Logothetti:** Die Rolle der USA in Ostasien – eine europäische Sicht

**Eugene Kogan:** The Russian-Chinese Disconnect in the Defence Industry Field

**Sebastian Harnisch:** The Korean Conundrum: Moderating Expectations and Containing Nuclear Extortion

**Urs Schöttli:** Japans Rolle in Ostasien und in der Welt

**Yuan-hsiung Chen:** The Security Situation of the Republic of China

**Chong-pin Lin:** Melting the Ice: Beijing's Emerging Taiwan Policy

**Bill Keh-ming Chen:** The Role and Influence of the United States in East Asia

**Gustav C. Gressel:** Anmerkungen zu den politischen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Taiwan

HEFT 30 (2009)

**ÜBERLEGUNGEN ZU STAATSREFORM UND EUROPAPOLITIK**

**Heimo Hofmeister:** Staat und Individuum

**Christian Stadler:** Österreichische Staats- und Verwaltungsreform aus liberaler Perspektive

**Roland Vaubel:** Nie sollst Du mich befragen?

Weshalb Referenden in bestimmten Politikbereichen – auch in der Europapolitik – möglich sein sollten.

HEFT 31 (2009)

**BEITRÄGE ZUR ÖKONOMISCHEN UND GESELLSCHAFTLICHEN SITUATION**

**Erhard Fürst** Die EU in der Finanz- und Wirtschaftskrise  
**Bernhard Martin** Konkordat: Kulturpolitischer Klotz am Bein moderner, liberal-demokratischer Staatlichkeit?

**Andreas Kirschhofer-Bozenhardt**

Wahlen gewonnen, Zukunft gefährdet?

**Beqir Sadikaj** Causes That Have Influenced Appearance of Trafficking and Prostitution in Kosovo, Ways of Deceits of Victims and Their Submission into Slavery

sowie:

**Gustav C. Gressel** Bericht von der Veranstaltung: „Brauchen wir eine neue europäische Friedensordnung?“

HEFT 32 (2010)

**EINE NEUE SICHERHEITSARCHITEKTUR FÜR EUROPA?**

**Russische und europäische Positionen**

**Andrei Zagorski:** Der Medwedew-Vorschlag eines europäischen Sicherheitsvertrags

**Vladislav Belov:** Russische Positionen für eine europäische Sicherheitsentwicklung

**Johann Frank:** Die sicherheitspolitischen

Möglichkeiten der EU: Kann die EU der

Sicherheitspartner Russlands sein?

**Peter Rudolf:** Amerikanische Russlandpolitik und europäische Sicherheitsordnung

**Peter W. Schulze:** Braucht Europa eine neue Charta?

Initiativen für und Widerstände gegen eine gesamteuropäische Friedensordnung

HEFT 33 (2010)

**RECHTLICHE UND SICHERHEITSPOLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN DER EU**

**Peter Becker:** Die europäische Kompetenzordnung zwischen Anpassungsfähigkeit, Effizienz und Legitimität

**Thorsten Hüller:** Über Demokratie/Demokratisierung in der EU

**Jan Oppermann:** Flexibilisierung und Depolitisierung: Optionen für eine Steigerung der Effizienz europäischen Regierens

**Roland Vaubel:** Nie sollst Du mich befragen.

Warum Referenden auch in der Europapolitik möglich sein sollten (Wiederabdruck aus Heft 30)

HEFT 34 (2010)

**BRAUCHEN WIR EINE EUROPA-ARMEE?**

**Erich Reiter:** Die Sicherheit Europas

**Günter Barnet:** Verteidigungspolitische Positionierungen und Ideen zu einer Europa-Armee –

Gedanken über in Österreich nicht stattfindende Diskussionen

**Werner Fasslabend:** Brauchen wir eine Europa-armee?

**Johann Frank:** Perspektiven einer Europäischen Armee nach dem Vertrag von Lissabon

**Herbert Scheibner:** Euroarmee – Traum und Wirklichkeit

**Anhang:** Die Einstellung der Österreicher zu einer Europa-Armee

HEFT 35 (2010)

**LIBERALISMUS – EIN ALLERWELTSBEGRIFF ODER ANWALT DER FREIHEIT?**

**Lüder Deecke:** Freiheit und Verantwortung

**Erich W. Streissler:** Liberalismus in ökonomischer Sicht

**Rudolf Burger:** Anmerkungen über das Wesen des Liberalismus

**Andreas Unterberger:** Liberales Denken statt liberaler Parteien: 17 Denkanstöße

**Gregor Henckel-Donnersmarck:** Liberalismus und Religion

sowie:

**Michael Macek:** Über die Freiheit der Kunst

**Hannes Adomeit:** Russlands Modernisierungspartnerschaft(en)

**Falk Bomsdorf:** Russland modernisiert sich – nicht

**Johannes Auer:** Die Rolle der Russisch-Orthodoxen Kirche

HEFT 36/37 (2011)

**RUSSLAND MODERNISIERT SICH – ODER NICHT?**

**Peter W. Schulze:** Eine neue Etappe der Transformation: Modernisierung, Machtsicherung und kooperative Großmachtspolitik

## Schriftenreihe zur internationalen Politik, Erich Reiter (Hg.)

Band 1 **Die Sezessionskonflikte in Georgien**, Böhlau 2009 ISBN 978-3-205-78325-1

Band 2 **Der Krieg um Bergkarabach – Krisen- und Konfliktmanagement in der Kaukasusregion**, Böhlau 2009 ISBN 978-3-205-78404-3

Band 3 **Konfliktmanagement in Zentralasien**, Böhlau 2010 ISBN 978-3-205-78565-1

Band 4 **Entwicklungsszenarien in Osteuropa – mit Schwerpunkt Ukraine**, Böhlau 2011 ISBN 978-3-205-78709-9

Band 5 **Problemlage und Lösungsansätze im Transnistrienkonflikt**, Böhlau 2012 ISBN 978-3-205-78824-7

## Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe Reihe Studien

---

<b>Klaus Becher</b>	Die USA als Faktor des Konfliktmanagements in Georgien	September 2007
<b>Erich Reiter</b>	Die Einstellung der Österreicher zu der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und zur EU; Bewertung der Ergebnisse einer IMAS-Umfrage vom April 2007 und anderer Erhebungen	Oktober 2007
<b>Peter W. Schulze</b>	Energiesicherheit – ein Europäischer Traum. Russland als Energiemacht	Oktober 2007
<b>Heinz Gärtner</b>	Die Zukunft der Rüstungskontrolle	November 2007
<b>Klaus Becher</b>	Ziel und Zweck der US-Raketenabwehr und die europäische Interessenslage	Dezember 2007
<b>Andrei Zagorski</b>	Die Kontroverse über amerikanische Raketenabwehr in Europa: Lösungsversuche in der Sackgasse?	Dezember 2007
<b>Egbert Jahn</b>	Optionen für die Politik der EU gegenüber Georgien und den De-facto-Staaten Abchasien und Südossetien	Dezember 2007
<b>Erich Reiter</b>	Die Einstellung der Österreicher zu Kernenergie, Klimawandel und Genforschung Auswertung u. Kommentierung der Ergebnisse einer Meinungsumfrage	Jänner 2008
<b>Erich Reiter</b>	Bewältigung sozialer Probleme und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit – Details einer Studie über „politische Denkmuster“ der Österreicher	Jänner 2008
<b>Erich Reiter</b>	Meinungsfreiheit – Details einer Studie über „Meinungsfreiheit in Österreich“	Februar 2008

<b>Peter W. Schulze</b>	Zieloptionen russischer GUS-Politik: Geopolitische Neuordnung des Sicherheits- und Kooperationsraumes oder vernachlässigte Konfliktzone?	März 2008
<b>Oliver Ginthör</b> <b>Martin Haselberger</b> <b>Sandra Schreiblehner</b> <b>Stefan Pickl</b>	Die steuerliche Entlastung des Mittelstandes zwecks besserer Vorsorgemöglichkeiten Investitionsverhalten in internationalen Emissionshandelssystemen Ökologie und Ökonomie im Spannungsfeld des Kyoto-Protokolls	März 2008 April 2008
<b>Eugene Kogan</b>	Sicherheitspolitik im Nahen Osten Israels Lehren aus dem Libanonkrieg – Russlands Rolle im Nahen Osten	Juni 2008
<b>Urs Schöttli</b>	China: Was hat sich seit 1976 ereignet?	August 2008
<b>Hannes Adomeit</b> <b>Peter W. Schulze</b> <b>Andrei Zagorski</b>	Russland, die EU und „Zwischeneuropa“ Drei Studien	Oktober 2008
<b>Eugene Kogan</b>	Military and Energy – Security Situation Around the Black Sea Area	November 2008
<b>Gudrun Harrer</b>	Souveränität und Nachkriegszeit: Der Irak nach dem Abschluss des Status of Forces Agreement mit den USA	Jänner 2009
<b>Uwe Halbach</b> <b>Peter W. Schulze</b> <b>Andrei Zagorski</b> <b>Eugene Kogan</b>	Machtpoker am Kaukasus Nachlese zum „Fünf-Tage-Krieg“ in Georgien im Sommer 2008 Vier Studien	Februar 2009
<b>Peter W. Schulze</b> <b>Andrei Zagorski</b>	Russische und europäische Energiepolitik im Zeichen der globalen Krise Die strategische Orientierung Russlands zu Europa?	Mai 2009
<b>Hüseyin Bağcı</b>	Changing Geopolitics and Turkish Foreign Policy	Juni 2009
<b>Gerhart Wielinger</b>	Überlegungen zum Thema Gestaltung der Verfassung im Hinblick auf die Sicherung einer rechtsstaatlichen und sparsamen Bewältigung von Staatsaufgaben	Juli 2009
<b>Urs Schöttli</b>	Wird der Westen auch weiterhin die Vorgaben für die künftige Gestaltung der Weltwirtschaft geben können?	August 2009
<b>Erich Reiter</b>	Libérale Gesinnung in Österreich – Auswertung einer IMAS-Umfrage	September 2009
<b>Erich Reiter</b>	Wie die Österreicher unser Wirtschaftssystem sehen – (IMAS-Umfrage)	September 2009
<b>Eugene Kogan</b>	Turkish-American Strategic Partnership versus Turkish-Russian Partnership without Strategy	Oktober 2009
<b>Hannes Adomeit</b>	Russland und Iran – Welche Ziele und Interessen verfolgt Russland? Wie verlässlich ist Russland, wenn es darum geht, Teherans Aufstieg zur Atommacht zu verhindern?	November 2009
<b>Gustav C. Gressel</b> <b>Eugene Kogan</b>	Missile Defence in Europe – Systems, Policies and Strategic Choices	März 2010
<b>Erich Reiter</b>	Freiheit und Religion – die Österreicher und der Islam Auswertung und Kommentierung der Ergebnisse einer Meinungsumfrage	Juni 2010
<b>Erich Reiter</b>	Das soziale Selbstportrait der Österreicher und wie und als was sie den Liberalismus sehen	Oktober 2010
<b>Eugene Kogan</b> <b>Eugene Kogan</b> <b>Vahap Polat</b>	Turkey's Place and Role in Changing NATO Is Turkey torn between the European Union and the Middle East? Die Türkei unter Erdoğan	November 2010
<b>Erich Reiter</b> <b>Heinz Gärtner</b> <b>Gudrun Harrer</b>	Wie realistisch ist die Errichtung einer nuklearwaffenfreien Zone? Nuklearwaffenfreie Zonen und Österreich Die Fata Morgana einer Middle East Nuclear Weapon Free Zone	März 2011
<b>Erich Reiter</b>	Denkschrift zur Wehrpflichtdebatte	Juli 2011
<b>Eugene Kogan</b>	Armenia's and Georgia's Security Agenda	Juli 2012
<b>Egbert Jahn</b>	Strukturen von Konflikt und Kooperation im Osten Europas	August 2012

**Peter W. Schulze**    Zwischeneuropa als Wirtschaftspartner der EU oder als dauerhafte  
Krisenregion: Ukraine, Belarus und Russland

September 2012

**Hannes Adomeit**    Russlands Politik in Osteuropa: Konkurrenz und Konflikte mit der  
Europäischen Union

Oktober 2012



